

autonomes
Blättchen



LENS

ZOOM

Du sollst (Dir) kein Bild machen!

*Die Veröffentlichung von Bildern von Sicherheitsbeamten im Einsatz, die das Ziel verfolgt, die körperliche oder seelische Unversehrtheit der Polizistinnen oder Polizisten zu verletzen, kann mit bis zu einem Jahr Gefängnis und einer Geldstrafe von 45.000 Euro geahndet werden.
[französisches Sicherheitsgesetz, Artikel 24]*

Es gibt keine Polizeigewalt!

#43 Dez 20 - Feb 21



Impressum:

Nr. 43 Dezember 20 - Februar 21

E-Mail: autonomes-blaettchen@nadir.org

PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint:

962E E3CF F873 19AA 5647

5D93 E37A 4489 E058 5969

Einsendeschluss: alle drei Monate:

1. März, 1. Juni, 1. September, 1. Dezember

Post:

Erna Stark

Klaus-Müller-Kilian-Weg 1

30167 Hannover

Homepage(s):

autonomesblaettchen.noblogs.org

autonomesblaettchen.blackblogs.org

Alle Ausgaben dort auch online. Außerdem könnt ihr uns Texte etc., anonym und ohne Angabe einer e-Mail-Adresse, über die Kommentarfunktion unser Homepages schicken.

ViSdP: Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

Für den Fall, dass einige der linksradikalen Webseiten nicht aufzurufen sein sollten, empfehlen wir euch auf folgenden Seiten nach Informationen zu suchen. Indymedia ist auch im "Darknet" erreichbar (nur über den Tor-Browser)

<https://de.indymedia.org>

indy: <http://4sy6ebszykvcv2n6.onion/>

derzeitige Indy-Spiegel unbekannter Herkunft:

leftspace: <http://zf2r4nfwx66apco4.onion>

ompf: <http://mphvik4btkr2qknt.onion/>

ompfl: <http://raxuatgmxdvnp4no.onion/>

Für sensible Veröffentlichungen raten wir dringend, ein Tails-Betriebssystem zu nutzen !!! Geht zusätzlich an einem Ort ins Netz, der Euch nicht zugeordnet werden kann.

weitere Seiten:

<https://chronik.blackblogs.org>

<https://barrikade.info>

<https://emrawi.org/>

<https://zuendlumpen.noblogs.org/>

<https://kanaille.noblogs.org/>

<https://kontrapolis.info>

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurück-zusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

Info zu unserer Sprachpolitik:

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Inhalt:

- 4 Brandgutachters Auto brennt in Schönebeck
- 4 Kein Urteil ohne uns!
- 6 Zurück auf der Parkbank
- 8 Repressions Update
- 9 Unsere Wut ist stärker als eure Repression!
- 10 Halim Dener-Bild am AJZ Bielefeld
- 11 Lass Brennen
- 11 Italien: Revolten in Zeiten von Corona
- 13 Jedes Nummernschild zählt!
- 14 Mobilfunk und Applikationen als Teil des technologischen Angriffs
- 23 Techno-Faschismus
- 23 Faschisten entwickelten mit Clearview gezielt die weltweit leistungsfähigste Gesichtserkennungstechnologie
- 29 Gesichtserkennung unter Corona
- 29 Interview mit Anarchist*innen aus Madrid
- 32 Der 25.11. - Tag für eine feministische Gegengewalt
- 34 REVOLUTIONÄRER ZORN 1
- 39 Neue Seite: kontrapolis.info
- 40 Wer schreibt denn da?
- 42 Angriff auf Hochschule der Schweine
- 43 Berlin: Wir haben die Räumungen nicht verhindert
- 43 Chronik:
- 45 Lockdown fürs kapitalistische Patriarchat!
- 46 [FAZ] Jede Räumung hat ihren Preis
- 47 Von der Handlung zur Identität
- 52 „Bei uns hieß er Jan Pietsch!“
- 53 Subversiv & unkontrollierbar

Editorial

*Achtung! Vor der krass freundlichen Anrede kommt die **große Bitte Nr. 1**: Weil viele Zentren und Infoläden wegen Corona (oder Regierungshörigkeit) gerade nicht für die Öffentlichkeit geöffnet sind, kommt da auch niemand hin und holt sich ein Autonomes Blättchen ab. Also sorgt bitte dafür, dass es weiterverteilt, in die Hand gedrückt und ausgelegt wird. Gebt es Freund_innen, nehmt es mit in eure Hausprojekte, WGs und politischen Gruppen. Das wäre wirklich gut.*

Hallo ihr lieben Menschen,

sollen wir noch was zu Corona schreiben? Eigentlich ist alles gesagt; gejamert und geschimpft haben wir schon genug. Und in den letzten beiden Ausgaben sind bereits ein paar lesenswerte Artikel zum Thema erschienen. Also belassen wir es...- oder doch nicht? Falls ihr noch mehr Gedanken zu „Lockdown-light“, Querdenken-Demos, (Nicht-)Positionierungen von antiautoritärer Seite, dann schreibts auf und schickt es uns rüber!

Die Liebig34 in Berlin ist geräumt, ein paar gute Aktionen haben dazu stattgefunden - aber die angedrohte 34 Millionen Schadenssumme ist noch nicht erreicht. Uns freut sehr, dass unsere Frage aus dem letzten Vorwort, wie Räumungen verhindert werden können, zu einem Text geführt hat. Danke! Es gilt wie immer: Wir gehen nicht unter in den Kämpfen die wir verlieren, sondern in denen, die wir nicht führen.

Zum Komplex Technologie und Gesellschaft gibt es in dieser Ausgabe zwei lange Texte, die sich erstaunlich gut ergänzen. Der eine beschäftigt sich mit der Geschichte des Mobilfunks und seiner Applikationen als Teil des technologischen Angriffs. Im Zweiten Text sieht man eine aktuelle praktische Umsetzung eines solchen Angriffs. Es wird beschrieben, wie die weltweit leistungsstärkste Gesichtserkennungssoftware gezielt von Faschisten entwickelt wurde. Heute wird sie weltweit eingesetzt - und die Fotos von uns und unseren Freund_innen auf fb, insta, twitter, tinder, grinder, whats app und aus dem ganzen Netz sind da alle schön drin.

Auch wenn Trump trotz 7 Millionen neuer Stimmen die Wahl verloren hat, besteht der Komplex aus Faschisten, Digital-Konzernen und Milliardenären weiter. Ihr Projekt der gesellschaftlichen Transformation ist auf Jahrzehnte angelegt. Trump war erst der Anfang - außer es gibt genügend dauerhaften Widerstand. Der Text ist ein erhellendes Beispiel dafür, dass unsere Unkenrufe über die technologische Entwicklung kein Hirngespinnst sind. Check it!

Ansonsten gibt es in dieser Ausgabe Texte zu vielen verschiedenen Themen. Alles sehr lesenswert und für jeden Geschmack ist was dabei. Herr Alexander Amethystow möchte, dass nachholend erwähnt wird, dass er den Text über Georgien im AB Nr. 42 geschrieben hat, Bitte sehr, der Herr. Warum gibt es keine Texte zum Danni? Wir finden den

Widerstand wichtig und richtig. Vielleicht müssen wir mal undercover einen Ausflug machen und selbst berichten.

Wir haben, nicht erschrecken, das Lay-out ab dieser Ausgabe leicht verändert, um hipper, moderner und fortschrittlicher rüber zu kommen. Pustekuchen, stimmt gar nicht. Wir ändern die Überschriften etwas und die Spaltengestaltung wird etwas flexibler, damit das Blättchen besser lesbar wird und wir dennoch weniger Papier und Geld verbrauchen. Wir bleiben grundsätzlich bei unserer Entscheidung, lieber mehr Inhalt als mehr hübsche Bilder zu veröffentlichen. Wir schätzen in dieser Hinsicht zwar gute Ratschläge, aber wir werden die Artikel auch zukünftig nicht mit Ornamentik oder Blumenzeichnungen trennen. Es ist ja eine Zeitung zum Lesen. Wir hätten gerne Platz für eine bessere Gestaltung des Blättchens. Aber dann müsste es viel dicker werden und wir bräuchten viel mehr Geld, um es drucken zu lassen und zu verschicken. Alternativ müssten die Texte twitter-Länge haben. „Finden wir auch nicht so gut.“

Apropos Geld: große Bitte Nr.2:

Lasst uns Geld zukommen! Der Tresor ist leer und wir entwischen dem Schuldturm nur noch mit Mühe. Ja, man kann gerade keine Soli-Partys machen. Aber wenn alle die Ausgabe die sie lesen bezahlen würden, auch nur mal ausnahmsweise, käme schon ein Batzen zusammen. Wir bemühen uns schon hier und da zu betrügen, Geld zu erpressen und Solidarität zu erbetteln. Bitte unterstützt uns dabei, damit das Projekt Autonomes Blättchen weiterexistieren kann. Ach, dieses Jahr gibt es ja wohl keine Sylvesterpartys. Wieviel Geld hättest Du da für Rausch und Schall ausgegeben? Verschenken Mama und Papa Geld zu Weihnachten? Her damit! Revolutionssteuer!

Draußen bleiben musste dieses mal leider:

- Der Busfahrer Falko Keller
- Modell Lukaschenko am Ende?
- „Rechte Bedrohungsallianzen“ -Eine Buchrezension.
- Interkiesionale Auswertung der Demo „Liebig34 Tag X“
- Statement Anarchistischer CSD 2020
- Neuer Krieg im Berg-Karabach
- Eure Freiheit liegt am Ballermann

Brandgutachters Auto brennt in Schönebeck

Solidarität mit den Drei von der Parkbank

Dokumentation:

„Liebe Drei von der Parkbank, wir senden Euch mit einer Aktion gegen den ehemaligen Brandgutachter in dem Parkbankprozess Sebastian „Armes Deutschland“ Herrgesell solidarische Grüße in den Gerichtssaal und hinter die Knastmauern. Wir haben letzte Nacht in Schönebeck an der Elbe seinen Firmenwagen angezündet.

Dass wir uns Herrgesells Firma als Anschlagziel ausgesucht haben hat verschiedene Gründe: Er selbst war als Gutachter in dem Parkbankprozess bestellt, wurde allerdings nach dem Bekanntmachen seiner menschenfeindlichen Ansichten durch die Verteidigung als Zeuge nicht gehört. Er und die Mitarbeiter*innen seiner Firma sind eng mit den Bullen verbunden. Bestellt wurde er offenbar auch, weil durch die enge Verflechtung zwischen ihm und den Bullen zu erwarten war, dass er mit seinem „Gutachten“ deren Theorien abnicken würde (mehr unter parkbanksolidarity.blackblogs.org).

Liebe Parkbankdrei, nach einem monatelangen Prozess sollt ihr heute verurteilt werden. Wir wollen euch sagen dass uns eure Nicht-Kooperation und euer Schweigen gegenüber den Repressionsbehörden viel bedeutet. Es hat uns in der langen Zeit seit eurer Verhaftung im Juli 2019 immer wieder Kraft gegeben. Auch für uns ist klar: Weder schuldig noch unschuldig!

Und für den Fall dass die Repression auch nach einem Urteilsspruch gegen euch nicht endet, versichern wir schon mal dass auch wir einen langen Atem haben. Unsere Solidarität ist euch gewiss

Bis alle frei sind!

P.S. Gegen den Staat und seine Justiz,
Gegen Deutschland und seine Fans!“

anonym

Kein Urteil ohne uns!

Anschlag auf Bundespolizei für die Drei von der Parkbank

Dokumentation:

„In Hamburg soll heute der Prozess gegen die drei der geplanten Brandstiftung angeklagten Gefährt*innen (parkbanksolidarity.blackblogs.org) mit einem Urteilsspruch beendet werden. Für nun fast 15 Monate werden zwei von ihnen im Knast und eine in überwachter „Freiheit“ in Geiselhaft des Staates gehalten. Geiseln für den immer währenden Glauben der Autoritäten, durch ein Exempel an Wenigen, die Erziehung Aller erreichen zu können. Insofern sehen auch wir uns mit den Gefährt*innen in Hamburg auf der Anklagebank und während Gericht und Staatsanwaltschaft noch den Schlaf der Selbstgerechten schliefen, haben wir unsere Kompliz*innenschaft in die Tat umgesetzt.

Militante Praxis verteidigen

Als im Juli letzten Jahres die Handschellen klickten befanden sich die Bullen noch in dem Glauben, endlich einen relevanten Schlag gegen die militanten Gruppen in Hamburg und vielleicht sogar darüber hinaus gelandet zu haben. Sie waren sich dessen so sicher, dass sie ihre Freude und ihre Akten sogleich mit der Presse teilen wollten. Mittlerweile ist es auf Seiten unserer Feinde in dieser Hinsicht jedoch recht

still geworden, was nicht zuletzt daran liegen dürfte, dass sie es mal wieder selbst vor ihrem eigenen Gericht nicht schaffen konnten die anfängliche Deutungshoheit beizubehalten.

Mit der juristischen Ebene wollen wir uns hier – ohne die dort geleistete Arbeit herunterzuspielen – jedoch nicht weiter beschäftigen, es würde uns auch der nötige Einblick fehlen. Stattdessen wollen wir davon reden, warum zu unseren Ansprüchen an Solidarität – neben Essenziellem wie der emotionalen, sozialen und finanziellen Unterstützung der Betroffenen – auch das Durchführen direkter Aktionen gehört.

So sehr sich die Justiz auch bemühen mag, ihre Strafprozesse als etwas darzustellen in dem es ausschließlich um die persönliche Schuld von Individuen gehe, der politische Gehalt ihrer Entscheidungen lässt sich nicht erst bei §129-Verfahren nur schwer verstecken. Wie die militante oder illegalisierte Aktion einem politischen oder sozialen Konflikt entspringt, so bildet natürlich auch die Reaktion des Staates diese Konflikte ab. Warum sollte unsere Solidarität hinter diesen Tatsachen

zurückbleiben? Es muss klar sein, dass bei jeder Verhaftung, jeder zerschlagenen Demonstration, bei jeder Observation und Diffamierungskampagne letztendlich die Frage im Raum steht, ob es dem Staat damit gelingt die antagonistischen Ideen und Aktionen zurückzudrängen oder eben nicht. Da wir nicht vorhaben klein bei zu geben, werden wir unser Möglichstes tun, die staatlichen Zersetzungsversuche ins Leere laufen zu lassen.

Wir verteidigen die angeklagte Tat und unsere Ideen – politisch, öffentlich, praktisch

Ob Elbchaussee, Waldbesetzung oder brennende Vonovia-Autos: Es gibt nichts zu bereuen oder zu entschuldigen. Eine Aktion wird nicht dadurch schlecht, dass sie misslingt oder die Bullen später versuchen Leute dafür in den Knast zu stecken. Die Anlässe und Notwendigkeit militanter Praxis bleiben unverändert und so werden wir sie auch weiterhin propagieren. Sollte Kritik an Aktionen notwendig sein, richtet sich diese an die kämpfende Bewegung und gefällt nicht an Presse oder Bürgertum.

Die Gefangenen und Illegalen sind Teil unserer Kämpfe

Die Meisten von uns, die sich entschieden haben, militante Praxis als Teil einer emanzipatorischen Bewegung zu denken, dürften sich früher oder später damit auseinandergesetzt haben, dass Knast eine mögliche Folge dieser Entscheidung sein könnte. Manche von uns müssen das vielleicht noch tun. Egal aber ob die auf der ersten Demo geworfene Flasche etwas besser als erwartet getroffen hat, oder Genossinnen der ehemals bewaffneten Gruppen seit Jahrzehnten in der Illegalität leben: Wir vergessen unsere Leute nicht!

Die Ernsthaftigkeit unser aller Unterfangen vorausgesetzt, verliert kein Mensch seine Widerständigkeit am Knasttor. Die Gefangenen kämpfen weiter, an einem anderen Ort und unter beschisseneren Umständen. Welchen Grund haben wir hier draußen, nicht weiter mit ihnen zu kämpfen?

Die geführten Kämpfe werden fortgesetzt und bestenfalls zugespitzt

Die Bullen razzen Buch- und Infoläden wegen Plakaten oder Zeitschriften? Ein guter Anlass diese nochmal nachzudrucken und ausgiebig zu verteilen. Im Hambacher Forst werden Menschen für ihren Protest ge-

gen Konzern- und Parteiinteressen in U-Haft gesteckt? Zeit, in das freigeordnete Baumhaus zu ziehen oder in der eigenen Stadt zu schauen, ob nicht der ein oder andere demolierte Firmenwagen zum wirtschaftlichen Schaden beitragen kann. In Hamburg werden am 8. Juli 2019 drei Gefährt*innen von den Bullen festgenommen weil sie vorgehabt haben sollen, mehrere Brandanschläge zum Jahrestag des G20 zu verüben? Wir dachten uns da in etwa Folgendes. . .

Brandanschlag auf die Bundespolizei am Flughafen Tegel

In wenigen Tagen ist der Flughafen Berlin Tegel für den normalen Personenverkehr offiziell Geschichte. Überall konnten wir in den letzten Wochen wehmütige Erzählungen von den schönen Erinnerungen lesen, die viele Berliner*innen mit diesem Flughafen verbänden. Erinnerungen deren Ursprung die korrekte Hautfarbe und der entsprechende Pass sein dürften. Für alle, die diese Welt mit weniger privilegierten Voraussetzungen ausgestattet hat, werden andere Erfahrungen mit Tegel verbunden sein. Im besten Fall beschränken sie sich auf die Visage des Bundesbullens, der die Echtheit des eigenen Reisepasses aus nur zufällig rassistischen Gründen anzweifelt, in viel zu vielen Fällen jedoch war der Blick auf Tegel der Letzte aus dem Abschiebeflieger. Und wie Tegel so ist auch jeder andere deutsche Flughafen eine in Beton und Asphalt gegossene Bastion des Europäischen Grenzregimes. Kein ankommender internationaler Flug ohne einen hauptamtlichen Abschieber von BKA oder Bundespolizei mit polizeilichem Bauchgefühl und suchendem Blick nach schwarzen Haaren oder dunkler Haut.

Polizeiliches Bauchgefühl dürfte es auch gewesen sein als sie sich entschieden wie hoch der Zaun sein sollte, der ihre Wache außerhalb des Rollfeldes schützt. Nun, er war nicht hoch genug.

In Gedanken bei den drei Hamburger Gefährt*innen platzierten wir mehrere Brandsätze unter den vor ihrem Gebäude geparkten Wagen. Das resultierende Feuer zerstörte nach Presseberichten 5 ihrer Dienstautos, von denen nicht alle als solche gekennzeichnet waren. Dass zusätzlich anscheinend noch zwei private Karren der Schweine angebrannt wurden, freut uns – gemein wie wir sind – natürlich besonders.

Freiheit und Glück für die gefangenen Gefährt*innen!!“

autonome gruppen



Zurück auf der Parkbank

Erklärung der drei verurteilten Anarchist*innen

Nun ist es soweit – die Hauptverhandlung im sogenannten „Parkbank-Verfahren“ ist überstanden, das Urteil der Großen Strafkammer 15 am Hamburger Landgericht ist nach über 50 Verhandlungstagen gesprochen. Vermutlich ist dies nicht das letzte Wort; bis das Urteil rechtskräftig wird, kann es noch einige Zeit dauern.

*Aber wir – die nun verurteilten Anarchist*innen – wollen uns zu Wort melden, was wir ja gemeinsam bislang nicht (öffentlich) getan haben.*

Zum Verlauf des Verfahrens und den Ermittlungen wird es sicher an anderer Stelle und zu späterem Zeitpunkt mehr geben. Zunächst wollen wir hier Dankbarkeit und Verbundenheit ausdrücken und einige Worte zum Urteil und dem vorläufigen Ende dieser Odyssee verlieren. Aus der Haft wurde sich zwar schon zu verschiedenen Anlässen und Gelegenheiten öffentlich geäußert, aber zur Anklage und zum Spektakel der Verhandlung eben bis zuletzt nicht.

Dies hat auch mit der weitgehenden Verweigerung der Partizipation der uns aufgezwungenen Rolle als Angeklagte zu tun. Aber eben jene Haltung schien und scheint uns der beste Weg, in so einer Situation Würde und Integrität zu wahren.

Als Anarchist*innen lehnen wir Gerichte grundsätzlich ab. Sie sind Institutionen der Durchsetzung von Herrschaft.

Das Schweigen in diesem Prozess ist uns nicht immer leicht gefallen angesichts der arroganten, zynischen Frechheiten, mit denen wir das ganze Verfahren über konfrontiert waren. Uns ist allerdings wichtig darauf hinzuweisen, dass wir es hier keineswegs mit aus dem Rahmen fallenden Tabubrüchen zu tun haben. U-Haft als Maßnahme zur Kooperationserpressung, Durchwinken illegaler Ermittlungsmaßnahmen ... ganz normaler Alltag im Justizsystem. Wir sehen keine Perspektive darin, solche Zustände zu skandalisieren – wir glauben nicht an die Möglichkeit einer „fairen“ Justiz. Womit wir nicht meinen, dass es unsinnig ist, diese Symptome einer, immer im Interesse der herrschenden Ordnung wirkenden, Institution zu benennen. Wir schlagen auch nicht vor, sich im Zynismus dieser Institution gegenüber einzurichten.

Viel wichtiger finden wir aber, der Repression gegenüber einen aktiven, selbstbewussten und selbstbestimmten Umgang zu finden. Von ihnen haben wir nix zu erwarten, von uns selbst und den Menschen, mit denen wir kämpfen dafür umso mehr!

Wir sind glücklich und stolz zu sagen, dass uns das gut gelungen ist. Sicher, wir werden in der Nachbereitung, in den bisher durch den Knast arg begrenzten Diskussionen, feststellen, dass wir nicht alles wieder genauso machen würden – schlussendlich haben wir den Saal aber erhobenen Hauptes und reinen Herzens verlassen, mit dem Gefühl, unsere Integrität als Anarchist*innen bewahrt zu haben.

Abgesehen von dem durchaus komplexen juristischen Reglement und den Ritualen, die so einen Strafprozess formen, funktioniert das alles nach relativ simplen Gesetzmäßigkeiten – Zugeständnisse oder gar Milde gibt es nur im Tausch gegen Anerkennung und Würdigung der Autorität, Mithilfe bei der eigenen Bestrafung und Reue.

Was wir in der Hauptverhandlung erlebt haben, hat gezeigt, wie sehr diese ganze Herrschaftsinszenierung mit all dem dunklen Holz, den erhöhten Sitzpositionen, den absurden Ritualen und Choreografien und albernen Kostümen auf Angst und Ehrfurcht der Angeklagten angewiesen ist. Mit unserer weitgehenden Verweigerung des Respekts und der Angst hat das Gericht bis zuletzt keinen souveränen, gesichtswahrenden Umgang gefunden. Natürlich haben wir auch Angst vor der Willkür und der Gewalt der Herrschenden, aber wir sind nicht naiv und wissen, dass es sich langfristig nicht auszahlt, ihren Erpressungen nachzugeben. Wenn wir von dem Standpunkt ausgehen, dass die Höhe des Urteils nicht der wichtigste Maßstab für uns ist, sondern andere Dinge wie uns selbst treu zu bleiben, uns nicht brechen zu lassen, und sich davon ausgehend ihren Kategorien zu verweigern, bedeutet das auch mit den daraus resultierenden Konsequenzen einen Umgang zu finden. Und diesen müssen wir individuell als auch kollektiv finden, unter uns und gemeinsam mit unserem Umfeld und mit allen Mitstreiter*innen.

Welche Risiken wir dabei einzugehen bereit sind, ist immer ein Aushandlungsprozess, und wir wollen betonen, dass es da kein Ideal, kein Patentrezept gibt. Die Sphäre des Juristischen erlaubt schlicht keinen



widerspruchsfreien, kompromisslosen Umgang. Es ist auch eine Frage der kollektiven Bewältigung, wie den Schikanen und der Rache beleidigter Autorität entgegengetreten werden kann.

Wie eingangs schon erwähnt, war also auch unser Umgang nicht frei von taktischen Erwägungen. Wir haben das große Glück, Verteidiger*innen an unserer Seite zu haben, zu deren Selbstverständnis es gehört, Kritik, Sorgen, Risiken klar zu benennen und klare Haltungen solidarisch zu respektieren und mitzutragen. Wir haben uns gemeinsam für einen eher juristisch-technischen Weg der Verteidigung im Prozess entschieden, zumal wir uns mit Vorwürfen menschenverachtender Praxen und so dem Risiko sehr langer Haftstrafen konfrontiert sahen. Die Verteidigung hat dem Gericht mit ihrer Beharrlichkeit und Akribie nicht bloß Nerven gekostet, sondern wesentliche Zugeständnisse abgetrotzt. Einige ihrer Lügen waren nicht mehr zu halten und ihr Konstrukt wurde effektiv abgeschwächt.

Wir wollten nicht, dass das von uns durch die Behörden gezeichnete Bild jenseits der technischen Ebene in der Verhandlung diskutiert wird. Unsere Ideen und wir selbst sind viel zu schön, um an so einem hässlichen Ort erörtert zu werden! Außerdem sind uns Relativierungen und Verharmlosungen zuwider, der Grad hin zur Verleugnung ist mehr als bloß schmal und überhaupt schulden wir diesen Leuten keinerlei Erklärung; sie stehen für alles, was wir ablehnen. Zumal der tendenziöse Schrott, den die Bullen da über uns zusammengeschrieben haben, so flach und durchsichtig war, dass sich inhaltliche Erklärungen ohnehin erübrigten. Und dafür, dass wir Anarchist*innen sind, mit all dem, das den Autoritäten Angst macht, schämen wir uns nicht – im Gegenteil

Es war zwischenzeitlich auch schräg für uns, den Verhandlungstagen weitgehend passiv beizuwohnen und die Anwalt*innen alle Arbeit machen zu lassen. Aber das hatte auch den angenehmen psychologischen Effekt, dass stets eine gewisse Distanz zwischen uns und dem Prozessgeschehen gewahrt blieb und zudem häufig der Eindruck entstand, dass hier nicht wir, sondern die Behörden auf der Anklagebank saßen. Dass dem Gericht die Überforderung mit dieser Situation so sehr anzumerken war, sorgte auch für Momente der Komik und der Genugtuung, ebenso wie die unprofessionelle Reizbarkeit des Oberstaatsanwalts Schakau. Nicht zuletzt hatten wir immer und im wahrsten Sinne des Wortes unsere Leute im Rücken – insbesondere für uns in der Haft waren die Verhandlungstage trotz des absurden Schauspiels von Verbundenheit, Wärme und Abwechslung geprägte Momente, auf die wir uns stets gefreut haben, so kräftezehrend sie auch waren.

Wir haben in diesen knapp 11/2 Jahren viel gelernt. Vieles, was uns und andere Mitstreiter*innen in unseren sozialen revolutionären Kämpfen helfen wird. Was uns stärker und ein Stück bewusster im Konflikt mit der organisierten Unterdrückung und Ausbeutung, mit dem Staat macht. Wir freuen uns darauf unsere Erfahrungen und die all der Mitstreiter*innen, die draußen Kämpfe weitergeführt und entwickelt haben, auszutauschen, gemeinsam an ihnen zu wachsen.

Wir haben gesehen, wie viel Stärke in all den über Jahre entwickelten und gepflegten solidarischen, liebevollen Beziehungen steckt. Wir sind auch stolz auf unsere Familien, die auf ihre Herzen hören, die immer hinter uns stehen und an uns und nicht an die Lügen der Bullen glauben.

Wir haben mit großer Genugtuung gesehen und gespürt, wie die revolutionäre Solidarität in Form von vielen direkten Aktionen gegen die Polizei, Knastprofiteur*innen, Immobilienhaie und anderen Ausdrücken von Ausbeutung, von Staat und Kapitalismus, ihren Repressionsschlag, unsere Festnahme ins Leere laufen lassen haben, sie zu einer Farce gemacht hat. Dieser Aspekt ist wichtig, denn er trifft verschiedene zentrale Punkte dieser ganzen Geschichte. Wir standen stellvertretend vor Gericht für soziale Kämpfe, deren Ausdruck unter anderem direkte Aktionen, Angriffe und Sabotage gegen Verantwortliche und Mechanismen der sozialen Misere sind. Diese Anklage muss eben dort, wo diese Konflikte bestehen, wo wir leben, zurückgeschlagen werden. Ihre Repression wird diese Konflikte weder befrieden noch ersticken können, sie werden die soziale Spannung nur verstärken.

In diesen knapp 11/2 Jahren ist global, aber auch hier so viel geschehen, dass es den Rahmen sprengen würde, alles zu beleuchten. Viele soziale Revolten und Aufstände haben weltweit die herrschenden Verhältnisse in Frage gestellt. Seien hier beispielhaft nur der monatelange Aufstand in Chile genannt, in Hongkong, die Knastausbrüche während des Anfangs der Corona-Pandemie in zahlreichen Ländern der Welt und im speziellen der Knast-Revolten in Italien. Aber auch die Reaktionen, die Feind*innen der Freiheit, haben leider Raum genommen. Rechte, rassistische, antisemitische und patriarchale Morde und Anschläge in Halle und Hanau und weiteren Orten. Fast monatlich wurden Munitions- und Waffendepots bei Militär- und Polizei-Angehörigen entdeckt. Rechte Netzwerke und faschistoides Gedankengut in den Sicherheitsbehörden sowie die Bedrohung durch diese sind allseits bekannt. Die rassistischen Institutionen haben ihre Fratzen offen gezeigt. Natürlich ist dieser Zustand bedrohlich und beunruhigend, wenn auch nicht überraschend. Mut haben uns die Selbstorganisationen von Opfern und Angehörigen des rechten Terrors gemacht, die sich würdevoll den unerträglichen Zuständen, den Faschos und dem braunen Sumpf der Behörden entgegenstellen. Stellen wir uns an ihre Seite! Auch die anti-rassistischen und anti-kolonialen Kämpfe weltweit haben trotz der allgegenwärtigen Corona-Pandemie wichtige Signale gesendet und Fortschritte gemacht, den Verhältnissen ein Ende zu setzen

Wir sind voller Vorfreude auf die Straßen zurückzukehren und wieder ohne Mauern, Gitter und Scheiben zwischen uns, Seite an Seite zu kämpfen.

Für die soziale Revolution!
Für die Anarchie!
Freiheit für alle!

*Die drei Anarchist*innen,
die im Parkbank-Verfahren verurteilt wurden
Hamburg, November 2020*

Repressions Update

In den letzten Monaten gab es diverse Strukturermittlungen, die öffentlich geworden sind. Drei Menschen sitzen aufgrund von diesen Ermittlungen aktuell im Knast. Hier sind die aktuell öffentlich verfügbaren Informationen zusammengefasst um nicht den Überblick zu verlieren. Lassen wir die Betroffenen nicht allein!

Berlin / Wendland:

DNA-Entnahmen und umfassende Ermittlungen

Am 27.02.2020 wurde in Berlin zwei Personen im Auftrag der Staatsanwaltschaft Berlin durch das BKA und Mitarbeiter*innen des LKA Berlin die DNA abgenommen. Durch Akteneinsicht ist der große Umfang der damit verbundenen Ermittlungen klar geworden: Das Ermittlungsverfahren richtet sich gegen drei Beschuldigte mit dem Vorwurf der Brandstiftung an Deutsche Bahn Autos im Jahr 2010 in Berlin. Die bisher bekannten Akten umfassen allerdings Ermittlungen vom Jahr 2005 bis heute und es werden Verbindungen zu verschiedenen anderen Verfahren konstruiert. Ein wesentlicher Fokus scheint auf antimilitaristischen Aktionen in verschiedenen Bundesländern zu liegen, z.B. auf der WarStartsHere-Kampagne. Außerdem versuchen sie Verknüpfungen zu verschiedenen anderen Aktionen wie der Oury Jalloh Demo in Berlin-Neukölln 2015 oder zu vor Jahren eingestellten Ermittlungsverfahren in Lüchow-Dannenberg (Wendland) herzustellen.

Das BKA führt diese umfangreichen Ermittlungen, die mehrere Bundesländer betreffen. Auch regte das BKA 2019 an, die Ermittlungen nach § 129 („Kriminelle Vereinigung“) zu erweitern. Dies wurde allerdings nach uns bekanntem Aktenstand von der Staatsanwaltschaft abgelehnt.

Frankfurt a.M.:

§129a-Ermittlungen wegen eines Angriffs auf das Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig

Am Mittwoch, den 17. Juni 2020 gab es in Frankfurt am Main in den frühen Morgenstunden eine Hausdurchsuchung durch das BKA wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB). Die bei dieser Anschuldigung ermittelnde Bundesanwaltschaft wirft Straftaten im Rahmen der Aktionen gegen das Bundesverwaltungsgericht am 1. Januar 2019 in Leipzig vor. Der Durchsuchungsbeschluss des Bundesgerichtshofes wurde bereits am 22. Januar 2020 ausgestellt. Ermittelt wird laut Beschluss gegen einen Beschuldigten und mindestens zwei weitere Unbekannte.

Im Juli werden 12 Menschen als Zeug*innen vorgeladen, welche alle mit Anwaltsbegleitung durch das BKA befragt wurden. Alle lehnen jede Aussage und Zusammenarbeit ab. Begleitet wurden alle von solidarischen Menschen zum Polizeirevier.

Soli-Homepage: 129a.info/dtjnlb5axqpfznluni2lfqz7q5zu6h5o3ktdx4chjfd7iqazfq6eg4ad.onion/ (TOR)



Stuttgart/Baden Württemberg:

Ermittlungen wegen eines antifaschistischen Angriffs – Jo und Dy in U-Haft

Am 2. Juli 2020 wurden in mehreren baden-württembergischen Städten, darunter Karlsruhe, Ludwigsburg, Tübingen und Stuttgart, insgesamt neun Wohnungen von Antifaschist*innen durchsucht. Bei allen Betroffenen wurde im Anschluss an die Durchsuchung eine DNA-Entnahme, teilweise unter Zwang, vorgenommen. Der Antifaschist Jo sitzt seit der Durchsuchung in Untersuchungshaft in Stuttgart-Stammheim.

Am 4. November kam es erneut zu einer Inhaftierung. Seit dem sitzt auch ein weiterer Antifaschist, Dy, in Stuttgart Stammheim in Untersuchungshaft.

Die Hausdurchsuchungswelle Anfang Juli, sowie die Festnahme Anfang November steht laut Stuttgarter Polizei im Zusammenhang mit einer Auseinandersetzung zwischen Nazis und Antifaschist*innen am Rande der „Querdenken 711“-Demo am 16. Mai 2020 am Cannstatter Wasen. Allen Durchsuchten wird vorgeworfen an diesem Tag an einem Angriff auf den Treffpunkt der faschistischen Scheingewerkschaft „Zentrum Automobil“ beteiligt gewesen zu sein. Im Verlauf der Auseinandersetzung wurden mehrere Nazis verletzt, einer von ihnen schwer. Die Polizei ermittelt seitdem mit der eigens eingerichteten Ermittlungsgruppe „Arena“ wegen Landfriedensbruch und versuchtem Totschlag gegen die antifaschistische Bewegung. Im Vorfeld aber auch im Nachgang der Hausdurchsuchungen kam es zu polizeilichen Anquatschversuchen, offenen Observationen und staatsanwaltschaftlichen Zeug*innenvorladungen.

Soli-Homepage: notwendig.org

Hamburg:

§129 & §129a – Ermittlungen gegen den Roten Aufbau

Ende August stürmten SEK-Einheiten 28 Wohnungen und linke Zentren die der Staat dem Roten Aufbau Hamburg zurechnet. Den meisten der 22 Betroffenen wird vorgeworfen eine „kriminelle“, in einem Fall sogar eine „terroristische“ Vereinigung gebildet zu haben.

Laut Presse beschuldigt die Hamburger Staatsanwaltschaft einen Teil der 22 Aktivist*innen, gegen die sie ermittelt, den Brandanschlag auf zwei Privatfahrzeuge des Hamburger Polizeidirektors Enno Treumann am 23. September 2016 verübt zu haben. Andere sollen an der Demonstration im Industriegebiet Rondenberg am ersten Tag des G-20-Gipfels, dem 7. Juli 2017, teilgenommen haben. Auch auf Aufrufe zur Gewalt bei Demonstrationen wird dem Vernehmen nach in den Durchsuchungsbeschlüssen Bezug genommen.

Soli-Homepage:

gemeintsindwiralle.org

Leipzig:

§129–Ermittlungen wegen Antifa–Aktionen – Lina in U–Haft

Am 05.11.2020 führte die Generalbundesanwaltschaft einen Einsatz gegen vermeintliche Antifaschist*innen in Leipzig durch. Für eine von ihnen hatte das LKA einen Haftbefehl mitgebracht, mit welchem sie diese Person in Untersuchungshaft nahmen. Den Beschuldigten wird vorgeworfen an mehreren Angriffen auf Faschisten beteiligt gewesen zu sein, beziehungsweise selbige geplant und vorbereitet zu haben. Ergänzt wird das ganze durch den obligatorischen Vorwurf, eine kriminelle Vereinigung nach § 129 StGB gegründet zu haben, deren Ziel es sein soll „Angriffe gegen Personen der Rechten Szene durchzuführen“.

Am 06.11 bestätigte der Bundesgerichtshof den Haftbefehl gegen Lina. In einer Pressemitteilung bezichtigt der Generalbundesanwalt sie der taktischen Kommandoführung sowie eine „herausgehobenen Stellung“ innerhalb jener Vereinigung eingenommen zu haben. Von der Klatschpresse wird sie dadurch zur „Anführerin“ umgedeutet.

Soli-Homepage:

freiheitfuerlina.noblogs.org

Unsere Wut ist stärker als eure Repression!

Feuer in der Höhle des Löwen. Streifenwagen vor der Nase angezündet!

Dokumentation:

„Wir sind feige / Wir sind hinterhältig / Wir sind chaotisch / Wir sind professionell / Wir sind jung / Wir sind alt / Wir sind abgedreht / Wir sind ängstlich / Wir sind mutig / Wir verachten eure Dialoge und wollen eure Runden Tische in Flammen sehen!

Wir haben mitbekommen, dass Bremer Bullen in Berlin waren und ihre Kolleg*innen bei der gewaltsamen Räumung der Liebig 34 unterstützt haben. Das wollten wir nicht unkommentiert lassen. Deshalb haben wir, vor ihrer 24 Stunden besetzten Wache, ein Feuer auf ihren Fuhrpark entfacht (<https://www.butenunbinnen.de/nachrichten/kurz-notiert/streifenwagen-angezundet-polieirevier-bremen-mitte-100.html>).

Unsere Knie schlottern noch immer. . . .

Die herrschenden Verhältnisse, die Keine*r will!

Dieser Staat und mit ihm die Gesellschaftsordnung wird autoritärer und gewaltsamer. Der Druck auf Menschen, die außerhalb des Parlamentarismus und den vorgeschriebenen zivilgesellschaftlichen Wegen etwas verändern wollen, wird immer größer. Repression gegen unsere Strukturen und Mitstreiter*innen sind die gängige Antwort der Herrschenden. Beinahe wöchentlich ist von Hausdurchsuchung,

Observationen, Überwachung und Haftstrafen zu lesen. Legitimiert werden diese Zustände von einer schier endlosen Welle von Gesetzesverschärfungen – auch und gerade unter einer (vermeintlichen) linken Regierung. Egal ob in Bremen oder Berlin.

Befugnisse der Bullen und „Sicherheitsbehörden“ werden stetig erweitert, Ausrüstung und Ausbildung militarisiert. Vollautomatische Waffen und schwere Schutzausrüstung, gepanzerte Einsatzwagen angeschafft und paramilitärische Trainings durchgeführt. Dass die Bullen nicht unsere Freunde und Helfer sondern zur Aufrechterhaltung der alltäglichen Gewaltverhältnisse da sind müsste inzwischen Allen bewusst sein. Unsere Freund*innen schicken sich auf jeden Fall keine Hakenkreuzbilder in Chatgruppen. Wer noch immer von „Einzelfällen“ bei den Bullen spricht, gehört anscheinend zu den Profiteur*innen der Eigentums- und Herrschaftsverhältnissen, die im Zweifel von eben jenen Bullen mit Knüppel und Knarre durchgesetzt werden. Nein, die Bullen haben kein strukturelles Problem, sie sind Teil des strukturellen Problems. Die Geschichte zeigt, die Bullen und der ganze Behördenschmalz der vermeintlichen „Sicherheitsbehörden“ selbst gehören abgeschafft und zerstört, alles Andere ist reformistischer Quatsch und wird an den Verhältnissen nichts ändern.

Dabei handelt es sich nicht um ein rein deutsches Phänomen. Repressive Restrukturierungen der „Sicherheitsbehörden“ müssen als Antwort auf eine neue Phase von Aufständen, Revolten und Selbstorganisation verstanden werden. Jede Bewegung, der es gelingt eine gewisse Größe und Schlagkraft zu erreichen, ist mit massiver Polizeigewalt konfrontiert: Die antiautoritäre Bewegung in Griechenland, die revoltierende Jugend Hongkongs, der Aufstand in Chile, die Bewegung gegen die rassistische Polizeigewalt in den USA, die Proteste in Belarus... überall zeichnet sich ein Bild davon, worauf staatliche Herrschaft letztlich aufbaut: Gewalt. Gewalt und Unterdrückung.

Und genau deshalb ist die selbstorganisierte Abrüstung der staatlichen Infrastruktur – insbesondere der repressiven – ein entscheidendes Mittel, um einen Ausweg aus dem Schrecken dieser brutalen Gegenwart zu finden.

Unser Kampf geht (in Solidarität) weiter!

Unsere Gedanken und Herzen sind bei denjenigen, die trotz Gefangenschaft und Kontrolle im Alltag ihr Bewusstsein nicht verlieren. Bei denjenigen, die trotz des Drucks der Öffentlichkeit und der Repressionsbehörden dicht halten. An dieser Stelle senden wir Liebe und Kraft an die 3 von der Parkbank. Egal wie der Prozess Anfang November ausfallen wird... es wird weitere Angriffe geben.

Die angebliche steigende Gewalt von Militanten [„qualitativ und quantitativ“ O-Ton VS-Bericht 2019] in dieser Stadt, ist ein blitzender Hoffnungsschimmer. Ein Staat, der so mit Menschen umgeht wie dieser, darf sich nicht wundern wenn es unter der Motorhaube laut knallt.

Solidarische Grüßen an die Rosarote Zora ihr seid super!“

anonym

Halim Dener-Bild am AJZ Bielefeld

Freispruch



Am Montag, dem 23.11.2020 wurde der Freispruch des Vorsitzenden des Trägervereins des AJZ Bielefeld vom OLG Hamm bestätigt. Die Weigerung das Halim Dener Graffito von der Hauswand des AJZ Bielefeld zu beseitigen ist strafrechtlich nicht zu verfolgen.

Nachdem wir im Februar 2018 von der Polizei aufgefordert wurden das Bild, wegen der angeblichen Darstellung verbotener Symbole, von der Fassade unseres Zentrums zu entfernen, wurde stellvertretend für uns der Vorsitzende des Vereins in einem ersten Verfahren vor dem Amtsgericht Bielefeld im September 2019, wegen der Unterlassung der Entfernung des Bildes, zu einer Geldstrafe verurteilt. Hiergegen legten wir Berufung ein. In dem folgenden Verfahren vor dem Landgericht Bielefeld am 17.06.2020 wurde das Urteil aufgehoben und der Vorsitzende freigesprochen. Da es die Staatsanwaltschaft Bielefeld aber weiterhin auf eine Verurteilung abgesehen hatte, wurde von dieser Revision eingelegt und es kam nun zu einer mündlichen Verhandlung vor dem OLG Hamm. Dort wurde der Freispruch bestätigt!

Wie dieser Freispruch inhaltlich begründet wird, können wir euch leider noch nicht im Detail mitteilen. Prozessbeobachter*innen berichteten, dass der Vorsitzende Richter von einer Gesinnungsjustiz sprach, die er für seit langem überwunden gehalten hat. Wir warten die Urteilsbegründung ab und werden dann noch einmal genaueres bekannt geben.

Wir freuen uns sehr über den Freispruch und über die Solidarität, die wir im Laufe der Auseinandersetzung um den Erhalt des Bildes zum Gedenken an Halim Dener erfahren haben.

Es ist schon Ironie, dass der Prozess gerade in der Woche stattfand, in der sich auch das Verbot der PKK zum 27. Mal jährt. Denn Halim Dener wurde 1994 in Hannover von der Polizei erschossen, als er Plakate, mit dem Symbol der ERNK, die im Zuge des PKK-Verbotes ebenfalls verboten wurde, aufhängte.

Der nunmehr gescheiterte Versuch der Bielefelder Polizei und Staatsanwaltschaft das Bild an unserer Hauswand zu kriminalisieren, zeigt einmal mehr, dass der Wille zur Kriminalisierung des kurdischen Widerstandes auch nach all den Jahren ungebrochen ist.

In Gedenken an Halim Dener - ermordet von Bullen! Weg mit dem Verbot der PKK! Keine Kriminalisierung des kurdischen Widerstandes!

Hausversammlung des AJZ im November 2020

Lass Brennen

Nachtrag aus dem Elbchaussee-Prozess G20

Bemerkenswert war die Vernehmung eines (heute: ehemaligen) Feuerwehrbeamten, der nach seiner Schicht auf dem Heimweg mit dem Fahrrad unterwegs war und die Elbchaussee kreuzte. Er habe dort die Fahrzeuge brennen sehen und sich zunächst einen Überblick verschafft, ob weitere Gefährdungen bestünden, beispielsweise für Wohnhäuser o.Ä. Das habe er aber ausgeschlossen, weil die Autos alle weit genug weggestanden hätten. Im Einzelfall könne mal eine Fassade etwas mehr Ruß abbekommen haben, weil die Fahrzeuge so lange gebrannt hätten, aber ein Übergreifen des Feuers hätte aus seiner Sicht in keinem Fall gedroht.

Er habe dann bei der Leitstelle angerufen, die Feuer mitgeteilt und gefragt, warum keine Löschzüge vor Ort seien. Dort habe man ihm mit-

geteilt, sie wüssten, dass es brenne, die Polizei habe aber noch kein „Go“ für den Einsatz gegeben. Im Rahmen der Befragung des Zeugen wurde dann schnell klar, dass es für den G20-Gipfel eine politisch getragene „Anweisung“ der Polizei gab, die Feuerwehr dürfe im Zusammenhang mit „politischen“ Ereignissen erst auf „Go“ der Polizei ihrer Tätigkeit nachgehen.

Es gebe - so der Zeuge - hierzu auch eine Schriftlage und er halte das für absurd, denn wenn jemand eine Einschätzung zu Feuer habe und das auch bekämpfen könne, dann sei das die Feuerwehr, sicher nicht die Polizei. Aber das finde auf einer Ebene statt, auf der er nicht mitreden dürfe.

Italien: Revolten in Zeiten von Corona

Seit einige Politiker_innen die Möglichkeit eines zweiten Lockdowns in Italien erwogen haben, füllen sich die Straßen mit Demonstrierenden. Dies sind nicht die Corona Leugner-Demos sondern vielmehr Revolten gegen eine sozio ökonomische Ungleichheit, die sich seit der Corona Krise schlichtweg verschärft.

Auf den Straßen von Italiens Städten revoltieren tausende gegen die hegemoniale Anrufung: «Im Virus stehen wir vereint zusammen». Aber der Beifall blieb aus. Hat die Idee eines Wir letztlich doch gezogen? Sind die Angst vor Repression oder die vor dem Virus größer als das Bedürfnis, auf die Straße zu gehen und in solidarischer Bezugnahme selbst zu revoltieren? Wurden die Proteste nicht als soziale Revolten wahrgenommen? Gut möglich, dass die Medien ihre Rolle dabei gespielt haben, indem sie sofort berichteten, dass es sich bei den Revoltierenden lediglich um Faschos oder Hools handle. Wie die Genoss_innen von infoautin in ihrem Editorial schreiben: «Ein Großteil der intellektuellen Linken in diesem Lande folgt dieser bequemen rassistischen und kolonialen Erzählung.»

Dieser Text will dem Mut der Revoltierenden Solidarität entgegenbringen. Auch weil letztlich die Abwesenheit von Solidarität bedeutet, diejenigen allein zu lassen, die in die Knäste gesperrt wurden

Eine kurze Darstellung der Ereignisse:

Am 23. Oktober 2020 deutet der Regionalpräsident von Campania auf Facebook die Möglichkeit eines neuen Lockdowns an. Den Genoss_innen aus Napoli zufolge verbreitet sich in den sozialen Netzwerken in Windeseile die Idee, sich am Abend auf den Plätzen zu versammeln. Tausende Menschen gehen am selben Abend auf die Straßen. Die Interessen der verschiedenen Akteur_innen unterscheiden sich deut-

lich voneinander. Auf der einen Seite äußern die Geschäftstreibenden und Gastronomiebesitzer_innen, den eine erneute Schließung bevorstehen mag, ihre Sorge um finanzielle Verluste. Auf der anderen Seite finden sich junge Menschen, die sehr genau wissen, dass ihre Forderungen nicht gehört werden – sie drücken sich in direkten Aktionen aus.

Ob in Forderungen oder über Aktionen vermittelt gibt es eine gemeinsame Wut gegen den italienischen Staat, der weder in das Gesundheitssystem investiert hat, noch in Hilfen für diejenigen, die wörtlich nichts mehr zu beißen haben. Diese unterschiedlichen Akteur_innen finden sich je an unterschiedlichen Orten der Stadt zusammen, die einen mit sichtbaren Plakaten, die Gemüter der anderen erhitzens-tundenlang die Straßen. Es brennt und scheppere, Wut ist das Band zwischen den tausenden jungen Menschen. Trotz der abendlichen Ausgangssperre bleiben die Revolten bis zum Morgen aktiv.

In den folgenden Tagen, so beschreiben es Genoss_innen, sind die Revolten DAS Thema überall, auch in anderen Städten: «Man sprach darüber in den Bars, in den überfüllten öffentlichen Verkehrsmitteln, in den Grüppchen der Warteschlangen». In Bologna, Catania, Firenze, Milano, Roma, Torino gehen an den Abenden tausende Menschen auf die Straßen, um es «wie in Napoli zu machen». In Torino, wie zuvor in Napoli, finden zwei Versammlungen statt: die Gewerbetreibenden und die jungen Leute. Am Ende der Nacht sind die Schaufenster von Gucci zerbrochen. In der Analyse von Genoss_innen aus Torino lässt sich lesen, dass diese jungen Menschen, die so lange unsichtbar gewesen sind, nun lautstark schreien: «vogliamo tutto, vogliamo anche Gucci!» (wir wollen alles, wir wollen auch Gucci!). Am Ende des Abends sperren die Cops einige Leute ein. In Firenze entgegen nehmen die Schweine sofort eine Gruppe Leute auf ihrem Weg zur Versammlung

fest. In den sozialen Netzwerken war zu einem «friedlichen Protest» aufgerufen worden, dem Begriff wird dabei jedoch keine besondere Beachtung geschenkt. Die Versammlung ist nicht bei den Behörden angemeldet. Es finden sich derart viele Menschen auf dem Platz zusammen, dass der verzweifelte Versuch einzelner, Besonnenheit zu erbitten, in dem lautstarken Schreien vieler erstickt wird.

Als jemand ruft, «wir wollen kein Almosen, wir wollen arbeiten» entgegnet ihm jemand «was redest du, wir brauchen die Löhne». Die tausenden jungen Leute haben die Peripherie verlassen und bewegen sich durch das Reichtum symbolisierende Zentrum der Stadt. Die Cops setzen Tränengas ein und werden mit als Antwort beworfen.



Wer war auf den Straßen?

Wie üblich zögerten die offiziellen Medien nicht, die Proteste zu kriminalisieren und zu delegitimieren, das seien lediglich Faschos, Delinquente, von der Camorra organisierte Leute, Corona-Leugner. Die Zeitungen erkennen die sozialen und ökonomischen Brüche, die Italien durchziehen und sich mit den Anti-Covid Politiken verschärft haben, nicht an. Wer sind also diese Revoltierenden? Es ist wichtig zu unterstreichen, dass sowohl in Napoli als auch in Torino und Firenze je zwei Versammlungen stattgefunden haben, es lassen sich also Parallelen ziehen.

Auf der einen Seite finden sich die Betreiber_innen kleiner Geschäfte und Gastronomien. Die Kleingewerbetreibenden, in Italien oftmals Familienbetriebe, fürchten, dass ein zweiter Lockdown sie um die einzigen Einkünfte der Familie bringt. Ebenso finden sich dort aber auch die mittelständischen Unternehmen, die sich um einen Einbruch ihrer Umsätze sorgen wie auch darum, von den großen Unternehmen verschluckt zu werden und für die die Online-Riesen das Übel der Welt sind. All diese vereint der Slogan «Tu ci chiudi tu ci paghi» (Du machst uns dicht, du bezahlst uns).

Die interessantere Versammlung ist in unseren Augen jedoch jeweils die andere, auf der sich die Akteur_innen der Konflikte und Konfrontation in den Stunden nach der Zusammenkunft wiederfinden. Schwierig hier organisierte Gruppen auszumachen, wie die man von anderen Demos gewohnt ist. Eine Ausnahme bilden wohl die Ultras. Ansonsten sind es Kids aus den Vororten, die Kinder von Migrant_innen, das Prekariat und Arbeitslose, die in den Zentren der Städte zusammenkommen. Und ja, auch

Faschos, aber weder überwiegend noch blieben sie ohne Widerstand. Sie wurden von der Versammlung geworfen (Firenze) oder der von ihnen zunächst besetzte Platz wurde sich später von Genoss_innen angeeignet (Roma).

Diese Mischung an Leuten ist Aufrufen aus den sozialen Netzwerken gefolgt und in Gruppen von Freundeskreisen zu den Kundgeben gegangen, die meisten jung und sehr jung. Die Entscheidung, sich dieser und nicht der anderen Versammlung der Gewerbetreibenden anzuschließen wurde nicht zufällig getroffen. Sie wissen, bei dieser wird was passieren, gut möglich, dass es zu Konflikten kommt. Es lassen sich schwer gemeinsame Slogans oder klare Forderungen ausmachen. Klar ist aber, es ist Wut in der Luft.

Es geht nicht darum, der Gesundheitskrise die Relevanz abzuspüren, es ist zu hören «Fanno bene a chiudere» (Es sollte alles geschlossen werden). Die Frage ist vielmehr die nach den ökonomischen Bedingungen und dem Leben in das Menschen mit einem zweiten Lockdown ohne sozialstaatliche Absicherung geworfen werden. Die Revoltierenden haben verstanden, dass es an ihnen selbst ist, sich zu bewegen, denn die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren Kämpfe vor allem verhindert.

Legitime Revolte?

Na klar. Schon in Zeiten vor Corona war der italienische Sozialstaat lächerlich im Vergleich zu anderen Ländern wie Frankreich oder Deutschland. Man könnte sagen, deine Familie ist dein Sozialstaat. Das bisschen an Hilfen was es gibt, wie Arbeitslosenhilfe oder Grundsicherung, sind durch Barrieren von sozialen oder administrativen Bedingungen nahezu unerreichbar. Es erfüllen ohnehin nur wenige Menschen die Bedingungen für sozialstaatliche Hilfen und dann haben die Ämter deine Akte am Ende „vergessen“. Um überhaupt ein Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung zu haben, bedarf es eines Arbeitsvertrages von mehreren Monaten oder überhaupt eines Vertrages – beides ist nicht besonders häufig gegeben.

Diese Hilfen sind mehr politische Propaganda oder Anlass zum Streit in den Zeitungen als dass sie wirkliche Hilfen im Alltag der Menschen wären. Der Arbeitsmarkt zeichnet sich immer mehr durch irreguläre Arbeit, extrem prekäre Verträge, Scheinselbstständigkeit (die eigentlich Angestelltenverhältnisse verdeckt ohne aber die damit einhergehenden Rechte zu gewähren) und Arbeit auf Abruf aus (die Chefs lassen dich arbeiten wann es ihnen passt ohne eine Anzahl an Mindeststunden). Dabei ist noch nicht einbezogen, dass Tourismus als Italiens wichtigster wirtschaftlicher Sektor durch die sanitäre Krise zusammengebrochen ist, dieser betrifft auch die Bars, Gastronomie und Kleingewerbe.

Nach dem Höhepunkt der Corona Krise im Frühjahr hätte Italien ins Gesundheitssystem investieren müssen, das hat aber nicht stattgefunden. Besonders in den Regionen, in denen Krankenhäuser privatisiert wurden, ist bei weitem nicht ausreichend Versorgung vorhanden. Einem Artikel zufolge spricht Italiens Vereinigung der Produzent_innen von einer Million mehr armen Menschen in Italien als vor Corona – besonders der Süden verarmt noch stärker.

Vor diesem Hintergrund hat Italiens Regierung den ersten Lockdown ohne einen begleitenden Plan für wirtschaftliche Hilfen beschlossen. Für einen großen Teil der Bevölkerung bedeutet ein Lockdown schlicht, ohne Einkommen zu Hause zu bleiben. Viele hatten schon nach der Krise 2008 Schwierigkeiten, über die Runden zu kommen oder einen Job zu finden. Nach einem über's Knie gebrochenen ersten Lockdown hören sie nun die Politiker_innen von einem zweiten Lockdown sprechen und wissen, dass das schlicht unmöglich wird.

Ausblick

Hoffend, dass der sozio-ökonomische Kontext Italiens etwas klarer geworden ist und die Frage nach den Revoltierenden etwas anders beantwortet werden kann als die hegemonialen Medien den Anschein erwecken, wollen wir diesen Text mit der Frage nach einer gemeinsamen Perspektive und so mit der Frage nach Solidarität beenden.

Weder sollten wir der medialen Darstellung folgen, derzufolge die Proteste durch die Beschreibung ihrer Akteur_innen als Faschos oder Corona-Leugner_innen delegitimiert werden, noch sollten wir die Proteste idealisieren ohne auch eigene linksradikale Ideen einzubringen oder aber uns von ihnen als Proteste unpolitischer Macker zu distanzieren. Die Frage danach, mit wem wir gemeinsam revoltieren wollen ist nicht neu. In wen legen wir Vertrauen, mit wem verbünden wir uns, haben gemeinsame Ziele oder wenigstens eine gemeinsam erlebte Wut?

Nach all dem Leiden und der Wut gegen dieses System, ist es motivierend zu sehen, dass Leute in diesem Moment der sich verschärfenden Krise(n) revoltieren. Wenn wir sicher sein wollen, dass die Revolten nicht von Rechten vereinnahmt werden, ist es auch an uns, dafür zu sorgen. Die Genoss_innen in Firenze haben ein Dutzend Faschos erkannt und ihnen direkt zu Anfang des Abends gezeigt, dass es nicht ihr Platz ist. In Roma haben Faschos einen Platz besetzt, nachdem sie jedoch wegen der Ausgangssperre gehen mussten, haben den Genoss_innen sich den Platz angeeignet. Um herauszufinden, wer Verbündete in den Revolten sein könnten, braucht es regelmäßige Begegnungen.

Daneben gibt es einen weiteren Grund, aus dem sich die Frage nach der Einordnung der Revolten stellt: die Repression. Es gibt Leute, die von den Cops in den Knast gesteckt wurden. Wir sprechen uns hier für eine solidarische Bezugnahme auf die Proteste aus, um diese nicht allein und in der Erfahrung der Ohnmacht gegenüber der Repression zu lassen. Solange prekäre Menschen, von denen wir nicht klar wissen, dass sie Faschos sind, von Repression betroffen sind, ist die Antwort einfach: Solidarität, verdammt nochmal!

Entweder bleiben wir zu Hause oder wir gehen heraus, um zu versuchen, gemeinsame Momente zu erschaffen, in denen die Wut gemeinsam erlebt wird, in denen gemeinsam gerannt wird, in denen Freund_innen im Knast gemeinsam besucht werden. Gemeinsame Kämpfe sind keine statische Sache, sie erzeugen sich in Bewegung!

Jedes Nummernschild zählt!

Neues Gesetz macht Auto-Überwachung leicht

Bisher werden „Automatisierte Kennzeichenlesesysteme“ (AKLS) hauptsächlich zur Erfassung der Maut-Daten von LKWs genutzt. Das betrifft die Autobahnen und viele Bundesstraßen. Wir wissen, dass Bullen und Geheimdienste diese Kennzeichenerfassung immer wieder auch zu Fahndungszwecken genutzt haben. Vor allem in Bayern wird dies hemmungslos gemacht. Nun hat Bundesjustizministerin Lambrecht einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der es in sich hat. Polizei und Ermittlungsbehörden sollen künftig in ganz Deutschland Kfz-Kennzeichen scannen und mit Fahndungslisten abgleichen dürfen. Diese Art der permanenten Rasterfahndung war bisher illegal.

Mittlerweile existieren AKLS, also die Auto-Rasterfahndung mittels Nummernschild-Abgleich, für viele Zwecke: Tempolimits, Mautgebühren, Diesel-Fahrverbote und natürlich Strafverfolgung. Die Technik fotografiert sämtliche Kennzeichen und gleicht sie entweder mit einer Liste ab oder speichert sie in einer Datenbank. Die Polizei in Brandenburg speichert (!) z.B. schon jetzt jeden Tag 55.000 Kennzeichen.

Die rechtlichen Grundlagen für Kennzeichen-Scanner sind in den Bundesländern jedoch uneinheitlich und juristisch umstritten. Das

Justizministerium will mit dem Gesetz jetzt den Einsatz von Kennzeichen-Scannern an jeder Straßenecke erlauben.

Demnach erhält die Strafprozessordnung einen neuen Paragraphen, der es erlaubt, zu Fahndungszwecken „über einen bestimmten Zeitraum hinweg an überwachten Kontrollpunkten vor allem von Fernstraßen sämtliche passierende Fahrzeuge abzulichten, deren amtliche Kennzeichen durch eine Software auszulesen und sie mit Halter_innendaten von Kraftfahrzeugen abzugleichen“.

Eine Auto-Vorratsdatenspeicherung wie in Brandenburg soll damit nicht möglich sein. Aber wir können getrost davon ausgehen, dass das nur noch eine Frage der Zeit ist. Schließlich hieß es bei der Einführung der Maut-Erfassungssysteme auch, die erfassten Daten würden nur für die Maut-Abrechnung genutzt. Wir wissen, dass es anders kommen musste.

Laut geltendem Mautgesetz dürfen die Daten der Maut-Stationen eigentlich nur für die Maut verwendet werden. Doch der Ministeriums-Sprecher erklärt jetzt: „Ob bereits vorhandene AKLS-Geräte, die derzeit zu anderen Kontrollzwecken eingesetzt werden, künftig auch

für [Fahndungszwecke] zum Einsatz kommen können, wäre jeweils durch die einzelnen Bundesländer zu entscheiden.“ Damit droht eine massive Ausweitung der Auto-Rasterfahndung.

Auf jeden Fall wird Zahl der Erfassungs-Geräte und die der konkreten Fahndungs- und Überwachungsmaßnahmen zunehmen. Der Gesetzesentwurf geht von einem „derzeit nicht genau bezifferbaren Mehraufwand für die zu erwartende Anschaffung entsprechender AKLS-Geräte und der geeigneten IT-Systeme“ aus. Kosten und Aufwand könnten sinken, wenn „bereits vorhandene technische Ausstattung zum Einsatz gebracht wird“. Es heißt im Entwurf:

„(1) An bestimmten Stellen im öffentlichen Verkehrsraum dürfen ohne das Wissen der betroffenen Personen amtliche Kennzeichen von Kraftfahrzeugen sowie Ort, Datum, Uhrzeit und Fahrtrichtung durch den Einsatz technischer Mittel automatisch erhoben werden, wenn zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass eine Straftat von erheblicher Bedeutung begangen worden ist und die Annahme gerechtfertigt ist, dass diese Maßnahme zur Ermittlung des Aufenthaltsorts des Beschuldigten führen kann. Die automatische Datenerhebung darf nur vorübergehend und nicht flächendeckend erfolgen.

(2) Die nach Maßgabe von Absatz 1 erhobenen amtlichen Kennzeichen von Kraftfahrzeugen dürfen automatisch abgeglichen werden mit Halterdaten von Kraftfahrzeugen, die auf den Beschuldigten zugelassen sind oder von ihm genutzt werden, oder die auf andere Personen als den Beschuldigten zugelassen sind oder von ihnen genutzt werden, wenn aufgrund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass sie mit dem Beschuldigten in Verbindung stehen oder eine solche Verbindung hergestellt wird, und die Ermittlung des Aufenthaltsortes des Beschuldigten auf andere Weise erheblich weniger erfolgversprechend oder wesentlich erschwert wäre.“

Der Gesetzesentwurf wird jetzt mit Lobby-Verbänden und Länderregierungen diskutiert und soll danach von der Bundesregierung auf den Weg gebracht werden.

Für uns bedeutet das: Grundsätzlich können demnächst überall Kennzeichenerfassungssysteme installiert werden. Die existierenden LKW-Maut-Brücken und -Säulen werden in naher Zukunft alle Kennzeichen für einen Abgleich nutzen. Zusätzlich werden Bullen temporär Überwachungsgeräte aufstellen. Dass die Überwachung „nicht flächendeckend“ erfolgen soll, bedeutet nur, dass nicht an wirklich jeder Straßenkreuzung dauerhaft ein Überwachungsgerät stehen darf - mit entsprechender Begründung wird aber sicher auch das möglich sein. Mit „Terrorgefahr“ kann man ja alles mögliche rechtfertigen.

Das ist nicht nur für Alle gefährlich, nach denen gefahndet wird. Auch wer z.B. als „Gewalttäter links“ gespeichert ist, was bereits nach einer Demo-Kontrolle sein kann, könnte mit dem eigenen Auto in eine bundesweite Dauererfassung geraten – ohne dass Überwachungstechnik, wie GPS-Sender, eingebaut worden ist. Die Benutzung eines polizeibekanntes Autos nach und vor Aktionen ist damit extrem riskant. Bisher galt es vor allem, nicht kontrolliert zu werden. Jetzt heißt es, immer nur Autos nutzen, die keiner staatsfeindlichen Person oder ihren Bekannten zugeordnet werden können – und das auch immer nur einmal. Denn Rasterfahndung bedeutet eben auch, dass ein Auto welches zweimal in der Nähe von Aktionen registriert wird, automatisch als verdächtig erkannt werden kann.

Schlechte Zeiten für anonymes Reisen. Lasst uns die Lücken in der Überwachung finden und den Schnüfflern ein Schnäppchen schlagen. Und: fest installierte Überwachungsanlagen sind in der Regel ungeschützt. Ihr wisst, was wir meinen..

Sonntagsfahrer_innen

Mobilfunk und Applikationen als Teil des technologischen Angriffs

Im Jahre 2009 begann die Tech-Firma Apple ihr damals neuestes Produkt, das iPhone 3g mit dem sich seit der Entwicklung der Smartphones verbreitenden Satz „There’s An App For That“ („Es gibt eine App dafür“) zu bewerben und ließ sich die Verwendung des Satzes zugleich patentieren. „Es gibt eine App dafür“, ein Versprechen, dass es im Grunde für jedes Problem in der Welt eine „App“, also eine kleine Softwareanwendung gibt, mit der sich dieses Problem lösen lässt. Es ist auch ein bisschen mehr als ein Versprechen; es ist auch die Zusammenfassung des Umstandes, dass es tatsächlich für alles Mögliche eine App für das Smartphone gibt. Im 2. Quartal 2019 gab es im Appshop von Google 2,4 Millionen Apps, im Appshop von Apple 1,9 Millionen und im App-Shop von amazon immerhin noch 478.000 verschiedene Apps. Dabei reichen die angebotenen Apps von Spielen über welche,

die einem sagen, wie viel Wasser man noch trinken oder wie viel Obst man noch essen soll, bis hin zu solchen, mit denen sich in weit abgelegenen Orten auf der Welt feststellen lässt, was für eine Augenkrankheit jemand hat, der erblindet ist, und wie diesem Menschen zu helfen wäre. Im Großen und Ganzen geht es aber vor allem um eins und zwar Unterhaltung: Den größten Anteil der Apps machen mit 25% Spiele aus, gefolgt von Business, Bildung und Lifestyle, mit jeweils um die 9%. Die beliebtesten Apps sind dabei Apps, die von den großen Social-Media-Anbietern herausgegeben werden, oder im weitesten Sinne mit Unterhaltungsangeboten verknüpft sind. Apps für Gesundheit und Fitness zusammengenommen mit medizinischen Apps machen immerhin um die 5% des Angebots aus.

Unter diesen Bedingungen ist es wenig verwunderlich, dass im Rahmen der Corona-Pandemie schnell die Idee aufkam, eine App zu entwickeln, die einen irgendwie gearteten positiven Beitrag zur Pandemie-Eindämmung leisten könnte. Eine solche App, so die Vorstellung, soll dann vorrangig helfen, zu ermitteln, ob man irgendwo Kontakt hatte zu einem bereits Infizierten, um so besser einschätzen zu können, ob man selbst sich eventuell schon infiziert haben könnte. Eingeführt wurden solche Apps bereits vor allem im asiatischen Raum, bei einem zum Teil völligen Verwerfen von jedweden Möglichkeiten des Datenschutzes; in Deutschland wurde die App Anfang Juni veröffentlicht, wobei sich die Regierung im Vorfeld einem großen Rückhalt in der Bevölkerung erfreuen konnte: Zumindest 95% der Smartphone-Nutzer*innen gaben an, sich eine solche App auch freiwillig zu installieren, in den ersten Tagen der Veröffentlichung der App wurde sie um die 6 Millionen mal heruntergeladen. Es ist nachvollziehbar, dass in einem solchem Setting weitere Ideen für Apps den Weg in die Öffentlichkeit finden, wie zum Beispiel eine App, die den Zugang zur Innenstadt regelt (alles natürlich zum Infektionsschutz), oder aber auch, dass Apps, die bisher wenig Zuspruch fanden, nun deutlich populärer geworden sind (wie etwa Apps zum Bezahlen von Einkäufen via Smartphone).

Hier und da wird zwar noch infrage gestellt, ob solche Apps eigentlich sicher vor Hackerangriffen seien, der erst kürzlich erlassenen europaweiten Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) entsprechen, oder ob sie nicht vielleicht dem Staat etwas zu viel Kontrolle über seine Bürger*innen gibt. Grundsätzlich infrage gestellt wird aber wenig, viel zu sehr haben sich die meisten schon an das grundsätzliche Verwenden, Mitführen und Benutzen von Smartphones und Apps (oder mindestens an den Besitz und Gebrauch eines Handys) gewöhnt. Sie sind, kann man sagen, zu einer absoluten Selbstverständlichkeit geworden, wobei ihr Vorhandensein keineswegs so selbstverständlich ist.

Wir wollen das für und wider von irgendwelchen Apps nicht diskutieren. Wir wollen vielmehr die Bedingungen und Voraussetzungen untersuchen, welche nötig sind, damit das mit den Apps überhaupt funktionieren kann. Dazu werden wir die Geschichte nachzeichnen, die der Entwicklung des modernen Mobilfunks vorausging, schauen, woher dieser kommt und wer ihn sich ausgedacht hat und warum, sowie der Frage nachgehen, warum es eigentlich kommt, dass so viele Menschen überall auf der Welt glauben, ohne ein Smartphone nicht mehr zurechtzukommen und seine Nutzung fortsetzen und ausweiten, selbst bei der überdeutlichen Kontroll- und Überwachungsfunktion dieser kleinen scheußlichen Geräte.

Geschichte der Fernkommunikation

Die aktuelle Verbreitung von Apps ist eng mit der Verbreitung des Mobilfunks verbunden, und der Mobilfunk wiederum hat zur Voraussetzung die Fernkommunikation im Allgemeinen, deren Wurzeln bis in die Antike hineinreichen, damals freilich noch als optische Telegrafie. Diese wurde dann Anfang der Neuzeit neu aufgegriffen und weiterentwickelt, bis hin zur Elektrifizierung, welche Telegrafie erst via Kabel und in der Folge via Funk ermöglichte.

Ins gleiche Zeitfenster wie die Verbreitung der Telegrafie fällt auch die Entwicklung der Telefonie, gefolgt von frühen Formen des Mobilfunks; welche dann weiterentwickelt wurde bis hin zum Mobilfunk, wie wir ihn heute kennen.

Schon vorab kann festgehalten werden, dass in der Fernkommunikation seit je her der militärische Nutzen eine zentrale Rolle spielt. In der fortschreitenden Industrialisierung und Kapitalisierung der Welt tritt mit dem Interesse an weltweitem Handel ein wirtschaftlicher Faktor hinzu. Immer geht es darum, eine Information schneller zu erhalten, als ein*e mögliche*r Feind*in und/oder Konkurrent*in, um einen Vorteil bei der Verschiebung von Truppen, Waren oder Finanzen zu erlangen. Es überrascht daher auch nicht, dass Angriffe auf Fernkommunikationswege genauso alt sind, wie diese selbst. Ein Beispiel aus dem Mittelalter: Als Kreuzritter Ende des 12. Jahrhunderts versuchten, die Stadt *Akkon* einzunehmen, schickte Saladin, der erste Sultan von Ägypten, eine Brieftaube in die belagerte Stadt, um das Anrücken seiner Truppen anzukündigen. Die Kreuzritter fingen die Taube ab, verfälschten die Nachricht, um die Bewohner*innen *Akkons* zu verunsichern, indem sie statt der eigentlichen Meldung, dass Truppen zur Unterstützung unterwegs seien, das Ausbleiben jedweder Unterstützung ankündigten. Hierdurch brach der Widerstand zusammen und die Kreuzritter nahmen die Stadt ein.

Ebenfalls zeigt sich, dass die Fernkommunikation zu privaten Zwecken erst viel später hinzukommt und nicht zu trennen ist von der im aufkommenden Kapitalismus einsetzenden Zersetzung traditioneller Lebensweisen und den damit zusammenhängenden Lebensgemeinschaften.

1. Die optische Telegrafie

Berichte über die erste optische Telegrafie (Telegrafie=„Fernschreiben“, zusammengesetzt aus dem altgriechischen tele=‘fern’ und graphein=‘einritzen, schreiben’) gehen zurück bis in die Zeit der Antike. Rauch- und Feuerzeichen dienten der Übermittlung von Nachrichten; so sollen Informationen über Angriffe im alten China entlang der chinesischen Mauer via Rauchzeichen über eine Entfernung von 750 km innerhalb weniger Stunden weitergegeben worden sein. In Griechenland beschrieb 1184 v. Chr. der Dichter Aischylos in einem Drama über den Fall Trojas, dass die Nachricht über den Sieg mittels einer Kette von Feuerzeichen in das 555 km weit entfernt liegende Argos gelangt sein soll. Auch die Römer sollen solche Feuerketten entlang der Grenze nach Germanien am Limes unterhalten haben. Ein etwas ausgefeilteres System wurde von Polybios (um 200 v. Chr.) für den ersten Punischen Krieg zur Nachrichtenübermittlung zwischen Sizilien und Karthago beschrieben, welches nach einer Kontaktaufnahme via Fackelzeichen die Übermittlung aus einer geringen Palette von Codes via eines hydraulischen Telegraphen ermöglichte, bei dem ein Wasserstand einen Zeiger auf eine bestimmte Höhe brachte. Übermittelt werden konnten dadurch Sachverhalte wie etwa „Kavallerie an Land angekommen“, „Schwere Infanterie“, „Schiffe“, „Mais“ und dergleichen.

Der Nutzen erstreckte sich hier nahezu ausschließlich auf den militärischen Bereich und ermöglichte im Falle eines weiter entfernten feindlichen militärischen Manövers eine mögliche Mobilisierung von Truppen

o.ä. in Richtung des Angriffs. Voraussetzung war in den meisten Fällen eine gewisse dauerhafte Grenze oder vergleichbares, entlang derer eine Infrastruktur aufrecht erhalten werden konnte und mithilfe dieser dann die Nachrichten übermittelt wurden. Für das Mittelalter gibt es keine Berichte über telegrafische Fernkommunikationen. Hintergrund mag das häufige Wechseln von politischen Allianzen und Verschieben der Grenzen gewesen sein, die die Installation und Verabredung für Fernkommunikation erschwert haben mag.

Erneute Versuche für die Entwicklung einer optischen Telegrafie sind belegt für das 17. und 18. Jahrhundert in England und Irland. Eine Grundlage für diese Entwicklung war unter anderem die Erfindung des Fernrohrs, welches ermöglichte, Signale über eine deutlich größere Entfernung als bisher zu erkennen. Das erste funktionierende Telegrafie-System wurde von dem Franzosen Claude Chappe und seinem Bruder im Jahre 1792 umgesetzt. Zwischen 1790 und 1795 sah sich das revolutionäre Frankreich immer wieder Bedrohungen aus England, den Niederlanden, Preußen, Österreich und Spanien gegenüber, wie auch Aufständen im Innern in Marseille und Lyon. Einziger Vorteil war die mangelnde Kommunikation unter den Aggressoren, trotzdem war es für Frankreich nötig, die eigenen Truppen im Lande auf eine möglichst sinnvolle und ressourcenschonende Art zu verteilen. Hierzu wurden in ganz Frankreich Telegrafienstationen eingerichtet, auf welchen mithilfe von Schwenkarmen Signale angezeigt und weitergegeben wurden. In seiner Hochphase bestand das Netzwerk aus 556 Stationen mit einer gesamten Nachrichtenstrecke von 4800 Kilometern. Die Geschwindigkeit der Nachrichtenübermittlung hing stark von den Wetter- und Sichtverhältnissen ab, auf der Strecke von Paris nach Lille (etwa 200 km) betrug sie etwa eine halbe Stunde, was einmal grob gerechnet eine Nachrichtengeschwindigkeit von 400 km/h bedeutet, wohingegen ein Bote auf einem Pferd etwa 50 km an einem Tag schaffte.

Das französische System wurde aufgrund seines hohen militärischen Nutzens von vielen Staaten übernommen und modifiziert; jenseits des Militärischen entfaltete das System keine Bedeutung. Aufgrund der guten Sichtbarkeit der Signale und den bedeutsamen Inhalten wurde auch hier der Codierung ein hoher Stellenwert eingeräumt. Vor allem in der Seefahrt hat sich die Übertragung von Licht- oder Fahnsignalen bis heute erhalten. Im Allgemeinen wurde es im 19. Jahrhundert von der elektrischen Telegrafie abgelöst.

2. Die elektrische Telegrafie

Dem ersten funktionierenden System elektrischer Telegrafie gingen eine Reihe von Experimenten in zahlreichen Ländern voraus. Den ersten funktionstüchtigen Telegrafien konstruierte wohl der englische Erfinder Francis Ronalds, dem es 1816 gelang, über ein circa 160 Meter langes Kabel eine Nachrichtenübertragung zu realisieren. An jedem Ende des Kabels befand sich eine Drehscheibe, auf der das Alphabet zu sehen war, entsprechend der Einstellung auf der einen Drehscheibe, drehte sich die andere Drehscheibe auf den entsprechenden Buchstaben. Als er seine Erfindung der englischen Marine anbot, lehnte diese den Telegrafien jedoch als „völlig unnötig“ ab.

Der finale Durchbruch kam wohl durch Samuel Morse, der über das Zwischenschalten von Relais die Entfernung, über welche ein Signal

übertragen werden konnte, deutlich erweiterte, sowie die Technik des Telegraphen mit dem eigens für die Telegrafie entwickelten Morse-Codes (den Morse aber nur mitentwickelte, auch wenn er seinen Namen trägt) verband. 1838 kam es zur ersten öffentlichen Vorführung, bei welcher der Satz „a patient waiter is no loser“ („Ein geduldig Wartender ist kein Verlierer“) telegraphiert wurde, wobei er bloß lokale Aufmerksamkeit erhielt. Mit einiger Lobbyarbeit gelang es ihm erst 1843 finanzielle Zuschüsse aus Washington zu erhalten, um eine Teststrecke für den Telegrafien von Washington nach Baltimore mit einer Länge von 61 km zu errichten. 1844 wurde die Strecke mit den Worten „What hath God wrought“ („Was Gott gewirkt hat“) offiziell eröffnet. Ab 1845 wurde die Magnetic Telegraph Company gegründet, welche den Ausbau des Telegrafienetzes vorantrieb. 1850 waren es bereits circa 20.000 km Strecke. In Deutschland waren in dieser Zeit kleinere Telegrafienstrecken entstanden, die unterschiedliche Technologien nutzten; 1850 hatte sich die Morse-Technik jedoch auf nahezu allen Telegrafienlinien durchgesetzt, wodurch sie zu einem Gesamtnetz zusammengeschlossen wurden.

Mit der Verbreitung des Morse-Telegrafien bekam die Idee, auch die Kontinente miteinander zu verbinden, Auftrieb. Das erste beständige transatlantische Kabel wurde nach gescheiterten Versuchen 1858 zwischen Irland und den USA gelegt. Da die Übertragung aber viel zu langsam war, wurden weitere und verbesserte Kabel verlegt (woran sich unter anderem die Firma Siemens beteiligte), 1866 gelang erstmals dann die Verlegung eines brauchbaren transatlantischen Kabels. Um 1870 waren weite Teile der Welt bereits verkabelt.

Eine wichtige Nutznießerin der Ausweitung der elektrischen Telegrafie war unter anderem das Zeitungswesen: Die in Aachen gegründete Nachrichtenagentur Reuters stieg 1851 von den bisher verwendeten Brieftauben auf Telegrafie um, vornehmlich um Börsennachrichten zu verbreiten. 1858 abonnierte der *London Morning Advertiser* als erste Zeitung auch anderweitige Nachrichten, welche durch Reuters verbreitet wurden.

Es dauerte noch bis Ende des 19. Jahrhunderts, dass die gewöhnlichen Menschen das Telegramm als schnelle Kommunikation akzeptierten. Zum einen war es zu Anfang teuer; zum anderen gab es eine Reihe von Vorbehalten gegen das Telegramm, unter anderem, dass dadurch die Verbreitung unsinniger und überflüssiger Nachrichten gefördert würde, sowie ein „Entsinnlichen“ und Verflachen der Kommunikation. Genutzt wurde es vor allem, um ein soziales Problem auszugleichen, welcher durch die Immigration von Europa in die USA entstand; aufgrund diverser gesellschaftlicher Probleme setzten immer mehr Menschen die Hoffnung auf das große Glück in Amerika. Meist reichte das Geld jedoch nicht, um gleich mit der ganzen Familie umzusiedeln, was dazu führte, dass sich das wagemutigste und tauglichste Familienmitglied allein auf den Weg machte, um dann aus den USA zu berichten. Ein Briefwechsel zwischen Europa und den USA konnte allerdings sehr lange dauern, unter Umständen kam der erste Brief, am Tag der Ankunft in den USA geschrieben, erst ein Jahr später an und gab nur noch ein bereits veraltetes und verzerrtes Bild wieder, eine Rückantwort dauerte genauso lange. Dass also die neue Technik trotz der Vorbehalte akzeptiert wurde, lag daran, dass die Probleme der räumlichen Trennung verringert werden konnte, wobei der Austausch tatsächlich

verflachen musste, da pro Wort bezahlt werden musste und die Telegrafie für einen ausführlichen Austausch nicht gemacht war.

Mit der Verbreitung knüpften sich aber auch Hoffnungen aus der Gesellschaft an die neue Technologie. So schrieb Rudyard Kipling, Autor des Dschungelbuches, 1893 in einem Gedicht mit dem Titel „Die Tiefsee Kabel“, in dem er die Untersee-Telegrafenkabel lobte: „Und ein neues Wort läuft darüber und flüstert: ‚Lasst uns eins sein!‘“ Dies repräsentierte eine Ende des 19. Jahrhunderts weit verbreitete Idee, dass die internationale Telegrafie der Welt Frieden bringen würde. Anlässlich der Verbindung Amerikas mit Großbritannien durch ein Unterseekabel, erklärte die Post: „Es ist der Vorbote eines Zeitalters, in dem internationale Schwierigkeiten keine Zeit haben werden, zu blutigen Ergebnissen zu reifen, und in dem trotz der Einfältigkeit und Durchtriebenheit der Herrscher ein Krieg unmöglich sein wird.“

Diese Gedanken sind dabei durchaus vertraut; wir finden sie in heutiger Zeit gegenüber dem Internet. Damit zusammen hängt die schon angesprochene allgemeine Vorstellung, dass Informationen zum Handeln befähigen. Dass sich diese Vorstellung nicht bewahrheitete, liegt auf der Hand. Die neue Technologie verhinderte keinen einzigen Krieg; vielmehr wurde sie ja von Anfang an vor allem zu militärischen Zwecken erfunden und genutzt. Hierauf wird später noch zurückzukommen sein.

Insgesamt hatte die Telegrafie nur eine kurze Hochphase, vor allem was die populäre Nutzung anging. Zwar existieren eine Reihe der weltweiten Telegrafennetze noch immer und werden weiterhin genutzt (wenn auch mit moderneren Geräten), in anderen Ländern wurden sie aufgrund mangelnder Nachfrage um das Jahr 2000 herum jedoch abgeschaltet. Abgelöst wurde die Telegrafie Anfang des 20. Jahrhunderts durch eine andere Technologie, die uns hier ja auch viel mehr beschäftigt: die Telefonie.

3. Die Telefonie

Das Ende der Telegrafie wurde im Grunde genommen bereits 1861 vom 27-jährigen Physiklehrer Philipp Reis eingeleitet. Eigentlich für ein Schulexperiment zur Erläuterung von Membranen gedacht, gelang es ihm, ein akustisches Signal über eine Membran in ein elektrisches Signal zu übersetzen und am anderen Ende der Leitung wieder über eine zweite Membran in ein akustisches Signal zurück zu übersetzen. Damit war das Telefon (griechisch für 'tele' = fern und 'phonaé' = Stimme) geboren, wenngleich sich zu Beginn niemand dafür begeistern konnte. Bei einer Vorführung vor der „Physikalischen Gesellschaft“ wurde der Satz „Das Pferd frisst keinen Gurkensalat“ übertragen. Der etwas eigentümlich anmutende Satz wurde gewählt, um zu verhindern, dass der Inhalt am anderen Ende erraten oder errahnt würde, anstatt in tatsächlich gehört zu haben; er steht dabei jedoch beispielhaft für die Distanz, die zur neuen Erfindung bestand – einen realen Nutzen konnte niemand erkennen. Es dauerte bis 1876, ehe das Telefon eine Verbreitung fand. In diesem Jahr gelang es dem Amerikaner Alexander Graham Bell, ein Patent anzumelden, wobei er seine Konkurrenten

Elisha Gray und Antonio Meucci ausstach, auch wenn diese die hinter dem von Bell angemeldeten Patent steckende Technologie wohl eigentlich früher fertigstellten.

1877 gründete Bell mit einem Kollegen die Bell Telephone Company, ohne jedoch über das nötige Geld zu verfügen. Das Patent wurde daher der Western Union angeboten, damals das wahrscheinlich weltweit größte Telegrafie-Unternehmen, welches bereits 1871 ermöglichte via Telegrafie nach überall auf der Welt Geld zu transferieren (was heute immer noch ihr Hauptgeschäft ist). Western Union lehnte jedoch ab, davon ausgehend, dass die Telegrafie weiterhin die bedeutendere Technologie sein werde. Dies hatte zur Folge, dass die Bell Telephone Company die Vermarktung des Telefons sowie die Errichtung eines geeigneten Telefonnetzes selbst vorantrieb. 1885 wurde die Firma nach einigen Übernahmen in American Telephone and Telegraph Company (AT&T) umbenannt, was bis heute eines der mächtigsten Unternehmen weltweit überhaupt ist (und auch das wichtigste Telefon-Unternehmen): 2019 erzielte das Unternehmen einen Umsatz von 170,8 Milliarden US\$ und bekleidete damit auf der Forbes-Liste der erfolgreichsten Unternehmen immerhin Platz zwölf.

In Deutschland wurde die Technologie des „Bell-Telefons“ 1877 vom Generalpostmeister Heinrich von Stephan übernommen und nach einigen Versuchen die ersten Teststrecken unter der Hilfe der 1847 gegründeten Firma Siemens & Halske errichtet. 1889 gab es in Deutschland bereits um die 10.000 Anschlüsse.



Trotz allem erfreute sich das Telefon keiner besonderen Beliebtheit; das erste Telefonbuch, welches 1881 erschien und 187 Einträge enthielt, wurde im Berliner Volksmund noch „Das Buch der Narren“ genannt, weil das Telefon in den Augen der meisten Menschen bloß irgendein Firlefanz aus den Vereinigten Staaten sei, und es bloß ein paar Wirrköpfe gab, die darauf hereingefallen waren. Wenn auch in der Folge die Bedenken gegenüber dem Telefon abnahmen, war es in erster Linie ein Kommunikationsmittel für allerlei Behörden und das Militär; eine weitergehende Nutzung befand sich noch im Bereich der Spekulation. So ging man etwa davon aus, dass sich das Telefon dafür eignen würde, Musik aus Opernhäusern oder Andachten aus der Kirche in Privathaushalte zu übertragen.

Für Privatnutzer*innen war das Telefon noch nicht erschwinglich. Auf dem Dorf fand es kaum Verbreitung (hier gab es nur mancherorts eine Fernmeldestelle, bei welcher Notfälle gemeldet werden konnten), ebenso wenig fand das Telefon Einzug in die Haushalte des Proletariats. Die Verbreitung im Bürgertum mag mit dessen wachsender Mobilität zusammenhängen, wie auch mit den häufig aus dem Geschäftsbereich kommenden Zwang, Informationen schnell zu erhalten und/oder weiterzugeben. Privatgespräche verbreiteten sich anfangs nur langsam, was unter anderem daran gelegen haben kann, dass das Vermittlungspersonal in den Vermittlungsstellen sich jederzeit in das Gespräch einklinken konnte, um es mitzuhören, oder sogar Anweisungen geben konnte, zum Beispiel sich kürzer zu fassen, wenn etwa die Dauer des Gesprächs als zu lang eingeschätzt wurde.

1891 meldete der Bestatter Almon Strowger ein Patent für die automatische Telefonverbindung an, welche es ermöglichte, auch außerstädtische Verbindungen ohne ein Anruf in der Vermittlungszentrale zu tätigen (Strowger tat dies aus bloßem Misstrauen; er befürchtete, dass die Frauen, die in den Telefonzentralen arbeiteten, bei Anrufen von Angehörigen Verstorbener, die Konkurrenz bevorzugten), 1904 wurde die erste öffentliche Telefonzelle in Betrieb genommen, und 1906 beginnt die Entwicklung der Mobiltelefonie.

4. Die Mobiltelefonie

Die Geschichte der Mobiltelefonie beginnt in Verbindung mit der Eisenbahn: Bereits 1906 begann sich die Firma Telefunken (ein Zusammenschluss der Unternehmen Siemens & Halske sowie der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft AEG) mit der Frage zu beschäftigen, inwieweit es möglich sei, Nachrichten aus einem Zug zu übermitteln. Der erste Ansatz dabei war, aus einem Zug heraus zu morsen; dabei wurden die Morsesignale über Mittelwelle gesendet, die Reichweite betrug immerhin 12 km. Erste Versuche hierzu fanden auf der Strecke der königlichen Preußischen Militäreisenbahn statt; die vom Militärbahnhof Berlin-Schöneberg nach Kummersdorf verlaufende Strecke war im Grunde genommen eine militärische Teststrecke, auf welcher Experimente für eine elektrische Schnellbahn durchgeführt wurden (an welchen sich u.a. wiederum die Firma Siemens & Halske sowie die Firma AEG beteiligten). Ab 1918 führte auf der Teststrecke die Firma „Dr. Erich F. Huth G.m.b.H., Gesellschaft für Funkentelegraphie in Berlin“ erste Versuche durch Telefongespräche aus dem fahrenden Zug heraus zu ermöglichen, ab 1920 übernahm die Firma C. P. Görtz AG, der es gelang über eine Antenne Signale an einen eigens dafür entlang der Strecke gespannten Draht zu übermitteln. Zwar wurde nach dem ersten Weltkrieg der Weiterbetrieb der Teststrecke durch die Alliierten verboten, trotz allem wurde die Telefonie aus Zügen weiterentwickelt. 1925 wurde die Zugtelefonie AG gegründet, welche das Telefonieren auf bestimmten Strecken ermöglichte. Die Zugtelefonie behielt als Mobiltelefonie eine technische Eigenständigkeit und wurde mit einigen Unterbrechungen bis ins Jahr 2000 weiterentwickelt, von da an wurde auf das Digitalnetz D1, was auch von den aufkommenden Mobiltelefonen genutzt wurde, umgeschaltet.

Das erste „richtige“ Mobiltelefon war das Autotelefon. Die Technologie hierfür brachte 1946 die Firma Motorola (eine Zusammensetzung von



Motor' für ‚Motocar‘ und ‚ola‘ für Welle, von ‚la ola‘) auf den Markt, die eigentlich Autoradios herstellte. Es wog sage und schreibe 36 kg und brauchte Unmengen an Strom.



In Deutschland wurde 1958 von der Bundespost das sogenannte A-Netz in Betrieb genommen, das explizit für den Mobilfunk gedacht war. Die ersten Geräte, welche das Netz nutzen konnten, kosteten zwischen 5000,- und 6000,- DM und waren so groß, dass sie in den Kofferraum eingebaut werden mussten; Anfang der 1960er Jahre gelang durch die technische Entwicklung des Transistors eine Reduktion auf Schuhkartongröße. 1968 deckte das A-Netz etwa 80% der Fläche Westdeutschlands ab und erreichte seine Belastungsgrenze bei etwa 11.000 Teilnehmenden. Um das Problem zu lösen, dass nun die Grenze des Netzes erreicht war, wurde die Grundgebühr von damals 65,- DM auf 270,- DM angehoben (heute umgerechnet etwa 440,-€); mit den zusätzlichen Einnahmen wurde der Ausbau des leistungsstärkeren B-Netzes vorangetrieben. Das B-Netz wurde 1972 in Betrieb genommen. Es konnte mehr Teilnehmende aushalten und zugleich ermöglichte es den direkten Anruf aus dem Mobilnetz ins Festnetz, beim A-Netz hatte zuvor immer noch eine Vermittlungsstelle angerufen werden müssen. Doch es gab diesbezüglich auch Probleme: Um vom Festnetz das Mobiltelefon anzurufen, musste man ungefähr wissen, wo das Mobilgerät sich befand um dann die entsprechende Vorwahl wählen zu können. Verließ jemand einen bestimmten Vorwahlbereich, wurde das Gespräch unterbrochen.

In die Zeit des B-Netzes fällt auch die Entwicklung des ersten Prototyps eines Mobiltelefons, welches unabhängig von einem Auto oder einem Zug genutzt werden konnte: Das 1973 fertiggestellte DynaTAC 8000X von Motorola, welches dann ab 1983 für knapp 4000 US\$ (was heute circa 10300 US\$ wären) gekauft werden konnte und immerhin „nur“ noch 794 g wog und eine Akkulaufzeit von circa einer Stunde hatte. Es löste damit das 1982 von Nokia entwickelte Mobira Senator ab, welches zwar immer noch ein Autotelefon gewesen war, aber sich immerhin via Koffer auch dem Fahrzeug entnehmen ließ; es wog immerhin noch 9,8 kg. Auch in Deutschland blieb das Mobiltelefon mit Kosten um die 10.000 DM lange Zeit nur für Yuppies erschwinglich und galt in dieser Zeit als Statussymbol; hier verbreitete sich vor allem das Nokia Cityman, das mit 800 g dem DynaTAC glich.

Das B-Netz blieb bis 1994 in Betrieb, wurde aber bereits 1985 vom C-Netz abgelöst. Das C-Netz war das letzte analoge Mobilfunknetz, welches eine Reihe von Neuerungen mit sich brachte: Es gab eine gemeinsame Vorwahl für das gesamte Netz (die 0161), Funkbereiche konnten gewechselt werden, ohne dass das Gespräch abbrach und 850.000 Teilnehmende waren möglich. Tatsächliche Verbreitung fanden Geräte für das C-Netz aber erst ab Anfang der 1990er Jahre. Allerdings konnten wichtige Probleme mit dem C-Netz nicht gelöst werden: Zum einen gab es immer noch kein einheitliches, Ländergrenzen übergreifendes Netz, zum anderen blieb der Strombedarf

aufgrund des analogen Signals weiterhin hoch, was die Herstellung erschwinglicher Endgeräte behinderte. Um diesem Problem zu begegnen (welches es auch mit dem vorhergehenden B-Netz und A-Netz gegeben hatte), wurde bereits 1982 die Groupe Spécial Mobile (GSM) gegründet, welche sich um ein in Europa einheitliches Mobilfunknetz kümmern sollte. Es dauerte bis Ende der 1980er Jahre, bis sich eine Umsetzung des Netzes abzeichnete. Zu diesem Zeitpunkt wurden bei der Vergabe der GSM-Lizenzen zum ersten Mal nicht nur staatliche Unternehmen berücksichtigt, sondern auf „fairen Wettbewerb“ gesetzt, was zur Folge hatte, dass auch Privatunternehmen in den Mobilfunknetzmarkt einstiegen, wie etwa Mannesmann, das britische Cable & Wires und das französische Unternehmen Lyonnais des Eaux. Die zentrale technische Voraussetzung war der flächendeckende Aufbau von digitalen Vermittlungsstellen. Die Vermittlungsstellen sind dabei der Teil des Mobilfunksystems, wo die Daten aus den Basisstationen (in denen die Funkzellen zusammengeschlossen sind) zusammenlaufen, wo das Mobilfunksystem und das eigentliche Telefonsystem zusammengeschlossen werden, und wo die Daten über alle Mobilfunkteilnehmer gespeichert werden.

Die Einführung des D-Netzes, in welchem der zuvor erwähnte GMS-Standard umgesetzt wurde, brachte drei wichtige Aspekte mit sich: Das Mobilfunknetz wurde kommerzialisiert (in Deutschland zu sehen an den unterschiedlichen D-Netzen D1/Telekom, D2/Vodafone), es wurde europaweit normiert und zuletzt wurde vom analogen auf digitalen Betrieb umgestellt. Dies bedeutet, dass sich das analoge Signal bei einem gewissen Qualitätsverlust verkleinern lässt (wie z.B. beim Unterschied von Schallplatte zu CD) und somit geringere Leistung nötig wird, um das Signal zu senden. Letzteres ist vor allem deswegen wichtig, weil es durch die Verkleinerung des Signals Send- und Empfangsgeräte ermöglichte, die eine viel geringere Leistung liefern mussten, was eine der entscheidenden Voraussetzungen für die Entwicklung kostenärmerer Mobiltelefone war.

Das zweite digitale Mobilfunknetz in Deutschland war in der Folge das sogenannte E-Netz, welches als erstes von E-Plus angeboten wurde. Das E-Netz ähnelt weitestgehend dem D-Netz, es unterschied sich vor allem vom genutzten Frequenzbereich, welcher eine geringere Reichweite, aber auch eine noch geringere Sendeleistung hatte, was wiederum den Energieverbrauch weiter senken konnte und somit längere Akkulaufzeiten und längere Gesprächsdauern ermöglichte.

Zusammen markieren das D-Netz und das E-Netz den Übergang vom Mobilfunk der 1. Generation (G1) zur zweiten Generation (G2). Der Mobilfunk der 2. Generation führte zur massiven Verbreitung des Mobilfunks in der Gesellschaft; aber es gab bei der Verbreitung des Mobilfunks immer noch ein Problem: Es war im Grunde genommen unklar, für wen der Mobilfunk eigentlich interessant sein könnte. Zwar spielte er eine gewisse Rolle in Politik und Wirtschaft (für das Militär war der Mobilfunk zumindest in den 90er Jahren nicht interessant, weil er zu anfällig war und im weiteren Sinne auch immer noch ist, hier wird vielmehr auf eine Kommunikation via Satellit gesetzt, welche eine weltweite Kommunikation von Anschluss zu Satellit zum anderen Anschluss ermöglicht).

Kurz sei hier erwähnt, dass der erste Spionagesatellit bereits 1959 ins All geschossen wurde und immerhin schon Bilder von der Erde mit einer Auflösung von 7,5 Metern hatte, wobei diese noch ganz analog in einem Kasten zurück zur Erde „geschossen“ wurden. 1976 begann hinsichtlich der Spionagesatelliten das digitale Zeitalter; die Auflösung von Bildern betrug hier nun schon 15 Zentimeter, heute liegt sie wohl zwischen 4 und 10 Zentimetern), für eine massenhafte Verbreitung taugte er aber nicht, zum einen wegen seiner hohen Kosten, zum anderen wegen seiner relativen Nutzlosigkeit. Inszeniert wurde er daher vor allem als Statussymbol, eine Inszenierung, die zugleich die immer weiter zunehmende Ödnis und Isolation der modernen Gesellschaft widerspiegelt:



Erste Handy-Fernsehwerbungen Ende der 80er Jahre zeigen vornehmlich Yuppies, die beispielsweise aus dem Auto heraus Beruf und Privatleben via Telefon managen oder etwa die alltägliche Begebenheit, in der es beim Verlassen der U-Bahn regnet und dies in der Folge mithilfe des Mobiltelefons in ein gewinnbringendes Geschäft durch den Verkauf von Regenschirmen verwandelt werden kann, beides Dinge, die für die meisten Menschen zu diesem Zeitpunkt gar keine Rolle spielten. Ein darüber hinausreichender Markt musste erst noch geschaffen werden; insgesamt ist in den frühen Werbungen neben der Ansprache von Yuppies eine Orientierungslosigkeit erkennbar. Eine der zentralen Ideen, wie das Handy für die Allgemeinheit beworben werden konnte, kam von Nokia mit ihrem Werbespruch „connecting people“, der sich bis heute gehalten hat. Damit wurde das Handy zur technischen Apparatur erhoben, die soziale Bindungen erhalten oder sogar erzeugen kann. Dementsprechend nennt Nokia Handys und Smartphones in ihrer Firmenselbstbeschreibung auch „human technology“, eine Technik die für die Menschen da ist.

Um das Jahr 2000 gab es (in Deutschland?) bereits über 48 Millionen Mobilfunkanschlüsse, was ganz grob bedeutet, dass zu diesem Zeitpunkt mehr als die Hälfte der in Deutschland lebenden Menschen einen Mobilfunkanschluss besaßen. Mit der Erweiterung des GMS mit dem General Packet Radio Service („Allgemeiner paketorientierter Funkdienst“) GPRS um das Jahr 2000 wurde zudem die mobile Internetnutzung via Telefon möglich. GPRS ermöglicht nun den „always-on-Betrieb“, was bedeutet, dass ein Handy eine permanente Verbindung ins Internet aufrecht erhalten kann. Die Übertragungsrate der Internetverbindung war noch relativ gering; mit bis zu 50 kb/s lag sie zwar höher als bei GMS, ermöglichte jedoch nur eine begrenzte Nut-

zung des Internets via Mobilfunk. Abgelöst wurde GSM in Deutschland ab 2004 durch den UMTS-Standard, welcher noch einmal ein höheres Datenvolumen ermöglichte, womit dann auch der Mobilfunk der dritten Generation (3G) erreicht war. Das erhöhte Datenvolumen führte zu einer erheblich leichteren Nutzung internetbezogener Anwendungen. In diese Zeit fällt auch die Weiterentwicklung des Smartphones; der Trend, die Geräte immer weiter zu verkleinern wurde teilweise gebrochen, zugunsten von Geräten mit einem Touchscreen und einem wieder größer werdenden Bildschirm. Auch die Smartphones erfreuten sich zu Anfang nicht der größten Beliebtheit, erst mit dem 2007 auf den Markt gebrachten iPhone von Apple wurde der Markt für Smartphones geschaffen.

2009 folgte dann die vierte Generation des Mobilfunks (4G), welche den Wechsel vom UMTS zu LTE (Long Term Evolution) markierte. Auch hier ist der zentrale Punkt der Entwicklung die Vergrößerung des Datenvolumens, perspektivisch wird LTE von der fünften Generation (5G) des Mobilfunks abgelöst. Das 5G-Netz wird dabei um ein vielfaches leistungstärker sein als das 4G-Netz, es ermöglicht ein erhöhtes Datenvolumen, verbraucht am Endgerät weniger Energie pro Bit (auch wenn im Endeffekt durch steigende Internetnutzung wohl deutlich mehr Energie verbraucht werden wird als bisher) und ermöglicht so die Weiterentwicklung des „Internet der Dinge“, in welchem immer mehr Alltagsgeräte mit dem Internet verbunden sind. Zuletzt soll die Stabilität und Geschwindigkeit der Verbindung steigen, was beispielsweise für das Autonome Fahren nötig ist. 5G soll mit seiner hohen Datenrate auch als Alternative zum Kabelnetz bestehen können und soll so auch für den Computergebrauch zuhause genutzt werden. Bereits jetzt gibt es intensive Planungen für die Nutzung des neuen Netzes zur Echtzeitüberwachung aller Geräte und vor allem deren Nutzer*innen, die hier aber nicht behandelt werden können. Es sei nur einmal darauf hingewiesen, dass weltweit zeitgleich 100 Milliarden Geräte, die via 5G mit dem Internet verbunden sind, angesprochen werden können, bei einer aktuellen Weltbevölkerung von geschätzt 7,8 Milliarden wären das immer noch ungefähr theoretische 13 Geräte pro Person. Die damit zusammenhängende Tendenz, einfach jedes Gerät mit WLAN-Technologie auszustatten, wird zukünftig noch von Bedeutung sein.

Das Smartphone und die Apps

1. Soziale Voraussetzungen für den technologischen Angriff

In Deutschland nutzen circa 60 Millionen Menschen ein Smartphone; das sind immerhin circa 75% der in Deutschland lebenden Menschen. Was vor 13 Jahren noch eine Neuheit war, ist heutzutage aus dem Straßenbild gar nicht mehr wegzudenken. Menschen zücken überall und zu jeder Gelegenheit ihr Smartphone, sei's beim Spazierengehen, sei's im Café oder in der Bahn. Ob sich jemand dabei in Gesellschaft befindet oder nicht, spielt zunehmend keine Rolle mehr; immer häufiger ist anzutreffen, dass Menschen im Rahmen der gemeinsamen Zeit einfach zeitgleich ihr Smartphone nutzen und dies wie selbstverständlich in ihre Gespräche einbinden.

Die Frage, die sich stellt ist, wieso dies eigentlich so gekommen ist, obwohl die Technologie zur Fernkommunikation zu Anfang eigentlich

immer auf Skepsis und Ablehnung gestoßen ist. Leicht könnte gesagt werden, dass dies ganz einfach bei jeder Technologie so sei, als ob damit irgendetwas erklärt wäre, anfängliche Technologiefeindlichkeit und darauf folgende Akzeptanz wird zum „natürlichen“ Umgang der Menschen mit Neuem. Tatsächlich scheint es ja bei der Fernkommunikation vielmehr explizite Gründe zu geben, warum gerade diese als Technologie abgelehnt wurde und es ja auch anhaltend der Werbung bedarf, um die Geräte anzupreisen und Menschen zum anhaltenden Kauf immer neuer Geräte zu animieren, obwohl die Grundfunktionen weitestgehend die gleichen bleiben. Denn im Grunde bleibt es bei der Möglichkeit vom Versenden von Textnachrichten wie bei der Telegrafie (ein beliebter Messenger heißt dementsprechend auch „telegram“) und dem Telefonieren.

Wenn etwas neu sein sollte, dann ist es die Verdichtung verschiedener Geräte in einem: die zahlreiche Funktionen des Smartphones waren aufgeteilt in etliche Einzelgeräte wie Fotokamera, Videokamera, Walkman, Homecomputer, Telefon, Kalender, Telespiel.

Jemanden, der dies alles auf einmal mit sich herumgeschleppt hätte, hätte man wohl nicht nur aufgrund der bloßen Anzahl an Geräten für eine*n Idiot*in gehalten. Darüber hinaus ist festzuhalten, dass das Smartphone und vorher das Handy als moderne Technologien dem Menschen gegenüber eine in ihrer technischen Komplexität begründete Fremdheit innewohnt. Denn Telegraphen oder das Telefon waren Technologien, die im Grunde schon durch einen halbwegs gebildeten Menschen nachgebaut werden konnten, der Unterschied vom Dosen-telefon und dem Telefon, das mit elektrischer Spannung arbeitet, ist im Grunde marginal. Eine lichtempfindliche Fotoplatte konnte wohl in den Anfängen der Fotografie auch noch der Fotograf selbst herstellen. Demgegenüber besitzen die gegenwärtigen Computertechnologien einen so hohen Komplexitätsgrad, dass selbst mit technischer Vorbildung die genaue Funktionsweise im Grunde rätselhaft bleibt. Was genau ein Chip im Computer oder eben im Smartphone eigentlich macht, was der Unterschied zwischen dem BIOS beim Computer, dem Betriebssystem, der grafischen Benutzeroberfläche und der dann am Ende vornehmlich genutzten Software, oder eben beim Smartphone der Unterschied zwischen Kernel, Middleware, application execution environment, user interface framework und der application suite ist, ist bei weitem kein Allgemeinwissen. Beim Smartphone ist wohl hauptsächlich der letzte Aspekt, die application suite, bzw. die einzelne genutzte App bekannt. Dass das Smartphone quasi auf jeder dieser Ebene anfällig ist für Spionage durch Ermittlungsbehörden und Wirtschaftsforschung (etwa mit dem Ziel der Werbeoptimierung), ist durch zahlreiche Skandale längst bekannt. Die Nutzung des Smartphones ist insofern nur dann unbefangen möglich, wenn die Bedrohlichkeit, die in die Struktur des Smartphones eingegraben ist, verdrängt wird.

Grund für diese anhaltende Verdrängungsleistung zwecks unbefangener Nutzung in jedem Bereich des Alltags einer eigentlich dem Menschen fremden Technologie, ist demgegenüber nicht nur Erfolg der Werbung. Vielmehr hat die Werbung Erfolg, weil sie auf ein Problem der Menschen heutzutage eine Antwort verspricht. Das Problem ist dabei eins, dass mit der Ende des 18. Jahrhunderts einsetzenden Industrialisierung und der damit einhergehenden und bis heute immer

weiter fortschreitenden Zersetzung aller Lebensbereiche einsetzte. Dies bedeutete sowohl die Auflösung traditioneller sozialer Bindungen (die aber keineswegs bloß positiv gewesen sind), wie auch die Zersetzung des Subjekts, das sich noch in Differenz zu seiner Umwelt erlebte und dieser gegenüber sich trotzdem nicht ins Abstrakte hin auflöste.

Beispielhaft für die Auflösung der sozialen Bindungen wurden oben bereits die sich auflösenden Familienzusammenhänge beschrieben, welche mit der massenhaften Migration von Europa in die USA zusammenhängen. Der Rückgriff auf die Technologie sollte eine reale Distanz überbrücken, das Gleiche, was Nokia heute noch mit seinem „connecting people“ verspricht.

Der Prozess der Zersetzung hat sich in die heutige Zeit hinein aber so weit gesteigert, dass sich die Distanz zwischen den Menschen selbst im räumlichen Nahbereich maximiert hat.

Soziale Bindung ohne ständiges Verabreden via Chats und Messengern scheint selbst in engen Freundschaften undenkbar, vielmehr drückt sich die enge Freundschaft häufig schon dadurch aus, dass regelmäßiger Kontakt über Social Media und Messenger miteinander aufrechterhalten wird und Beiträge im Social Media geteilt und geliked werden. Verbundenheit und sozialer Kontakt, als etwas im Grunde sehr einfaches, bedarf nun der technischen Apparatur. Das verweist auf die Situation, in der sich scheint es immer mehr Menschen befinden und deutet ebenso auf den Grund hin, wieso immer mehr Menschen die banalsten Dinge an „Apps“ abgeben möchten. Verantwortung für das eigene Handeln soll so weit es geht von einem selbst wegedeligiert und an eine technische und damit gedachte rationale Maschine abgegeben werden. Der Verfall des Vermögens Verantwortung zu übernehmen ist dabei keineswegs vor allem subjektives Versagen, sondern vielmehr Ausdruck einer Gesellschaft, in welcher niemand mehr Verantwortung für sein Leben und Handeln übernehmen soll.

Verantwortung zu übernehmen setzt voraus, dass jemand in ein reflexives Verhältnis zu seiner Umwelt tritt und Entscheidungen aufgrund seiner eigenen Wahrnehmung und Reflexionen dieser trifft. Aber schon auf der Ebene der Wahrnehmung scheitern die Menschen. Nicht nur, dass Annahmen darüber, wie die Welt sein soll oder sein sollte, den Blick auf die Welt verschleiern. Zugleich ist die Welt an sich so unerträglich geworden und die gesellschaftliche Wirklichkeit so komplex, dass der Blick auf sie absichtsvoll gemieden wird und Sinnesorgane betäubt werden, wo sich nur die Gelegenheit dazu bietet (wie etwa durch das Tragen von Kopfhörern und dem Hören von Musik, um sich dem Straßenlärm oder Gesprächen anderer Leute in der Bahn o.ä. zu entziehen). Zunehmend wird die Welt über Bildschirme und Lautsprecher wahrgenommen. Dadurch fehlt dem Menschen schon die Grundlage für seine Entscheidungen, die auch ohne eine solche Betäubung jedoch kaum herzustellen ist, da die Welt im weitesten Sinne eine widersinnige und damit schwer durchschaubare Struktur entfaltet hat, sowohl im technologischen wie auch im gesellschaftlichen Sinn.

Mit der technologisch immer weiter fortschreitenden Beherrschung der Natur geht einher, dass der Mensch auch seine eigene Naturhaftigkeit, die ihm durch den eigenen Körper gegeben ist, beherrscht. Dies hat zur Folge, dass er sich selbst als Sache betrachtet und so behan-

delt, zugleich davon ausgehen muss, auch so behandelt zu werden. Das der Mensch sich selbst nicht als Subjekt sondern als Objekt seiner Gestaltung sieht, findet seinen Ausdruck in der intensiven Selbstinszenierung, sowohl in der Fokussierung auf die Ausgestaltung des eigenen Körpers, wie auch die Repräsentation des eigenen Lebens im Social Media. Die Selbstvermarktung als Objekt wird hier jedoch nicht nur durch Geld bezahlt, sondern vor allem auch durch Likes, durch Zustimmung und Bewunderung.

Da die Menschen in der Ermangelung sozialer Bindungen von dieser eher oberflächlichen Art von Zuwendungen immer abhängiger werden, sind sie bereit, sich selbst so zu gestalten, dass sie diese erfahren. Hierzu gehören das intensive Betreiben von Sport zum Erwerb eines dem allgemeinen Schönheitsideal entsprechenden Körpers, das Nachbearbeiten dieser Bilder via Software, sowie der Selbstinszenierung als moderner und progressiver Mensch durch das Bejahen von Allerweltslogans, ebenso wie das zur Schau stellen vermeintlicher Schwächen; wer unkaschierbar solche hat, trägt sie immerhin noch selbstbewusst zur Schau, um für dieses inszenierte Selbstbewusstsein noch Anerkennung zu erfahren.

In diesem Kontext bedeutet Verantwortung für das eigene Leben zu übernehmen nichts anderes mehr, als sich selbst entsprechend den allgemeinen Erwartungen und sei es auch nur denen der eigenen „Peer-Group“ zu gestalten. Verantwortung übernehmen heißt hier nur noch, „den eigenen Schweinehund überwinden“, wenn es um den eigenen Widerwillen gegenüber der sportlichen Betätigung geht, der Verzicht auf ungesunde Speisen und Genussmitteln, sich selbst zu disziplinieren um im Grunde genommen leere und sinnlose Ziele zu erreichen, sowie überhaupt ein Verhalten an den Tag zu legen, an dem sich niemand mehr stören kann. Ein „es stört sich jemand an mir“ wird eben denn auch schnell dazu führen, dass die gewünschten Likes ausbleiben oder sich sogar in ihr gefürchtetes Gegenteil, die Dislikes verwandeln, welche zum noch mehr gefürchteten Shitstorm führen können. In diesem Fall bedeutet Verantwortung übernehmen nicht mehr, als sich von dem, was zu den Dislikes geführt hat, zu distanzieren und so zu signalisieren, dass man „verstanden“ hat.

Ein solcher Umgang mit sich selbst und der Welt zeigt an, dass die Übernahme von tatsächlicher Verantwortung nicht mehr zu erwarten ist und darüber hinaus auch für zukünftige Zeit erschwert wird. In genau diese Welt entfaltet sich die Technologie von Smartphones und Apps. Wo Verantwortungsübernahme die Zurichtung des Körpers hin zum allgemeinen Wohlgefallen ist, es aber misslingt, sich selbst ausreichend zu disziplinieren, wird die App zum Hilfsinstrument kraft ihrer technischen Autorität, ebenso wie einen eine Bandbreite banaler und ewig gleicher Spiele vom Kummer der Welt ablenken können. Gerade jene, denen im Leben der gesellschaftliche und wirtschaftliche Erfolg verwehrt bleibt, können durch das Erlangen immer neuer Scores ihren Wert in Form von Leveln und Punkten technisch anzeigen lassen.

Zudem vermitteln die Angaben darüber, wie oft eine App bereits heruntergeladen wurde ein Gefühl von Zugehörigkeit zu einer großen Gemeinschaft, der Gemeinschaft der vernetzten Menschen, der schon zu Zeiten der Verlegung der ersten telegrafischen Unterwasserkabel das Progressive angedacht wurde. Die Internetcommunity gilt als Gemein-

schaft fortschrittlicher und weltoffener Menschen, die die nationalen Grenzen, wie auch die Grenzen zwischen den Menschen überwunden haben. Die Teilhabe an einem gemeinsamen, positiven Projekt gehört seit ihren Anfängen zur Rhetorik der großen Tech-Firmen und wird durch twitter, facebook und Co auf die Spitze getrieben. Facebook machte im Rahmen der Corona-Pandemie Werbung mit dem Titel „we're never lost if we can find each other“ („Wir sind nie verloren, wenn wir uns gegenseitig finden“), wo leere Plätze gezeigt wurden, die dann mit Bildern menschlicher Zuneigung, welche über das Internet verbreitet wurden, konterkariert wird. Der Spot endet mit dem Spruch „we can offer help if you need it“ („Wir können Hilfe anbieten, wenn Du welche brauchst“), das Ganze unterlegt mit kitschig-trauriger Musik am Anfang und hoffnungsfroher Musik am Ende. Twitter zeigt in ihren Spots neben einigen Promis die „coole“ tweets vorlesen, gerne verlorene Menschen (mal sozial, mal räumlich), die durch die Nutzung von twitter wieder in eine Gemeinschaft aufgenommen werden, während ein Hipster als twitter-Ratgeber hilft, die einfachsten Funktionen zu bedienen und Sprüche wie „i like that you like stuff“ („Mir gefällt, dass dir Sachen gefallen“) von sich gibt.

Verantwortung übernehmen heißt hier, sich an ein digitales Netzwerk anzuklinken und sich in diesem an den positiven Dingen zu beteiligen. Was positiv ist, ist das, was positive Gefühle auslöst; negativ ist, was negative Gefühle auslöst. So hat jede*r Nutzer*in im Social Media die Verantwortung, positive Gefühle bei anderen auszulösen, und zugleich dafür zu sorgen, diejenigen, die negative Gefühle verbreiten, an den positiven Grundtenor des Netzwerkes anzupassen oder aus dem Netzwerk zu verbannen.

2. Struktur des technologischen Angriffs

Wenn wir nun die Voraussetzungen für den technologischen Angriff in Hinblick auf das Funktionieren von Apps kurz angeleuchtet haben, stellt sich als nächstes die Frage nach dem technologischen Angriff, seiner Struktur und seinen Zielen. Der einzelne Mensch in der heutigen Gesellschaft ist isoliert und betrachtet sich selbst als Objekt gesellschaftlicher Anforderungen, die zu erfüllen sind; dies mag grundsätzlich betrachtet werden als ein bloßer Effekt der gegenwärtigen, menschlicher Kontrolle und Verständnis weitestgehend entglittenen Gesellschaft. Wenn dies auch so ist, so deckt sich dieser Umstand doch mit staatlichen und wirtschaftlichen Interessen. Diese wiederum sind im allgemeinen Ausdruck des Interesses der gegenwärtigen Elite, ihren Elitenstatus zu bewahren. Das bedeutet zum einen, die grundsätzliche Aufteilung der Menschen in Wohlhabende und Arme, obwohl ja die Möglichkeit, diese Aufteilung abzuschaffen besteht, zum anderen sich selbst gegen andere, die einem die Elitenposition streitig machen wollen, abzusichern.

Dazu ist es keineswegs notwendig, die gesellschaftliche Struktur in besonderer Weise zu durchdringen oder zu kennen; die grundsätzliche Unkenntnis über gesellschaftliche Strukturen teilen die Eliten mit dem Rest der Gesellschaft. Notwendig ist es vor allem, die Mittel und Instrumente, die zur Verfügung stehen, sinnvoll nutzen zu können, wie auch, die Mittel und Instrumente so verschleiern zu können, dass das Interesse des eigenen Machterhalts verborgen bleibt und es dem Rest der Gesellschaft als das Gegenteil zu verkaufen: als etwas zu verkaufen

was nicht der Elite, sondern dem allgemeinen Interesse dient. In Bezug auf den technologischen Angriff ist ein zentrales Mittel der Verschleierung das vordergründige Delegieren von Herrschaft an die Technologie selbst, sowie die Verschleierung dessen, dass es überhaupt noch um Herrschaft geht, des weiteren, dass die Menschen in der Gesellschaft sich am Ausüben von Herrschaft beteiligen, ohne dass sie sich dessen bewusst sind. Hierzu ist mit zunehmender sozialer Isolation der Menschen immer weniger nötig. Die aus der Einsamkeit resultierende Not macht sie anfällig für kleinste Gesten der Zuwendung, die mittlerweile sogar von technischen Geräten kommen kann. Wer nach Aufmerksamkeit und Anerkennung sucht, weil es an zwischenmenschlicher Wärme fehlt, war schon immer leicht zu manipulieren, indem Aufmerksamkeit und Anerkennung dann gewährt werden, wenn ein gewünschtes Verhalten gezeigt wird, genauso wie sie wieder entzogen wird, wenn unerwünschtes Verhalten zutage tritt. Doch setzte dies lange Zeit die physische Anwesenheit desjenigen voraus, der jemanden zu manipulieren wünschte, mindestens die Anwesenheit von Helfer*innen, mit der Zeit zunehmend ersetzt durch technische Apparaturen wie zuerst das Radio, dann das Fernsehen, dann das Internet und das Smartphone.

Die Software auf dem technischen Gerät, das man immer bei sich trägt, ersetzt heute die Begleitung durch einen im Dienste der Macht stehenden Menschen, der lobt und tadelt, im weitesten Sinne die Rolle der Eltern. Der Nachteil früher, dass die tatsächliche Anwesenheit eines Agenten der Herrschaft nötig war, war zugleich auch einer für die Beherrschten, denn so konnte Lob auch nur dann erlangt werden, wenn das eigene angepasste Verhalten positiv bemerkt wurde. Die Abwesenheit ständiger Überwachung führte dazu, dass es sogar möglich war, dass angepasstes Verhalten viel zu wenig oder gar nicht bemerkt wurden, oder sogar das Verhalten anderer negativ auf einen abfärben konnte. Der Vorteil durch das Smartphone für den Menschen, der Anerkennung und Aufmerksamkeit erlangen will, ist, dass ganz persönlich das bloß eigene Verhalten bewertet wird und dies, sofern jemand es will, hinsichtlich so ziemlich aller Lebensbereiche. Der Eingangs erwähnte Werbespruch von Apple „there's an app for it“ („Es gibt eine App dafür“) bedeutet nicht nur, dass es für alle möglichen „Probleme“ eine „Lösung“ gibt, sondern auch, dass es für quasi jedes und sei es noch so alltägliche und gewöhnliche Verhalten eines Menschen eine App gibt, die den Alltag in eine Aneinanderreihung von Achievements verwandelt und das Erreichen eines bestimmten Ziels belohnt.

Dabei wird das Erreichen des Ziels dargestellt als das Erreichen eines wissenschaftlich ermittelten oder gesellschaftlich als wünschenswert erachteten sinnvollen Ziels, ungeachtet der Tatsache, ob es das überhaupt ist (als ein Beispiel: Es gibt mittlerweile eine Reihe von Tracking-Apps, die die Anzahl der Schritte am Tag festhalten, mit der Vorgabe 10.000 Schritte am Tag zu gehen, verbunden mit der Behauptung, dies sei gesund. Tatsächlich ist die Anzahl von 10.000 Schritten begründet in einem Marketing-Spielzeug, welches anlässlich der olympischen Sommerspiele in Japan auf den Markt gebracht wurde. Die Firma Yama-masa brachte den ersten tragbaren Schrittzähler heraus, unter dem Namen Manpo-Kei, was übersetzt ungefähr „10.000 Schritte Zähler“ bedeutet. Die Zahl wurde aber aufgrund des gut klingenden Namens gewählt, mit der Hoffnung, dies möge sich anlässlich der Olympiade gut verkaufen lassen, unter anderem, weil es für den westlichen Markt

als „japanisch“ klingend eingestuft wurde. Aus diesem völlig sinnfreien Plastikspielzeug, welches bei kleinen Erschütterungen Miniwalzen weiterspringen lässt, wurde eine weltweit verbreitete Zahl, wie weit ein Mensch im Sinne der eigenen Gesundheit am Tag zu gehen habe. Das Wissen, dass Bewegung gesund ist, ist dabei vollkommen banal; dass Bewegung jedoch etwas ist, was auch ohne Gesundheitsgewinn erfreulich ist, scheint dabei völlig in den Hintergrund zu treten).

Erst mit der App oder dem Tracking-Armband lohnt es sich, sich auch permanent an irgendwelche Regeln und Vorgaben zu halten. Das Erfüllen von Achievements wird belohnt, sowohl von der App selbst durch beispielsweise einen überdimensionierten grünen Haken oder einen Smiley, einen wohlklingenden Sound, darüber hinaus kann es im Social Media geteilt werden, wo dann noch gleich die Anerkennung der anderen erwartet wird. Worauf diese Entwicklung abzielt, ist ein Mensch, der bloß noch das macht, was eine Maschine ihm sagt, eine Entwicklung, die sich bereits an vielen Stellen zeigt und die durch den zunehmenden Einsatz künstlicher Intelligenz mehr und mehr Verbreitung findet.

Die Frage danach, warum trotz aller bekannten Überwachung, die mit Smartphone und Apps zusammenhängt, trotzdem die Nutzung durch die Menschen sogar noch intensiviert wird, liegt wohl genau daran, dass die Überwachung als solche gar nicht abgelehnt, sondern sogar gesucht wird, so lange es die genannten positiven Effekte hat. In die-

sem Setting ist der Erhalt einer gesellschaftlichen Struktur, welche die Eliten unangetastet lässt, sehr wahrscheinlich; bis zur Wirklichkeit und ihrer Struktur reicht der Blick nicht mehr. Er endet schon an der Oberfläche, wo es nur noch um Zustimmung oder Ablehnung, like und dislike geht und vor allem um das persönliche geliked werden, oder darum, irgendwelche Scores und Highscores zu teilen, welche den persönlichen Wert objektiv abzubilden scheinen.

Die traurige Folge hiervon ist aber nicht nur, dass die Veränderung der Verhältnisse dadurch erschwert wird, sondern auch die Weise, wie sie erschwert werden: Wir hören auf uns gegenseitig anzuschauen und hören auf, angeschaut zu werden; übrig bleibt das bloße Gaffen auf die oberflächliche Selbstinszenierung, das auch im noch so schönen Bild schon immer auf der Suche nach dem Makel ist, mit welchem die Inszenierung denunziert werden kann, zweifellos aber nicht, um den Menschen dahinter anzusehen, sondern um für das eigene Bild mehr Platz im Scheinwerferlicht zu haben.

Der Eindruck mag entstehen, dass sich hieran erst vieles ändern müsste, damit überhaupt etwas im Sinne einer gesellschaftlichen Veränderung möglich wäre, aber vielleicht wird auch andersherum ein Schuh daraus: Die Revolution kommt nicht erst dann, wenn die Menschen den Zustand ihrer eigenen Unfreiheit überwunden haben und nicht mehr von sich selbst und von anderen isoliert sind. Sondern die Revolution beginnt in den Momenten, wo wir überhaupt damit anfangen.

Techno-Faschismus

Faschisten entwickelten mit Clearview gezielt die weltweit leistungsfähigste Gesichtserkennungstechnologie

Die Huffington Post, eine us-amerikanische Zeitung, hat im März 2020 enthüllt, wie sehr die Gesichtserkennungssoftware „Clearview AI“ von Faschisten und sog. Neoreaktionären gezielt entwickelt worden ist. Der rechtsradikale Milliardär Peter Thiel (Paypal-Gründer, Vorstandsmitglied von Facebook und Berater von Trump) gab dafür Geld. Ein ganzes Netzwerk von US-Nazis bildet den Hintergrund für einen technologischen Angriff, dessen Dimension uns erschauern lässt.

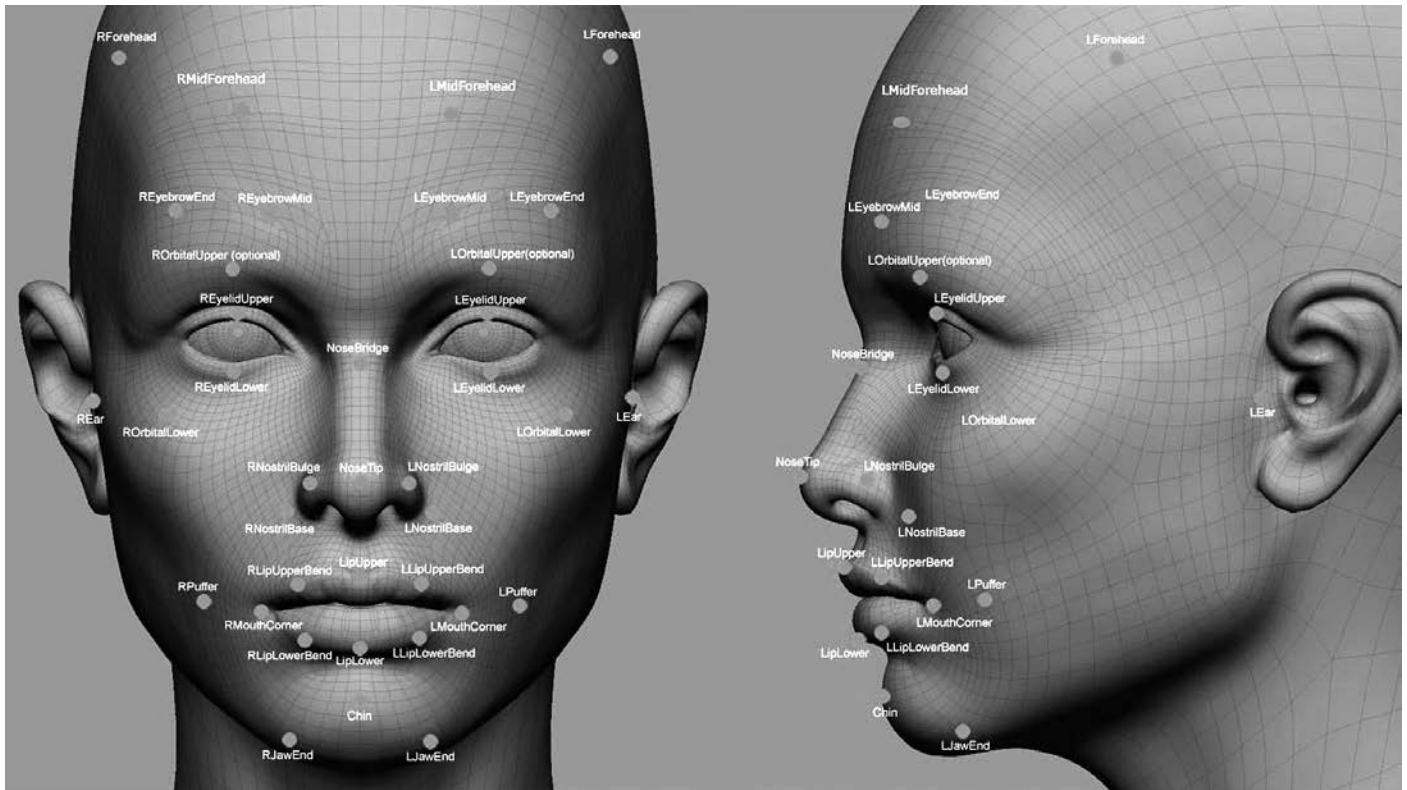
Dieser Text ist zum größten Teil eine stark gekürzte Zusammenfassung der gut dokumentierten und sehr ausführlichen Recherchen der Huffington Post und ergänzt diese teilweise durch eigene Einschätzungen.

Wir haben bereits einige Recherchestränge weggelassen, aber es tauchen trotzdem noch viele Namen im Text auf. Lasst euch davon nicht abschrecken.

Clearview AI ist nicht irgendeine Gesichtserkennungssoftware. Sie ist weltweit die derzeit leistungsfähigste. Mit mehr als 3 Milliarden Fotos,

die v.a. aus Social-Media-Profilen und Websites extrahiert wurden, ist seine Bilddatenbank fast sieben Mal so groß wie die des FBI. Die mobile App kann Namen und Gesichter durch Antippen auf dem Touchscreen zuordnen. Die Technologie wird bereits in Augmented-Reality-Brillen integriert, so dass die sie tragenden Menschen fast jeden identifizieren können, den sie anschauen. Im Zuge der Corona-Pandemie befindet sich Clearview in Gesprächen mit staatlichen Stellen, um seine Technologie zum Aufspüren infizierter Personen einzusetzen.

Clearview hat bereits Verträge mit der Einwanderungs- und Zollbehörde und der US-Staatsanwaltschaft für den südlichen Bezirk von New York und FBI-Agenten, Mitglieder der Zoll- und Grenzschutzbehörde und Hunderte von Polizeibeamt_innen gehören USA-weit zu seinen Nutzer_innen. Insgesamt sind etwa 2200 Repressionsbehörden, Konzerne und Universitäten weltweit Kunden von Clearview (Stand Februar 2020).



Ton-That

Der CEO und Mitbegründer von Clearview, Cam-Hoan Ton-That, sowie mehrere Personen die für ihn und das Unternehmen gearbeitet haben, haben nicht nur tiefe, langjährige Verbindungen zu Rechtsradikalen – die meisten sind selber welche. Clearview gab an, sich sofort von einigen dieser Personen getrennt zu haben, als die Huffington Post um einen Kommentar zu dieser Geschichte bat, aber die weiterhin existierenden Verbindungen zwischen dem Unternehmen und der radikalen Rechten lassen sich nicht über einige wenige Entlassungen abschütteln. Clearview ist nicht zu trennen von dem Netzwerk aus dem das Unternehmen entstanden ist. Es ist sozusagen die DNA der Firma.

Über Ton-That, einen 31-jährigen australischen Hacker, der 2007 nach San Francisco zog, ist wenig bekannt. 2015 hatte er sich mit Faschisten zusammengetan, die daran arbeiteten, Trump zum Präsidenten zu machen. Zu ihnen gehörten Mike Cernovich, ein Propagandist aus Trumps Umfeld, Andrew „Weev“ Auernheimer, ein Neonazi-Hacker und Webmaster des Daily Stormer, und Pax Dickinson, der rassistische ehemalige Chief Technology Officer von Business Insider (einer Finanz-Nachrichten-Website die dem deutschen Axel-Springer-Konzern gehört), der mit Neonazis in Charlottesville marschierte.

In dieser rechten Clique traten zwei von Ton-Thats Mitarbeitern dank ihrer engen Verbindung zum Milliardär Peter Thiel (Paypal-Gründer, Vorstandsmitglied von Facebook und Berater von Trump) stärker in Erscheinung: Jeff Giese, ein Thiel-Protegé und geheimer Geldgeber für rechtsextreme Anliegen, und Charles „Chuck“ Johnson, ein ehemaliger Breitbart-Schreiberling.

Die Personen, die mit Clearview zu tun haben, scheinen große Anstrengungen unternommen zu haben, um ihre Verbindungen zum Unternehmen und untereinander zu verbergen. Johnson zum Beispiel erscheint auf keinem der Gründungsdokumente und hat über einen Facebook-Post hinaus kaum öffentliche Spuren seiner Verbindung zu

Ton-That hinterlassen. Aber mehrere rechtsradikale Quellen, die Johnson kennen, sagten, dass er und Ton-That mindestens schon 2016 in engem Kontakt standen und dass Johnson ihnen sagte, er arbeite mit Ton-That an der Gesichtserkennung.

Johnson sagte Ende des Jahres, dass er die Technologie als eine Möglichkeit betrachte, potenziell „jeden illegalen Ausländer im Land zu identifizieren“. Anfang 2017 stellte Johnson Ton-That einer anderen Quelle vor und sagte, er sei ein begnadeter Programmierer, den er für die Entwicklung des Gesichtserkennungs-Tools engagiert habe. Etwa zur gleichen Zeit gab Johnson auf Facebook an, dass er „Algorithmen zur Identifizierung aller illegalen Einwanderer für die Abschiebekommandos entwickelt“ habe.

Clearview wurde also vor allem entwickelt, um Migrant_innen zu identifizieren und abzuschieben. Clearview war von Anfang an ein rassistisches und faschistisches Projekt.

Milliardär Thiel selbst hat ein offensichtliches Interesse an Massenüberwachung: Palantir, sein Big-Data-Analyse-Konzern, sammelt riesige Mengen persönlicher Informationen über Immigrant_innen und undokumentierte Arbeiter_innen und liefert die Analyseinstrumente für Razzien der US-Einwanderungs- und Zollbehörde. Im Jahr 2017 wurde Thiel einer der ersten Investoren von Clearview. Und jedes Mal, wenn die Polizei Clearview benutzt, lädt sie Bilder von Personen, die sie zu identifizieren versucht – auch Opfer von sexuellem Kindesmissbrauch, von rassistischer Gewalt, Antifas etc. - in Clearviews sich ständig erweiternde Datenbank hoch, wo sie auf unbestimmte Zeit gespeichert werden.

Clearview scheint selbst die Suchanfragen der Strafverfolgungsbehörden auszuwerten. Nachdem eine Times-Reporterin Polizeibeamte ihr Foto durch die App laufen ließ, erhielten die Beamten Anrufe von

Clearview-Angestellten, die fragten, ob sie mit einem Journalisten sprechen würden.

Ein Mitarbeiter von Clearview verbreitet gerne Propaganda des Dritten Reichs über Juden. Ton-That behauptet nun, sich von ihm getrennt zu haben. Er war maßgeblich daran beteiligt, 2016 Desinformationen von Kreml-Agenten zu säen, um die Trump-Kampagne zu unterstützen. Er gehört zu einer in Washington ansässigen konspirativen weißen nationalistischen Crew.

Ein weiterer Clearview-Mitarbeiter, der das Unternehmen erst nach einer Anfrage von HuffPost verließ, ist ein in Kroatien geborener Rechter, der 2015 schrieb, dass er „Rassismus, Ethnozentrismus, Islamophobie, Eurozentrismus und Antisemitismus von ganzem Herzen befürwortet“. „Damit eine stabile und nachhaltige globale Ordnung existieren kann“, schrieb er, „muss die Regierung der Vereinigten Staaten, wie wir sie kennen, zerstört werden“.

Ein weißer Nationalkonvent

Im Juli 2016 kamen Faschisten für den republikanischen Nationalkonvent nach Cleveland. Das intellektuelle Aushängeschild der Alt-Right-Bewegung, Richard Spencer, war dort, ebenso wie Cernovich; auch Johnson, der zu dieser Zeit GotNews betrieb, eine Website, die weiße Nationalisten beschäftigte, um rassistische Inhalte für Trump-Anhänger zu verbreiten.

Spencer nahm in diesem Rahmen an einem Abendessen mit Johnson und anderen Mitgliedern der extremen Rechten teil. Er saß an einem Tisch mit Ton-That. Dieser erzählte begeistert von seinen faschistischen Phantasien und seine Nähe zur „neoreaktionären Bewegung“ wurde deutlich.

Die neoreaktionäre Bewegung, auch bekannt als „NRx“ oder „Dark Enlightenment“, ist eine Untergruppe der rassistischen, frauenfeindlichen Rechten, die sich seit über einem Jahrzehnt in den libertären Kreisen des Silicon Valley ausweitet, vor allem innerhalb der Krypto-Währungsszene. Ihre Mitglieder verehren Thiel. Mit ihren technischen Fähigkeiten und ihrem Zugang zu großem Reichtum haben sie einen Einfluss, den die Männer in Spencers Umlaufbahn (Alt-Right) nicht haben. Ton-That hatte sich dieser neoreaktionären Vereinigung schon vor 2016 angeschlossen.

Der Hohepriester der Bewegung, Curtis Yarvin, ist ein Programmierer, der ein von Thiel finanziertes Kryptocurrency-Startup hat. Yarvin, der Sklaverei und die Apartheid befürwortet, hat argumentiert, dass die USA besser dran wären, wenn sie von einem CEO-König regiert würden. Um dies geschehen zu lassen, plädiert er für einen sanften Staatsstreich. Unter Neoreaktionären wird Trump oft als der „Gott-Kaiser“ bezeichnet, der die Ordnung - in einer angeblich von Einwanderern überfluteten Nation unter der Fuchtel eines fortschrittlichen medienakademischen Komplexes - im neonazistischen Sprachgebrauch „globales Judentum“ - wiederherstellen wird.

Giese, dessen Verbindungen zu Thiel seit Jahrzehnten bestehen, organisierte das Abendessen in Cleveland. Er arbeitete für Thiels ersten

Hedgefonds und dann für das Büro für öffentliche Angelegenheiten von Koch Industries, dem zweitgrößten Privatkonzern der USA. Thiel stellte Startkapital bereit, als Giese seine eigene Firma gründete. Im Vorfeld der Wahlen 2016 arbeitete Giese eng mit Cernovich zusammen, um einen Aufstand in den sozialen Medien zu organisieren, der die Energie der Rechten auf ein einziges Ziel lenken sollte: die Wahl von Trump.

In dem Leitfaden „How to Fund the Alt-Right“, der 2016 unter dem von Giese benutzten Pseudonym online gestellt wurde, wurden Spender ermutigt, Geld an weiße nationalistische und neonazistische Organisationen zu spenden. Der Leitfaden betonte die Bedeutung der Anonymität und empfahl Spendern die Verwendung von Bitcoin und PayPal, dem von Thiel gegründeten Online-Geldtransferunternehmen.

WeSearchr

2016 richtete Johnson einen Slack-Kanal für WeSearchr ein, eine jetzt geschlossene Crowdfunding-Plattform, die er ins Leben gerufen hatte. In privaten Nachrichten aus dem Jahr 2015 beschrieb Johnson ein Treffen mit Thiel in jenem Jahr, um seine Crowdfunding-Idee vorzustellen: „Thiel gab mir alles Geld, das ich brauche“, sagte Johnson. „Stelle mir einen Scheck vor Ort aus.“

Johnson hatte einen wohlverdienten Ruf als Troll, aber er war auch ein zentraler Knotenpunkt in einem Netz radikaler Rechter.

Zu Johnson's WeSearchr-Slack gehörten Giese, Cernovich und auch Ton-That. Insgesamt befanden sich etwa 400 Personen in der Gruppe. Ein weiteres Mitglied des WeSearchr Slack-Kanals und enger Mitarbeiter von Johnson war Auernheimer, der Webmaster von The Daily Stormer, der beliebtesten Neonazi-Website der USA.

Auernheimer und Ton-That hatten schon 2015 über twitter Kontakt miteinander. Auernheimer sprach oft von seinem Wunsch, jüdische Kinder abzuschlachten, einen Rassenkrieg zu beginnen und die Vereinigten Staaten zu zerstören. Er hat ein riesiges Hakenkreuz auf der Brust tätowiert.

Wie Ton-That hatte auch Auernheimer ein Interesse an der Biometrie. Etwa 2016 erzählte er einem Freund, dass er „an der Gesichtserkennung arbeite, speziell über Schwarze“. Als Auernheimer von HuffPost kontaktiert wurde, stellte er klar, dass er „ein Projekt zur Rassen- und nicht zur Gesichtserkennung aufgebaut hatte, das Merkmale des gesamten Körpers, nicht nur des Gesichts, aufnahm“. Damals sei das System zu kostspielig gewesen, um es auf Drohnen zu montieren, sagte er, aber er plane, die Idee bald wieder aufzugreifen.

Auernheimer hatte jahrelang eng mit Johnson zusammengearbeitet, und auch er behauptete eine Verbindung zu Thiel. Einen Monat nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis im Jahr 2014 sagte Auernheimer einem befreundeten Hacker in direkten Nachrichten, dass er sich „mit Peter Thiels rechter Hand“ treffen würde.

Johnsons Adressbuch war gut gefüllt: Der republikanische Senator Ted Cruz aus Texas, die fremdenfeindliche Kommentatorin Ann Coulter,

Blackwater-Gründer Erik Prince, der hochkarätige Anwalt Alan Dershowitz - und Ton-That, dessen technische Fähigkeiten Johnson einen anderen Weg zur Macht boten. In dieser Zeit, in der er sich unter Faschisten online und offline aufhielt, begann Ton-That mit dem Aufbau des Unternehmens, aus dem Clearview werden sollte.

Die Geburt von „Smartcheckr“

In der Wahlnacht 2016 feierte Ton-That mit den Faschisten Johnson und Dickinson in New York inmitten eines Meeres roter MakeAmericaGreatAgain-Mützen.

Einige Monate später wurde das Unternehmen „Smartcheckr“ in New York registriert. Es wurde später in Clearview umbenannt.

Im Januar 2017 gab Johnson auf Facebook an, dass er „Algorithmen entwickelt, um alle illegalen Einwanderer für die Abschiebekommandos zu identifizieren“. Bald prahlte er vor Freunden und Bekannten damit, dass er an einem leistungsfähigen Gesichtserkennungsinstrument arbeitete.

Eine Person, die Johnson nahe stand und aus Sorge um ihre Sicherheit Anonymität verlangte, erzählte, dass sie ihn „mit einer ganzen Reihe wirklich wichtiger Leute“ im Frühjahr 2017 im Trump Hotel gesehen habe, „und er redete ununterbrochen über diese Gesichtserkennungssoftware, für deren Entwicklung er Leute angeheuert hatte“. Johnson arbeite mit „irgendeinem Programmier-Zauberer“ mit langen Haaren und Pferdeschwanz. „Er stellte ihn immer wieder als Wunderkind vor, das die Software entwickelte“, erinnerte sich die Quelle. Es handelte sich um Ton-That.

Kurz nach der Wahl sagte Johnson, „dass sie eine Möglichkeit hätten, jeden illegalen Ausländer im Land zu identifizieren“.

Ungefähr zur gleichen Zeit arbeitete Johnson hinter den Kulissen mit Giese und Thiel - einem Mitglied des Trump'schen Übergangs-Exekutivausschusses - zusammen, um Alt-Right-Kandidaten für Ernennungen in Wissenschaft und Technologie für die neue Regierung zu empfehlen.

Im Januar 2017 leugnete Johnson den Holocaust: „Ich glaube nicht und habe nie an die Sechs-Millionen-Zahl geglaubt“, schrieb Johnson. „Ich halte die Zahlen des Roten Kreuzes von 250.000 Typhus-Toten in den Lagern für realistischer“.

Zwei Wochen nach Johnsons Holocaust-Leugnung wurde SMART-CHECKR, LLC in New York registriert. Die damit verbundene Adresse gehörte Richard Schwartz, einem Spitzenberater von Rudy Giuliani (Trump-Anwalt und ehemaliger Bürgermeister von New York). Schwartz gab später zu, einer der Gründer von Smartcheckr gewesen zu sein und er ist Präsident von Clearview AI.

Thiel war einer der frühesten Investoren des Unternehmens. Er gab im Jahr 2017 200.000 Dollar, die zwei Jahre später in Aktien von Clearview AI umgewandelt wurden.

E-Mails und Nachrichten zeigen, dass Ton-That und Johnson 2017 über Smartcheckr in Kontakt standen. In einem E-Mail-Thread besprachen Johnson und Ton-That die Möglichkeit, Schwarze im Netz zu identifizieren. „Ich arbeite daran für smartcheckr“, schrieb Johnson an Ton-That. „Planen Sie, diese Tools für unsere Jungs verfügbar zu machen.“

Noch ein Nazi bei Smartcheckr: Tylor Bass. Er war einer von Ton-That's Leuten. Er war ein überzeugter Rassist. Er gehörte 2017 zu einer Gruppe weißer Nationalisten, die sich „DC Helicopter Pilots“ nannte. Die Gruppe war ein in Washington ansässiger Ortsverband von The Right Stuff, einer einflussreichen Pro-Trump-Organisation, die aus Neonazis besteht. Die Mitglieder der DC Helicopter Pilots - wahrscheinlich eine Anspielung auf die Praxis des chilenischen Diktators Augusto Pinochet, Dissidenten hinzurichten, indem er sie aus Hubschraubern werfen ließ - trafen sich regelmäßig, mindestens einmal, um hakenkreuzförmige Kekse zu essen. Ein Chapterleiter war ein dem Büro für Energieressourcen zugeordneter Beamter des Außenministeriums, der sich für einen nuklear bewaffneten weißen Ethnostaat einsetzte.

Einige Wochen nach der tödlichen Kundgebung von Unite the Right in Charlottesville im August 2017, an der er teilgenommen hatte, fand er einen Job als „Ermittler“, der „ferngesteuerte Softwaretests“ bei Smartcheckr durchführte. Aus seinen Lebensläufen geht hervor, dass er Johnson geholfen hat, Kandidaten für das Übergangsteam der Trump-Administration zu überprüfen. Die Regierung lehnte einen Kommentar ab.

Ein weiterer früher Angestellter bei Smartcheckr war Douglass Mackey, der 2016 unter dem Decknamen „Ricky Vaughn“ zum Alt-Right-Superstar wurde. Der Verfechter der „globalen Vorherrschaft der Weißen“ war so effektiv bei der Verbreitung von Pro-Trump-Nachrichten, antisemitischer Propaganda und vom Kreml stammender Desinformation, dass das MIT Media Lab seinen Twitter-Account auf einer Liste der Top-Einflussfaktoren auf die Wahl 2016 nannte, noch vor NBC News.

In einem Vorschlag, den Mackey 2017 verschickte, versprach Smartcheckr potenziellen Wählern und Spendern für 2.500 Dollar pro Monat eine Mikro-Zielgruppe. Das Unternehmen würde „unkonventionelle Datenbanken“ anzapfen. Ton-That's „proprietäre Such- und Gesichtserkennungstechnologie“ würde eine Analyse der sozialen Medien der Wähler und ihrer Ansichten zu verschiedenen Themen ermöglichen.

Anfang 2018 wurde enthüllt, dass Mackey „Ricky Vaughn“ sei - etwas, das zuvor nur hochrangigen Mitgliedern der Alt-Right bekannt war. „Einem meiner engsten Kumpels wurde gerade sein Leben ruiniert“, sagte Auernheimer über Mackey im Forum des Daily Stormer. Andrew Auernheimer war verärgert, nachdem Mackeys Identität aufgedeckt worden war.

Angestellte und Mitarbeiter von Smartcheckr verbargen nach dem Vorfall ihre Verbindungen zum Unternehmen und untereinander. Schwartz, der Helfer von New Yorks ehemaligem Bürgermeister und jetzigem Trump-Anwalt Giuliani, hat dann sein LinkedIn-Profil bereinigt. Smartcheckr nutzte einen Reputationsmanagement-Dienst, um Informationen über sich selbst und Schwartz zu unterdrücken, indem er die Google-Suchergebnisse mit gefälschten Webseiten trübte.

Schließlich ließ die Aufregung nach. Ton-That und Smartcheckr verschärften die operative Sicherheit. Sie hatten Clearview AI in Delaware im Vorjahr über einen registrierten Drittagenten gegründet und würden für das Gesichtserkennungsgeschäft zu diesem Namen wechseln.

Clearview

Im Januar 2018 tauchte Ton-That bei der von Cernovich in New York organisierten „Nacht für Freiheit“-Party auf. Auf der Bühne scherzte Gavin McInnes, der kanadische Gründer der neofaschistischen Proud Boys-Bande, über „Schwuchteln“ und die Genitalien von transgender-Frauen. Der Neonazi Jack Posobiec tauchte auf. Ebenso der kanadische Kultführer Stefan Molyneux und James O’Keefe, der 2009 ein von Thiel finanziertes Video drehte, in dem er sich über Farbige lustig machte.

Clearview hatte stetig mehr Investoren gefunden, u.a. Hal Lambert, einen texanischen Geldmanager und großen Spendensammler, der Senator Ted Cruz nahe steht und behauptete, in Trumps Eröffnungskomitee zu sitzen. Lambert hatte auch früh in Anduril investiert, ein von Thiel unterstütztes Verteidigungsunternehmen, das autonome Überwachungssysteme zur Überwachung der Südgrenze der USA baut.

Während des gesamten Jahres 2018 und bis in das folgende Jahr hinein arbeitete Ton-That mit Schwartz, dem ehemaligen Helfer von Guillani, zusammen, um Strafverfolgungsbehörden für Clearview zu gewinnen.

Das Unternehmen behauptete, „Berge“ von Daten in seiner „proprietären Bilddatenbank“ zu haben. Das Clearview-Team begann, alle in den letzten 15 Jahren in den USA aufgenommenen Fahndungsfotos zusammenzufassen. Schwartz ging auf Konferenzen der Strafverfolgungsbehörden mit der Technik hausieren.

Mittlerweile meldeten sich mehrere Strafverfolgungsbehörden bei Clearview an, um die Software zu nutzen: die Staatspolizei von Indiana, die Staatspolizei von New York, die Polizei von Chicago, die Polizei von Atlanta, die Polizeidienststellen in New Jersey und Florida und das Heimatschutzministerium. Ebenso die Abteilung für Nachrichtendienste und Terrorismusbekämpfung des Texas Department of Public Safety. Im Sommer 2019 setzen „über 200 Strafverfolgungsbehörden im ganzen Land“ Clearview ein. Diese Zahl würde sich nach Angaben der New York Times innerhalb weniger Monate verdreifachen. Das Unternehmen fand auch einen großen Kunden in der Rudin Management Company, einer Multimilliarden-Dollar-Immobilienfirma, die „Hintergrund-Screenings von Pächtern und Mietern“ durchführte.

Paul Clement, der ehemaligen Generalstaatsanwalt der USA und ständige Rechtsbeistand für den Obersten Gerichtshof, bot der Polizei einen legalen Deckmantel, um Bürgerrechtsbelange zu umgehen. Dabei identifiziert eine Mehrheit der Algorithmen fälschlicherweise weibliche und dunkelhäutige Gesichter mit einer viel höheren Rate als weiße männliche Gesichter.

In seinem Lebenslauf vom April 2018 schrieb Bass, er identifiziere „Prostitution und Bandenverbindungen von Subjekten innerhalb von

24-Stunden-Fristen“. In Clearview-Werbematerialien heißt es, das Unternehmen habe 2018 „begonnen, Verbrechen mit Hilfe neu entwickelter Gesichtserkennungstechnologie aufzuklären“, was bedeutet, dass Ton-That und seine Mitarbeiter fast zwei Jahre lang ungehindert in der Lage gewesen sein könnten, bei polizeilichen Durchsuchungen und strafrechtlichen Ermittlungen zu schnüffeln und Bilder von Verdächtigen für ihre Datenbank zu sammeln.

Liaison mit den Strafverfolgungsbehörden

Als Clearview immer mehr Polizeidienststellen unter Vertrag hatte, interagierten die Faschisten des Unternehmens stärker mit den Strafverfolgungsbehörden. In einer E-Mail vom Dezember 2019 schlug Clearview-Mitarbeiter Marko Jukic einem landesweiten Polizeilisten-dienst einen kostenlosen Test der Technologie vor: „Wir laden Sie ein, die Grenzen selbst zu testen.“

Jukic veröffentlichte viel in neoreaktionären Blogs. Er war gegen den Multikulturalismus und schrieb, dass Juden nicht zu den Menschen mit europäischem Erbe gehörten.

Jukic war anfällig für wilde, neoreaktionäre Phantasien und stellte sich eine Zukunft vor, in der ein König Amerika regieren und die „Wohlfahrtsausgaben“ in Angriff nehmen würde, indem er das Militär und schwer bewaffnete Milizen entsandte, um die „Ghettos“ mit tödlicher Gewalt zu „befrieden“. Journalisten, die einen Fuß in die besetzten Zonen setzen, würden ermordet werden. „Gewalt ist ganz sicher die Antwort“, schrieb er. Er befürwortete den „großzügigen Einsatz“ von rassistischen Profilen, um die Einwanderung einzudämmen, sowie eine Mauer entlang der Grenze zu Mexiko, die mit Hightech-Kameras und Drohnen ausgestattet ist.

Viele von Jukics Texten erschienen etwa zwei Jahre, bevor er nach eigenen Angaben bei Clearview zu arbeiten begann. Jukic hatte viel über seine Taktik nachgedacht und den offenen Aktivismus vermieden, den sich die Alt-Right, vor allem in Charlottesville, zu eigen gemacht hatten. Stattdessen befürwortete er das neoreaktionäre Konzept des „Passivismus“: Untertauchen, versteckte Netzwerke schaffen, im Stillen die „Maschinerie“ aufbauen, um das System zu untergraben. „Der Sieg wird nicht an der Wahlurne errungen werden“, schrieb Jukic 2016. „Donald Trump wird sein eigenes Regime, seinen eigenen Staat aufbauen und ihn so gut machen müssen, dass das bestehende Regime aus Angst und Ehrfurcht vor seiner Macht zu ihm überläuft. Er wird



sein eigenes Außenministerium brauchen, seine eigene CIA, seine eigene Harvard“. Drei Jahre später wollte Jukic Clearview an die Strafverfolgungsbehörden verkaufen.

Enthüllungskrise und Nachschlag

Nachdem die „Times“ im Januar 2020 ihre Untersuchung zu Clearview veröffentlicht hatte, ordnete der Generalstaatsanwalt von New Jersey an, dass die gesamte Polizei des Bundesstaates aufhören solle, dieses Instrument zu benutzen. Zwei demokratische Senatoren führten ein Gesetz ein, das ein Moratorium für die Verwendung der Gesichtserkennung durch Regierungsbeamte und Auftragnehmer vorsieht, bis der Kongress die Technologie regulieren kann.

Social-Media-Firmen feuerten Unterlassungserklärungen ab, in denen sie Clearview aufforderten, Fotos und Daten nicht mehr zu verwenden. Das Unternehmen wurde mit mehreren Klagen von Personen konfrontiert, die behaupteten, dass Clearview ihre biometrischen Daten illegal erfasst habe.

Clearview rotierte, um Schadensbegrenzung zu betreiben. Ein „Benutzer-Verhaltenskodex“ wurde auf der Website des Unternehmens veröffentlicht, zusammen mit dem Versprechen, dass die Technologie keine Verbraucheranwendungen haben würde und nur Strafverfolgungsbehörden und „ausgewählten Sicherheitsexperten“ zur Verfügung stünde. Aber das stimmte nicht – Clearview warb aggressiv und erfolgreich um Unternehmen und Privatkunden wie Macy's, Bank of America und Walmart.

Clearview erlaubte auch Investoren und Trump nahestehenden Eliten, mit seiner App und seiner Datenbank zu arbeiten. Das Unternehmen richtete ein Konto für die Firma des ehemaligen Trump-Kampagnensprechers Jason Miller ein. Sein Unternehmen hat fast 20 Suchanfragen durchgeführt. John Catsimatidis, der milliarden schwere Spender von Trump und Besitzer von Gristedes Foods, der größten Lebensmittelkette in Manhattan, testete die Gesichtserkennungstechnologie in einem seiner Supermärkte, um Ladendiebe zu fangen. Aber Catsimatidis, der mit Schwartz befreundet ist, nutzte die App auch, um einem Mann nachzuschneffeln, den er bei einer Verabredung zum Essen mit seiner Tochter entdeckt hatte.

Ton-That schlängelte sich durch Fernsehinterviews und ließ mehr Details durchsickern, während er gleichzeitig ein Recht auf Zugang zu allem, was in sozialen Medien gepostet wird, geltend machte. Eine Reihe von Banken benutzten Clearview, sagte er gegenüber CNN, aber er weigerte sich, sie beim Namen zu nennen. Er gab zu, sich mit Gesetzgebern getroffen zu haben, sagte aber nicht, was sie besprochen hatten. Er lehnte es auch ab, diese beim Namen zu nennen.

Ein weiterer Clearview-Anwalt, Tor Ekeland, tauchte auf, um Medienanfragen zu beantworten. Ekeland war ebenfalls Auernheimers Anwalt und hatte sich einen Namen gemacht, indem er diesen Neonazi aus dem Bundesgefängnis befreit hatte.

Eine weitere Runde der Schadensbegrenzung folgte, nachdem HuffPost mit Fragen an Jukic herangetreten war. Ton-That sagte durch

einen Sprecher am 27. März, dass Clearview die Verbindungen sowohl zu Bass als auch zu Jukic abgebrochen habe.

Als HuffPost Ende März Johnson kontaktierte, gab er vor, ein verdeckter Mitarbeiter des US-Geheimdienstes zu sein, der aus der High School rekrutiert worden war. „Ich würde es vorziehen, aus allem, was Sie tun, herausgehalten zu werden“, sagte er. „Letztes Mal wurde ich fast von einer fremden Regierung getötet.“ Johnson sagte, sein Regierungsvertrag verbiete ihm, mit der Presse zu sprechen. Dann sprach er ausführlich mit der HuffPost und sagte, wenn dieser Artikel erscheint, „werden Sie unserem Land schaden, da China, Russland, Israel und Großbritannien alle Gesichtserkennungsprodukte auf den Markt bringen, die unsere Freiheiten einschränken“.

„Charles Johnson ist kein leitender Angestellter, Angestellter, Berater und hat keinen Sitz im Vorstand von Clearview AI“, sagte Ton-That gegenüber HuffPost eine Woche nach seiner ersten Erklärung. Er weigerte sich, offenzulegen, ob Johnson eine Kapitalbeteiligung an dem Unternehmen hatte.

Im April 2016 sagte Johnson in einem Video: „Was ist das Alt-Right? Ich schätze, ich befinde mich hier sozusagen im Erdgeschoss, da ich mit Curtis Yarvin alias Mencius Moldbug befreundet bin.“ Yarvin zu lesen bedeutet, nach den eigenen Worten des neoreaktionären Paten, „Anweisungen“ für einen stillen „faschistischen Putsch“ in Amerika zu finden, der 25 Jahre, vielleicht 50 Jahre dauern könnte. Alles im Namen einer neuen Weltordnung. Autoritäre, reaktionäre und faschistische Technologie-Autoritäten entwickelten also durch ihre eigenen Unternehmen und die Komplizenschaft der Strafverfolgungsbehörden ein allsehendes Auge. Dahinter steht der Trump-Berater und Milliardär Peter Thiel. Und der meint es ernst.

Jetzt wird es die Einen geben, die sagen: „Gesichtserkennung ist scheiße. Das war doch vorher schon klar“. Und es wird die Anderen geben, die rufen: „Verschwörungstheorie!“ Wir denken, es ist offensichtlich geworden, dass hinter der Entwicklung konkreter Technologien Menschen stecken. Finanziere, Programmierer, Netzwerker, Vordenker, Firmen und Konzerne. Der vorgeblich natürliche technologische Fortschritt ist in Wirklichkeit ein gezielt vorangetriebener. Der technologische Angriff ist nicht nur ein kapitalistischer, er ist einer der reaktionären Eliten – er ist ein Herrschaftsprojekt. Gesichtserkennung ist aber nicht nur übel, wenn sie von Clearview kommt. Gesichtserkennung ist an sich ein reaktionäres, repressives Instrument, das alle soften Spielarten nur zur Verschleierung seines Wesenskerns entwickelt. Es ist im Grunde ein zutiefst patriarchales, faschistoides Allmächtsinstrument. Wie der größte Teil der smarten Hölle.

Es wird auch nochmal deutlich, dass Trump als Repräsentant einer faschistischen Rechten an die Macht gebracht wurde. Das wurde in den letzten vier Jahren manchmal vergessen. Bei der Wahl 2020 haben über 7 Millionen Menschen mehr für Trump gestimmt als 2016 – im Wissen um ihn und seine Politik. Das faschistische und rassistische Projekt der us-amerikanischen Rechten hat zwar durch die Abwahl von Trump einen Rückschlag erlitten, ist dennoch weiterhin quicklebendig. Und es bleiben uns einige Dinge erhalten. Clearview zum Beispiel – mit steigenden Gewinnen.

Gesichtserkennung unter Corona

Noch im Juli hatte eine Vorgänger-Studie herausgefunden, dass selbst die besten der untersuchten Gesichtserkennungs-Algorithmen nicht gut mit maskierten Gesichtern zurecht kamen. Die Fehlerrate gegenüber den maskenlosen Bildern lag beim Tragen einer Maske zwischen fünf und 50 Prozent.

Das hat sich inzwischen leider geändert: Die genauesten Algorithmen haben nur noch eine Fehlerquote von fünf Prozent, selbst wenn 70 Prozent des Gesichtes mit einer Maske bedeckt sind. Die Mehrzahl der untersuchten Algorithmen hat zwar weiterhin schlechtere Erkennungsraten, wenn die Personen maskiert sind, aber der Trend geht zu einer treffsicheren Identifizierung trotz Maske.

Viele Algorithmen schnitten zudem besser ab, wenn sowohl das in der Datenbank abgelegte Referenzbild wie auch das überprüfte Bild ein Gesicht mit Maske zeigen - Herzlichen Dank an alle Facebooker, Insta-Nutzer und TikTok-er.

Die Ergebnisse basieren auf einer Untersuchung des *US National Institute of Standards and Technology* (NIST), die 152 unterschiedliche Gesichtserkennungs-Algorithmen geprüft hat. Nicht untersucht wurden mit Gesichtern bedruckte Masken (siehe Foto).

<https://nvlpubs.nist.gov/nistpubs/ir/2020/NIST.IR.8331.pdf>



Interview mit Anarchist*innen aus Madrid

über die „Operation Arca“ und andere Repressive Fälle

Wir haben ein Interview mit Gefährt*innen aus Madrid geführt, um für mehr Sichtbarkeit der Repression dort zu sorgen. Es soll ein kleiner Anstoß in Richtung internationaler Solidarität und Kommunikation sein, welche hier vor Ort fehlt und gerade in Zeiten polizeilicher Aufrüstung und Entwicklungen in Richtung Faschismus und Autoritärer(er) Staaten, eine (über)lebenswichtige Notwendigkeit sind.

**Könnt ihr einmal knapp den Fall „Arca“ zusammen fassen?
Wie ist der aktuelle Stand?**

B: Am 13. Mai 2019 wurden zwei Wohnungen und ein anarchistischer Squat durchsucht. Zwei Menschen wurden festgenommen. Ihnen werden mindestens neun verschiedene Aktionen, (u.a. Brandstiftung und Sachbeschädigung) der Besitz von Molotovs und Terrorismus vorgeworfen. Im letzten Jahr haben die Bullen weiter ermittelt und das Material von den Razzien analysiert. Der Prozess könnte nächstes Jahr

stattfinden. Die beiden sind unter Auflagen draußen, sie dürfen das Land nicht verlassen und müssen zwei mal im Monat bei den Bullen unterschreiben.

Gibt es so etwas wie einen Startpunkt für die Repressionswellen der letzten Jahre?

C: 2014 kann mehr oder weniger ein Startpunkt sein. In der Zeit gab es viele repressive Operationen gegen Anarchist*innen, Operation Piñata, Operation Pandora und mehr. Aber ich bin mir nicht sicher, ob es eine Kontinuität bis zur Operation Arca gibt. Dazwischen war lange nicht wirklich was und der Kontext, sowie die Anschuldigungen sind nicht die gleichen. Aber 2014 gab es eine Gesetzesänderung mit verschiedenen Anti-Terrorismus Gesetzen, nicht nur wegen anarchistischer Gefahr, auch wegen Islamismus und anderem. Der Staat kann diese Gesetze auf viele verschiedene Menschen anwenden.

A: Ja, ich denke auch. In Piñata, Pandora und diesen Operationen lag der Fokus auf der Organisation und jetzt liegt er auf den Aktionen. Es ist eine andere Strategie.

C: Ich denke aber, dass die Verfolgung in beiden Fällen gegen einen sehr spezifischen Anarchismus gerichtet ist. Gegen einen aufständischen und informellen Anarchismus.

Könnt ihr das Klima beschreiben, in dem die Operation Arca zugeschlagen hat? Wie sahen die Anarchistischen Kämpfe in Madrid aus?

B: Nach einer langen ruhigen Phase von 2014 bis 2017 gab es plötzlich viele Angriffe von Anarchist*innen. Das hängt jedoch weder mit einem sozialen Konflikt noch mit der Kapazität oder Stärke der Bewegung zusammen. Die Bewegung war noch Schwach von den letzten Repressionsfällen und wegen der Institutionalisierung von Kämpfen durch linke Parteien wie Podemos.



A: Ich denke als 2014 die erste Operation zuschlug, war es ein sehr gewaltvoller und konfliktreicher Kontext mit vielen Kämpfen. Die Kämpfe und die Gewalt gegen den Staat, gegen die Macht wurden normalisiert. Aber vor der Operation Arca gab es keine Kämpfe in den Straßen und wenn es ein bisschen Gewalt gab, waren die Leute geschockt. Dazu hat sich auch die Medienstrategie verändert. Früher haben die Medien über jede kleine Aktion berichtet, heute fahren sie eine „leise“ Strategie und berichten nicht mal über große Aktionen. Das könnte auch ein Grund sein, warum Menschen keine Gewalt gewohnt sind.

Was denkt ihr ist das Ziel der repressiven Operationen, auf lange und kurze Sicht, also welchen Effekt erhofft sich der Staat bei Anarchist*innen, Revolutionär*innen, oder gar der Gesellschaft?

B: Für mich ist sehr sichtbar, dass Piñata und Pandora vor allem eine Generation von Anarchist*innen um das Alter von 30/40 Jahren attackiert hat. Die Operation Ice war ein Angriff auf Menschen um die 18 Jahre alt. Diese Generationen siehst du heute nicht mehr - mit ein paar Ausnahmen. Meine Schlussfolgerung ist also, dass gegen Repression kämpfen auch bedeutet, den Effekt drumherum zu bekämpfen. Repression ist nicht nur, dass eine Person in den Knast geht, es ist auch was drumherum passiert.

Die Staatsanwaltschaft macht jedes Jahr einen Bericht über Anarchismus und sie sagt, dass Anarchismus nicht gefährlich ist, weil die Repression ihn am wachsen gehindert hat. Ich denke, die wissen, was sie tun. Einerseits scheitern sie, weil sie Schwierigkeiten haben die Leute zu verurteilen, aber andererseits haben sie irgendwie auch erreicht was sie wollten. Vielleicht ist es nicht so wichtig, jemanden in den Knast zu stecken, es ist wichtiger die Bewegung zu zerschlagen.

C: In Pandora und Piñata waren sehr viele Leute involviert und nicht jede*r war ein*e Anarchist*in in erster Linie, denn die Strategie war, viele Menschen festzunehmen, die Verbindungen untereinander hatten. Manche von diesen Verbindungen waren aber persönliche und keine politischen. Es waren viele verschiedene Menschen und einige haben sich gefragt „Was mach ich hier?“ Die Strategie war zu zeigen „Ok, wir können alle einfangen. Wenn du irgendeine Beziehung mit einer Anarchist*in hast, kannst du verhaftet werden.“

Sie haben viele verschiedene Anarchist*innen mit verschiedene Ansichten in diese Operationen gepackt. Deshalb gab es später viele Probleme, weil sich nicht alle einig waren. Das war denk ich eine weitere Strategie um eine Trennung zwischen Anarchist*innen mit verschiedenen Ansichten zu kreieren.

Aber ich denke, dass sie all dies nicht machen, weil Anarchismus in sich selbst gefährlich für sie ist. Aber wenn die Probleme in der Gesellschaft sich weiter vergrößern und es schwieriger für viele Leute wird, können wir an vielen Revolten und Kämpfen teilnehmen, und dass ist es wovon sie Angst haben. Sie warten nicht, bis der Moment kommt – denn ich bin mir sicher, oder ich hoffe, dass es passiert... aber vielleicht sind wir dann alle zerstritten oder müde, mit Leuten im Knast oder vielen Verfahren. Es ist also eine präventive Maßnahme.

Hat sich seit dem Operation Arca zugeschlagen hat etwas geändert? Gab es spontane Reaktionen auf die Repression? Hat sich Angst verbreitet oder haben sich vielleicht sogar Kämpfe und Beziehungen intensiviert?

B: Ich glaube, dass sich die meisten in der Bewegung nicht betroffen gefühlt haben und deshalb kannst du auch nicht wirklich einen Effekt in der Bewegung sehen, sondern nur in den engeren Kreisen um die Betroffenen. Diese hatten von Anfang an im Kopf, wie die Konsequen-

zen von der Repression letztes mal waren und wollten verhindern, dass es Spaltung kriert oder sich Angst verbreitet.

Eine coole Sache war eine wilde Demo am Tag nach den Verhaftungen. Außerdem war „La Emboscada“, der Squat, der durchsucht wurde, erst seit zwei Wochen offen und es war ein Nachbarschaftsdinner geplant, als eine der ersten Aktivitäten. Das war nun schwierig für die Leute aus La Emboscada, aber andere Leute sind zusammen gekommen um es zu realisieren. Das war cool. Auch wenn es nur ein Nachbarschaftsdinner war, war es ein Beispiel, dass die Repression nicht stoppen konnte was schon am laufen war.

Was ist euch wichtig beim Verbreiten von Texten über den Fall?

A: Es ist wichtig die Aktionen zu verbreiten, die angeklagt sind. Wegen dem Schweigen über diese Art von Aktionen, aber auch, weil wir an diese Aktionen und die Motivationen dahinter glauben. Um Menschen wissen zu lassen, dass es sie gab und es möglich ist sie in die Tat umzusetzen.

Auch ein wichtiger Punkt ist es, die Kategorien von Schuld und Unschuld nicht anzuerkennen, denn wir lehnen die Justiz ab. Auch, dass die Repression nicht nur gegen diese Gefährt*innen gerichtet ist, sondern gegen die ganze Bewegung und es deshalb eine kollektive Verantwortung ist, Dinge dagegen zu tun. Es ist wichtig mehr in einer kulturellen Art als Bewegung gegen die Repression zu arbeiten, anstatt nur technischer oder materieller Hilfe für die Betroffenen. Das wäre ein Weg um vorzubeugen, dass die Repression in der Zukunft schlimmer wird.

Gibt es um die Repressionsfälle so etwas wie eine Unschuldsdebatte?

C: Es gibt Ausnahmen, wie zum Beispiel bei Tamara und der Operation Ice, aber es ist nicht normal, das Anarchist*innen sagen „wir sind unschuldig“. In Pinata und Pandora gab es Konflikte weil es verschiedene Meinungen gab. Es gab Leute, die nicht sagten, dass sie unschuldig seien aber die ein netteres Bild von Anarchist*innen der Gesellschaft präsentieren wollten. Andere sagten mehr „Ist mir egal ob wir schuldig sind oder nicht, wir machen Aktionen und nutzen Gewalt.“

B: Aber eine Sache ist es, eine öffentliche Kampagne zu machen, in der du sagst, dass du unschuldig bist. Das ist nicht normal in anarchistischen Kreisen. Eine andere ist, wenn Leute vor Gericht ihre Unschuld verteidigen, unabhängig von den Kampagnen die sie machen.

Wie läuft die Anti-repressions-/Support-arbeit, und gab es Eingriffe seitens des Staates?

B: Ja, ich denke, dass die Unterdrückung von Solidarität auch speziell ein Ziel der Repression ist, denn in Pandora waren Menschen im Fokus der Polizei, die Mónica Caballero und Francisco Solar unterstützt haben und in Piñata waren es Leute, die bei Pandora unterstützt haben. Es ist auch schon mehrmals passiert, wenn Leute Bankkonten eröffnet haben um Soligeld zu sammeln, dass die Bullen dort interveniert haben und das Geld genommen haben. Außerdem wird in verschiedenen Er-

mittlungsakten darüber gesprochen, dass es verdächtig ist, wenn z.B. Konzerte gemacht werden um Geld für Gefangene zu sammeln.

Das ist kein Beispiel im Anarchismus, aber vor ein paar Wochen gab es einen Prozess gegen galizische Independentist*innen, aus einer Solidaritätsgruppe, da sie Gefangene unterstützen, denen Terrorismus vorgeworfen wird. Die Anklage war, sie seien eine Kriminelle Organisation um Terrorismus zu unterstützen. Es gab früher auch viel Repression gegen „Anarchist Black Cross“ Strukturen, von denen es heute nicht mehr viel gibt. Heute gibt es für jeden Repressionsfall eine Supportgruppe. Im Fall von Arca ist die Supportgruppe mehr politisch als materiell. Sie fokussiert sich darauf, die Repression zu analysieren, zu diskutieren und Ideen darüber zu verbreiten.

A: Dieses Jahr ist das schwierig, denn ich denke die Squats sind sehr wichtig für die anarchistische Bewegung, nicht nur um Geld zu sammeln, auch um Ideen zu verbreiten und in Kontakt mit anderen Leuten zu sein. Mit dem Corona-Zeug ist das schwierig.

Wieviele Kapazitäten werden in den letzten Jahren in Solidaritätskampagnen/-projekte gesteckt? Wieviel in andere Kampagnen/Projekte?

C: 2014 haben wir fast die komplette Zeit in Antirepressionsarbeit gesteckt. Es war quasi eine Pflicht, weil es viele Leute mit vielen Prozessen gab und jeden Monat eine neue Operation. Aber jetzt ist es nicht mehr so viel. Es sind viele Gefährt*innen im Knast, Lisa, Gabriel, Rodrigo... – viele mehr und am Ende sind es meistens deren Freund*innen und nicht die Bewegung, die sie supporteten. Vor allem bei Langzeitgefangenen. In den ersten drei Jahren ist es einfach aber wenn du länger sitzt, sitzt du in der Scheiße. Es gibt zwar ein paar Gefangenen-Unterstützungsgruppen aber die sind relativ alleine. Ich selber mag keine Antirepressionsarbeit und ich glaube niemand mag sie denn sie ist sehr traurig und nicht sehr konstruktiv für die Bewegung. Meiner Meinung nach ist es interessanter den Fokus auf die Solidarität statt auf Repression zu lenken. Die Frage für mich ist eher, wie können wir Solidarität mit den Leuten ausdrücken und wie können wir deren Kämpfe weiter führen?

Mein Job ist es nicht, Repression zu stoppen, denn der Staat kann mich zerstören, wann er will. Es wichtiger darüber nachzudenken, wie ich damit umgehe, wenn es passiert. Für mich ist es wichtig trotz Repression weiterhin Projekte zu erschaffen oder weiterzuführen, denn wenn du stoppst um die Repression zu bekämpfen, bestimmt der Staat womit du deine Zeit verbringst.

B: Und wenn du die Solidarität in deine täglichen Kämpfe integrierst, hält es dich nicht nur in diesem Reaktionsmodus.

Habt ihr Ideen oder Visionen für zukünftige Kämpfe gegen Repression, in Spanien und Europa?

B: Die meisten Aktionen, die in den Ermittlungen von Arca auftauchen waren motiviert von internationalen Aufrufen oder Kampagnen..Solidarität mit Lisa, G20 Repression, die ZAD Räumung.. es ist wichtig Solidarität mit Kämpfen zu verbinden und sie eins werden zu lassen. Das

ist etwas interessantes, das nicht von einem Kontext in Madrid oder Spanien abhängt und am laufen gehalten werden sollte.

C: Ich denke es sollte uns klar sein, dass wenn wir weiter kämpfen, es in jedem Moment eine repressive Situation geben kann. Wir können uns in einen konstanten Prozess begeben, um ein Bewusstsein dafür zu bilden. Nicht auf eine paranoide Art aber – vorbereitet sein. Auf physischer, mentaler und kollektiver Ebene.

B: Und du musst auf Repression vorbereitet sein, egal ob du illegale Aktionen machst oder nicht. Einerseits, weil du auch betroffen bist, wenn deine Freund*innen verhaftet werden und andererseits weil du niemals unschuldig bist. Wenn du ein*e Anarchist*in bist und eine Haltung einnimmst, die den Staat offensiv konfrontiert, musst du mit Repression rechnen, auch wenn du nichts illegales tust. Repression ist nicht immer nur gegen konkrete Aktionen, das müssen wir im Kopf behalten.

A: Und wenn Leute nichts illegales tun, ist es trotzdem wichtig, sich mit einer Sicherheitskultur auseinander zu setzen. Denn ich denke es

passiert häufig, dass über Dinge geredet wird, die andere in den Fokus der Bullen bringen können.

B: Es ist auch eine wichtige Arbeit gegen Repression, eine Nähe zu den Gefährt*innen im Knast zu bewahren. Zu ermöglichen, dass sie Vorschläge machen können und sie an den Diskussionen und Kämpfen teilhaben zu lassen, z.B. in dem sie ein Bild für ein Poster malen. Nah an den Gefangenen zu sein hilft uns auch den Knast als etwas reales zu betrachten. Es kann uns Angst vor einem unbekanntem Gespenst nehmen.

Es ist auch wichtig, offensiv zu bleiben. Offensiv bleiben und zu diskutieren, wie wir im Fall von Repression offensiv bleiben können.

C: Gegen Repression hilft auch, gut darüber nachzudenken was wir tun. Wir können es zwar nicht in jeder Situation verhindern, wenn die Bullen uns schnappen wollen. Es ist trotzdem wichtig wenn wir etwas tun, alles bedacht zu haben, um es denen nicht leicht zu machen uns zu kriegen.

25.11. Tag für eine feministische Gegengewalt

rigaer94



Der 25. November naht und wir werden uns die übliche staatstreue pseudofeministische Laberei anhören müssen. Die Lage ist tatsächlich sehr schlimm: auf dem Territorium der BRD wird jeden dritten Tag eine Frau durch ihren Partner ermordet – geschwiegen von den Angriffen auf Sexarbeiter:innen-; der NSU2.0 verschickt Morddrohungen meistens an Frauen und genderqueere Personen, Beispiele der sexualisierten Gewalt werden uns alltäglich als „sexy“ oder „romantisch“ verkauft; die polnische Regierung verbietet Abtreibung; in der französischen Metropole werden Frauen*, die Kopftuch tragen, weiterhin von jeden Entscheidungs- und sozialen Orten ausgeschlossen und mal mit Messer vor dem Eiffelturm angegriffen; (fast) ohne jegliche Anteilnahme sind FLINT*Menschen auf der Flucht auf dem Weg nach Europa und in Europa permanent mit der Gewalt der Bullen, des Staates, der

Fachos und der Patriarchen zugleich konfrontiert und auch in unseren eigenen Reihen werden aktuell häufiger Fälle von sexualisierter Gewalt an Frauen* öffentlich.

Am „Tag gegen Gewalt an Frauen*“ werden reichlich lose Reden geschwungen über die armen unterdrückten Frauen woanders in der Welt, die befreit werden müssten. Gegen Unterdrückung oder gegen sexualisierte Gewalt wird Haltung vom Staat, Gesetzesreformen und Maßnahmen bis hin zur Kriegsführung von Regierungen durchgeführt oder von der UNO gefordert.

Wir erleben offensichtlich einen generellen patriarchalen Rollback – d.h., dass der patriarchale, konservative Aufwind in der Politik so stark wird, dass Erfolge feministischer Bewegungen wieder in Frage gestellt werden. Es wird aber lediglich gefordert, Frauen zu beschützen.

Doch was steckt genau hinter diesem Aufruf, „Frauen zu beschützen“? Erstens, dass die „Frauen“ sich nicht selbst wehren oder gar schützen können: ein hartnäckiges Rollenbild. Es fängt an bei der Prinzessin die gerettet werden muss, und schleicht sich bis in den Gerichtssaal mit der Anklage wegen Körperverletzung wenn frau* sich wehrt. Es wird von „Frauen“ erwartet, dass sie sich weiterhin wehrlos, schutzlos und passiv in die sicheren Hände des Staates und/oder der Männer geben und bloß keine Eigeninitiative für Leib und Leben treffen.

Da sind sich Bullen, Parlamentarier:innen, Bürgis, Fundis und Fachos einig. Unter dem großzügigen, progressiven Schleier „Schutz der Frauen“ kann jegliches Gift in die Bevölkerung gespritzt werden, und so wird der parlamentarische „Feminismus“ immer wieder genutzt, um rassistische, klassistische und autoritäre „Sicherheits“-Maßnahmen durchzupushen und das staatliche Gewaltmonopol zu rechtfertigen. Längere, direktere Knaststrafen? Frauen beschützen. Strengere Kontrolle der Migranten? Frauen beschützen. Zwangsäumung prekärer Lager? Frauen beschützen. Vehrmehte DNA-Proben? Frauen beschützen. Neue Straßenlaterne? Frauen beschützen. Kameramast? Frauen beschützen.

Ähnlich wie proDeutschland oder selbsternannte ‚Bürgerwehr‘-Männergruppen treiben rechte Frauengruppen, mit ihrer Forderung nach „Schutz vor Ausländern/Kriminellen/Asozialen“ nicht nur rassistische, sozialchauvinistische und faschistische Hetze an sondern kämpfen für noch autoritärere, heteropatriarchalere Zustände.

Doch müssen wir so weit rechts nicht schauen: um den Einsatz von mehr Bullen in der Jagd auf schwarze Menschen im Görli zu legitimieren, meinte Monika Hermann, Bürgermeisterin von Kreuzberg: „Ich gehe in Berlin durch gar keine Parks, ich weiß ja nicht, wie Sie das handhaben, aber das ist mir als Frau zu gefährlich“. Wenn der Verdacht, Drogen zu dealen, nicht ausreicht um schwarze und migrantische Menschen aus dem Viertel zu jagen, dann schnell das gute alte Motto: Frauen beschützen.

Nicht alle Frauen, natürlich. Eher so weiße Cisfrauen einer bestimmten sozialen Klasse. Die Morde an Beate Fisher und an Rita Awour Ojunge haben nicht für Empörung gesorgt.

Wichtig ist, immer wieder daran zu erinnern: der Ursprung von patriarchaler Gewalt liegt mitunter in Rollenbildern. Frauen sollen passiv sein, Männer stark für zwei. Doch werden Cis-Männer nicht nur gewalttätig wegen ihrer gesellschaftlichen Rolle, sondern auch wenn diese Rolle wackelt – denn generell dient patriarchale Gewalt dem Machterhalt. Ein erster Schritt um gegen patriarchale Gewalt zu agieren ist es, Rollenmuster aufzubrechen. Erst recht, da viele Frauen* gar nicht erst in diesen Rollenbildern vorkommen: schwarze Frauen, Lesben, Transfrauen die allein aufgrund ihrer Identität patriarchale Gewalt erfahren.

Doch es ist nicht so einfach, sich von dieser Norm der Passivität und der cis-sexistisch binären Rolle zu lösen. Denn wer sich als Frau* wehrt und aktiv wird gegen Nazis, Misogynisten, Rassisten oder Faschos soll mit besonders strengen Strafen rechnen, und zwar nicht nur von Seiten staatlicher Repressionsbehörden. Erst kürzlich zeigte sich dies im Falle der theatralischen Festnahme von Lina. Lina wird innerhalb des Leipziger 129S wegen Körperverletzung gegen organisierte Nazis beschuldigt. Sie wurde zur Freude von Welt, Bild, Tag24 und ähnlichen

Scheißblättern, von Leipzig zur Generalbundesanwaltschaft nach Karlsruhe mit dem Heli gebracht. Viele erinnerte es an den Helitransport von Stephan Balliet, der Fascho-Attentäter, dessen antisemitische und rassistische Ideologie am 9. Oktober 2019 in Halle zwei Menschen das Leben kosteten. Bemerkenswert, wie in der Show der Justiz Nazimörder und eine Frau, die dagegen aktiv vorgeht, Seite an Seite gestellt werden.

Die Presse wirft sich natürlich gierig auf diesen Fall. Dass die Presse sich freut, gezielt Individuen aus der linksradikalen Bewegung in den Vordergrund zu rücken, ist bekannt und analysiert. Hier ist aber noch was anderes, und zwar der Ausdruck eines schrägen Imaginär über Radikalität und radikale Frauen*. In dem sie Zeile für Zeile ihre Wörter in der Beschreibung des Körpers und der Klamotten unserer Gefährtin verschwenden, drücken diese Drecksjournalisten nichts anderes als ihre eigenen patriarchalen Fantasmen aus.

Dadurch entsteht für Lina eine doppelte Strafe: so wurde sie wegen ihres selbstbestimmten, radikalen Handelns nicht nur entführt und eingesperrt, sondern wird jetzt auch noch von Mackern sexualisiert und fantasiert. Der Backlash der Presse gegen Frauen*, die sich nicht brav an ihre Rolle anpassen, ist zum kotzen. Der Fall ist leider nicht neu, und hat die Frauen der bewaffneten Gruppen in den 70' und 80' besonders dolle getroffen. Von Gudrun Ensslin als „die Freundin von Baader“ zu Nathalie Ménigon und Joelle Aubron, Mitglieder der Action Directe, über die die französische Presse jahrelang ausgerastet ist.

Diese doppelte Strafe wird zu einer dreifachen Strafe, wenn radikale Frauen* auch noch von der eigenen Bewegung sexualisiert bzw fetischisiert werden, nicht ernst genommen und von Cis-Männern ausgeutzt werden um sich selbst zu validieren.

Die Zeiten sind hart, aber wir sind entschlossen, solidarisch und einfallreich. Weder patriarchale Dynamiken in der Szene, noch der generelle patriarchale Rollback, noch gewaltbereiten Fachos oder Faschos in Uniform werden uns aufhalten, uns zu schützen, uns zu wehren, und offensiv und selbstbestimmt gegen jegliche Autorität und gegen das Bestehende zu handeln. Denn jeder Antifaschismus, jeder antiautoritäre Kampf muss feministisch sein, und umgekehrt.

- **Für ein offensiven und militanten Feminismus, für einen aufsuchenden Antifaschismus.**
- **Ganz liebe, wütende Grüße an Lina, die Feministische Aktions Zellen, an das Liebig34-Kollektiv, die Migrantifa, Alliance of Internationalist Feminists und an alle Menschen, die in intersektionalen Kämpfen strugglten.**
- **Lass uns aus jedem Tag einen Tag feministischer Gegengewalt machen!**

REVOLUTIONÄRER ZORN 1

Wir haben den „Revolutionären Zorn“ als Verlautbarungsorgan der historischen Revolutionären Zellen und der Roten Zora gekapert. Mit dieser „R & Z: Revolutionärer Zorn“ stellen wir uns in die Tradition revolutionärer, anarchistischer und feministischer militanter und bewaffneter Stadtguerillagruppen in den Metropolen. Aus diesem Blickwinkel werden wir militante und bewaffnete Ansätze reflektieren.

Die R & Z will anderen Initiativen ein ungefragtes Feedback geben. Unvollendet. Nicht absolut. Vielleicht auch fragend. Sie soll damit Diskussionen und auch Kontroversen ermöglichen, die uns vorwärts bringen. Sofern wir sie solidarisch führen. Es soll darum gehen, Auseinandersetzungen in Beziehung zueinander zu bringen.

Die R & Z blickt in die Zukunft. Wir etablieren sie versuchsweise für ein Jahr in Printmedien. Wir schreiben azyklisch. Wir stellen sie ein, wenn wir nicht von dem Sinn des Projektes überzeugt sind. Ohne Kommentar und Zögern. Oder wenn wir unseren Beitrag als ausreichend betrachten.

Unser aktueller Beitrag knüpft an unsere Nullnummer vom Revolutionären Zorn in der Interim vom Juni 2020, Nr. 813 an. Wir schreiben für Printmedien. Das Internet kommt als Ort der Entwicklung einer revolutionären Diskussion nicht in Frage, deshalb stellen wir unsere Beiträge nicht ins Netz. Ihr könnt sie aber nachdrucken.

Medien und Widerstand

„Wo Desorientierung angesagt ist, müssen die Kanäle verstopft werden, die sich noch um Klärung bemühen.“

RZ; Beethoven gegen MacDonald 1983

Seit einer Weile läuft ein kostenintensiver Dauer-Angriff auf das Medienportal Indymedia.de, das ist ein ernstzunehmender Angriff auf uns alle. Wir gehen davon aus, dass dieser durch Geheimdienste gesteuert wird, selbst wenn Faschisten die Ausführenden sind. Es gibt genügend Gründe für diese Annahme – vor allem die NSU- und VS-Connection. Oder das jüngst bekannt gewordene Zusammenspiel zweier Spitzel. Einer arbeitete in der linken Wuppertaler Szene und einer in der Naziszene. Beide hatten ein gemeinsames Ziel: Die Vertuschung der Beteiligung des Nazispitzels an faschistischen Mordbränden gegen Migrant*innen. Es war der V-Mann und Neonazi Bernd Schmitt, mitverantwortlich für den Brandanschlag in Solingen, bei dem 1993 fünf Menschen starben. Oder wir erinnern an Hanibal. Oder an die Verschickung von Morddrohungen (NSU.2.0) an Menschen deren Daten aus polizeiinternen Quellen stammen. Oder an das KSK und ihre faschistischen Einheiten. Derer Beispiele sind viele und weit zurückreichend, wie der Anschlag vor genau 40 Jahren auf das Oktoberfest in München von Nazis und Geheimdienst. Diese Aktion des rechten Terrors sollte ursprünglich bewaffneten Gruppen aus der Linken in die Schuhe ge-

schoben werden, um einen Freund von Diktaturen (den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß) an die Macht zu bringen.

Um so wichtiger, dass wir in eine kontinuierliche Diskussion um eine anarchistische, feministische, antiautoritäre Perspektive militanter und bewaffneter Praxis einsteigen, deren vermeintliche Akteure gerade einer grossflächigen Repressionswelle ausgesetzt sind. „Unsere“ Printmedien sind unbedingter Teil davon. Gerade jüngere Zusammenhänge unterschätzen das Potential und die Möglichkeit einer unkontrollierten Widerstandspresse. Die juristische Zerschlagung von „Indymedia linksunten“ zeigt unsere Angreifbarkeit. Und wenn „indymedia.de“ mit DDOS-Attacken de facto monatelang abgeschaltet wird (ohne den juristischen Weg gehen zu müssen), kann man zur Klärung der Urheberschaft dieser Angriffe auch die Frage stellen – wem nützt das? Hier trifft sich das Interesse der Faschisten mit dem des Staates, bzw. genauer gesagt, des Geheimdienstes und der Ermittlungsbehörden. Wir machen Faschisten und Geheimdienste für den Angriff verantwortlich. Hier sind die Quittungen zu servieren.

Warum machte man sich die Mühe nach dem G20 „linksunten“ anzugreifen? Man brauchte Erfolge gegen die organisierte militante Linke. Aber es war nur der Anlass. Denn „linksunten“ wurde der Gegenseite zu stark in seiner Bedeutung. „linksunten“ wurde ein Ort der Diskussion, der Selbstvergewisserung, ein Ort des Wissenstransfers und einer besonderen Übereinkunft, nennen wir es „Vernetzung im Geiste“. Hans-Grete Müller in Hinterhausen beispielsweise konnte sich als Teil eines anarchistischen Widerstandes begreifen, obwohl sie keinen praktischen Anschluss an die diversen Kämpfen hatte. Damit hat „linksunten“ gesellschaftliche Räume – über den Nutzwert für die „Szene“ hinaus – aufgemacht. Und die Presse hat sich aus diesem Topf bedient, hat sich Zitate herausgesucht. Damit war „indymedia linksunten“ von gesellschaftlicher Relevanz. Denn das Portal war ein Faktor mit einer gewissen Reichweite in der gesellschaftlichen Meinungsbildung geworden. Dies gilt nun auch für „indymedia.de“, die sich nach der Zensur von „linksunten“ neu positionierten. Hätte „indymedia.de“ keine Relevanz, würde es nicht unter einer massiven Attacke leiden.

Wenn jüngere Zusammenhänge und politische Aktivist*innen sich jetzt darüber erheben, weil sie „indymedia.de“ nicht nutzen, dann ist das ein kapitaler Fehler. Die Alternativen liegen nicht bei Twitter, von dem wir im Zustand zugespitzter Spannungen a) wissen, dass es abgeschaltet wird, und b) eine Bewegung, die sich darüber organisiert hat, dann kommunikations- und damit orientierungslos macht. Und c) werden User*innen über Netzurückverfolgungen und technische sowie inhaltliche Manipulationen kontrollierbar. Die Alternative liegt in einer Landschaft unkontrollierter Medienorgane. Dazu gehören vor allem die Printmedien als Organe zur Vertiefung von Diskussionen und zur Vergewisserung. Sie sind das Faustpfand, wenn das digitale Netz eines Tages einer kompletten Kontrolle unterliegen sollte, wir aber Medien

brauchen, welche Nachrichtensperren durchbrechen, welche unkontrolliert Verbreitung finden, welche strategische Fragen stellen können.

In diesem Sinne stärken wir dieses inhaltlich immer wieder schwächelnde, aber klandestin erstellte Monatsblatt Interim. In diesem Sinne rufen wir zur Nutzung und Stärkung dieser und anderer militanter Printmedien auf. Und vor allem zu Diskussionsrunden, die Artikel erstellen, Bezüge herstellen und in denen verschiedene Diskussionen möglich sind, die eine Langfristigkeit brauchen.

Kampf um die „Köpfe und Herzen“ der Menschen.

Antiautoritäre Aktionen und deren Unterscheidung von faschistischen, konterrevolutionären Gruppen. Bekundung, Bekennung und mediale Bedeutungen.

„Wir können faschistische Aktionen nicht verhindern. Wir können uns aber um eine Präzisierung unserer politischen Positionen und um Eindeutigkeit unserer Praxis bemühen. Dies setzt allerdings in anderen Teilen der Linken die Bereitschaft und Fähigkeit zur Auseinandersetzung um ihre und unsere Politik voraus.“

RZ; Beethoven gegen MacDonald

Das Zitat stammt von den Revolutionären Zellen aus dem Jahre 1983. In dem Papier wurde analysiert, wie es überhaupt zu der Annahme kam, dass faschistische und zum Teil staatlich gesteuerte Anschläge gegen Amerikaner*innen von Linken kämen. In ihrem Text arbeiten sie die politische Unschärfe einiger Positionen innerhalb der Linken heraus, die anschlussfähig für faschistische Gruppen waren. Unter dem Stichwort „Anti-amerikanismus“ konnten die RZ den Unterschied zu einem „sozialrevolutionären und antiimperialistischen (gleichbedeutend mit internationalistischen)“ Ansatz heraus arbeiten.

Auch wir stehen auf dem Standpunkt, dass eine aus dem anarchistischen und feministischen Milieu kommende Militanz und deren Anschläge als solche identifizierbar sein müssen – dieses durch die Tat selbst und in Kombination mit einer Erklärung; weil die Tat in der Regel weiterer Vermittlung bedarf. Zerstörte Bundeswehrfahrzeuge dürften derzeit eher immer daran erinnern, dass der Antimilitarismus kein Wirkungsfeld rechter Gruppen ist; Rechte steuern in der Regel Bundeswehrfahrzeuge, sie stecken sie nicht an. Brennt Militärgerät ab waren es Linke – mit oder ohne Bekennung. Ein Anschlag auf ein Flüchtlingsheim ist keine Tat der Linken. Diese Unterscheidbarkeit erklärt sich aus der politischen Zielsetzung emanzipatorischen Widerstandes und im Gegenteil dazu aus autoritären Ansätzen. Ist die unmittelbare Eindeutigkeit nicht gegeben, liegt nahe, dass ein Bekennung mit einer inhaltlichen Begründung notwendig ist. Da wir aus einer militanten Perspektive heraus reden, aus der Aktionen nicht zum Selbstzweck, sondern zum Ziel einer gesellschaftlichen Veränderung betrieben werden, setzen wir auch voraus, dass es den Wunsch nach Vermittlung an den Teil der Bevölkerung gibt, den zu erreichen, zu unterstützen und zu bewegen, Teil der Aktion ist.

Manche Aktionen brauchen eine Vermittlung, weil sie sich nicht immer aus sich selbst heraus erklären. Der erste Anschlag auf das US-Unter-

nehmen ITT der RZ 1973 hätte sich zwar im historischen Kontext innerhalb eines Teils der damaligen revolutionären Linken vermitteln können. Aber schon an den Rändern der Linken konnte das Wissen um die unmittelbare Beteiligung von ITT am Putsch in Chile gegen die gewählte sozialdemokratische Regierung nicht vorausgesetzt werden. Mit dem Anschlag, den die RZ in ihrer Erklärung als symbolisch bezeichnete, wollte sie auch einen Akteur sichtbar machen; eine Bekennung war geradezu eine Voraussetzung für die Aktion. Will eine militante Gruppe Menschen über die eigene Blase hinaus erreichen, kommt sie ohne inhaltliche Vermittlung nicht aus. Dies ist kein unverrückbares Dogma, denn ein Angriff auf einen Nazi zum Beispiel, der auch nur diesen meint und treffen soll, bedarf keiner unbedingten Vermittlung. Aber auch in solchen Fällen kann es von Wert sein, eine solche Aktion zu vermitteln, um Menschen zu stärken und ihnen aufzuzeigen, dass Faschisten angreifbar sind (siehe angehängten Beitrag). Geht es darum, dem Nazis seinen Handlungsspielraum einzuengen, ihn zu verunsichern, muss eine Erklärung nicht zwingend sein. Soll die Aktion aber Andere ermutigen, Handlungsperspektiven aufzuzeigen, Diskussionen auslösen oder auch in bürgerliche Kreise hineinwirken, um zum Beispiel Distanzierungen entgegen zu wirken, ist die Erklärung Teil der politischen Aktion. Sie ist kein luxuriöser Zusatz, den sich eine militante Gruppe gönnt – sie ist Aktion.

Ist eine Aktion nicht als eine emanzipatorische Aktion sofort identifizierbar, kommt diese Aktion auch um eine Erklärung oder Bekennung nicht herum. Eine Erklärung vermittelt die Position, eine Bekennung kann schon ein Graffiti am Ort der Aktion sein.

Wenn aber niemand Genaueres weiß, waren das Faschisten oder eben Linke: Soll die Deutungshoheit über eine Aktion nicht in den Händen der Spekulation, der Verschwörungs-ideologen oder der Desinformationskampagne der Polizei liegen, muss dem eine eindeutige Erklärung entgegen gestellt sein. Ist sie als solche nicht zu identifizieren und/oder wird sie nicht begründet, ist sie also nicht emanzipatorisch einzuordnen, dann ist sie es, auch entgegen anderer Absicht, nicht. Dann hätte die ausführende linke Gruppe entweder einen eklatanten Fehler in der Bestimmung der Aktion zu verantworten (ein Grund mehr sich Jenen politisch zu erklären, auf deren Unterstützung mensch bei der Verbreitung von Gegenöffentlichkeit und der politischen Verteidigung angewiesen ist), oder – und das könnte zukünftig die naheliegendere Variante sein – sie wird gleich den Faschos zugeschrieben. Damit wäre sie politisch misslungen und müsste ohne jeden Zweifel als Fehler betrachtet werden.

Nebenbei erwähnt: „Die Strategie der Spannung und des Blutbades sind das Terrain von faschistischen Gruppierungen oder Geheimdiensten, für die Menschen ohnehin nur Schachfiguren sind (. . .). Sie nutzen die Angst der Bevölkerung für ihre auf institutionellen Einfluss oder institutionelle Veränderung zielende Politik.“ RZ; Beethoven gegen MacDonald

Nazis machen häufig keine Bekennungen. Es geht ihnen um Terror gegen Migrant*innen zum Beispiel. Die politische Bestimmung des NSU war offensichtlich: Morden. Angst schüren. Verunsichern. Das Umfeld

der Faschisten wusste Bescheid, das reichte. Wozu noch was bekennen. In diesem, ihrem, Sinne waren die Morde erfolgreich. Ebenso ihre Auswirkungen. Sie waren Ziel der Tat.

Bleiben wir bei der Bekennung. Nehmen wir ein aktuelles Beispiel. Das 5G-Netz. Sowohl innerhalb der Verschwörungsszene, die entweder rechts oder rechtsoffen ist, als auch innerhalb der anarchistischen Szene wird der laufende Ausbau des Netzes kritisiert. Die anarchistische Szene hat eine politisch begründete Position zu dem „technologischen Angriff“ und eine jahrelange Praxis gegen diesen herausgearbeitet. Brennt nun ein 5G-Mast ab und erfolgt weder eine Bekennung noch eine Erklärung, wird zweierlei passieren. Die Aktion wird unterschlagen – das kann ihr auch mit einer Bekennung/Erklärung im größeren medialen Kontext passieren. Oder aber die Presse und auch die eigenen Strukturen rätseln, ob dies die Tat von rechten/rechtsoffenen Verschwörungs-ideologen ist, oder aus dem anarchistischen Umfeld kommt. Findet dieses Rätselraten statt, ist der emanzipatorische Charakter der Aktion verloren gegangen. Dieses Rätselraten wird gerne von Polizei und Medien betrieben – gerade um den Charakter militanter und richtiger Interventionen zu verwässern. Die Aufgabe militanter Gruppen ist es, die Vermittlung als Teil der Aktion ernst zu nehmen um nicht denen in die Hände zu spielen, die die Entsolidarisierung und Denunziation militanter anarchistischer und feministischer Praxis betreiben.

Konkret: Diese Trennschärfe braucht es zukünftig, wenn wir demnächst nicht mehr herum rätseln wollen, ob der Angriff auf das Kamerateam vom ZDF in Berlin am Rande der „Antihygienedemos“ nun von Linken oder Rechten verübt worden ist. Wenn diese Fragestellung überhaupt schon im Raum steht und sich nicht aus der Klarheit militanter Gruppen und der öffentlichen Bewegungsaueinandersetzung über den Kontext der Tat zuordnet (sowie nicht mit einer inhaltlichen Begründung einhergeht), dann läuft etwas falsch. Wenn dieses Problem noch nicht mal erkannt und diskutiert wird, dann ist Konfusion und eine gewissen Beliebigkeit unter uns eingekehrt, die den Bullen in die Hände spielt. Diese Verunsicherung erzeugt Spekulationen und vorseilende Distanzierungen. Und, wie in dem erwähnten Fall, sogar Denunziation durch Menschen, die sich zum öffentlichen Jäger der Wahrheit aufschwingen und im Netz Hinweise auf eventuell beteiligte linke Gruppen suchen. Dies spielt nicht nur den Bullen in die Hände, dies ist auch das Geschäft des Verfassungsschutzes und des politischen Teils des Polizeiapparates.

Solche Verunsicherungen sind erwünscht, sie werden forciert, sollen in die Gesellschaft ausstrahlen und anarchistischen Gruppen die Solidarität und Unterstützung aus den bürgerlichen Kreisen abgraben. In diesem Kontext ist das Aufkommen der Verschwörungsideologien zu bedenken. Die Rechtsoffenheit von Menschen, die mal eher einem antiautoritären Teil der Linken zugeneigt waren, könnte auch das Ergebnis von Unschärfen innerhalb revolutionärer Konzeption sein. Die konterrevolutionären Kräfte haben ein Interesse, die Grenzen und Inhalte zwischen „rechts- und linksextrem“ zu verwischen. Dadurch wird die revolutionäre Sprengkraft antiautoritärer, sprich anarchistischer und feministischer Ansätze zersetzt und geschwächt. Derzeit erodieren die „demokratischen“ Gesellschaften und deren Zusammenhalt, die moralischen Massstäbe scheinen in Auflösung begrif-

fen. Selbst Menschenrechte scheinen zur Disposition zu stehen. Um so wichtiger ist es für uns, klare anarchistische und feministische Akzente zu setzen, um revolutionäre Orientierungen sichtbar zu machen. Die Gegenseite wird dann selbstverständlich versuchen, revolutionär-anarchistisch-feministischen Bestrebungen das Wasser abzugraben.

„Links-sein“ als solches besitzt schon seit längerem keine politische Widerspruchskraft mehr und bietet damit keine revolutionäre Orientierung. Die Linke ist staatstragend, konformistisch, machtfixiert und ohne Klassenverständnis unterwegs. Aus dieser Ecke ist nicht mehr viel zu erwarten. Gegen eine Verwischung zwischen autoritären und anti-autoritären Konzepten, müssen militante Gruppen schon selber Sorge tragen.

Dass überhaupt in Erwägung gezogen worden ist, es könne sich bei dem Angriff auf das Kamerateam um eine linke Aktion handeln, ist aus oben genannten Gründen inakzeptabel. Bei vielen Leuten war der erste Reflex: „Das waren keine Linken, das waren Faschisten.“ Dieser Reflex ist deshalb richtig, weil hier ein verinnerlichtes Wissen über den emanzipatorischen Charakter militanter Aktionen von anarchistischen Gruppen zu Tage tritt. Präsentieren die Bullen aber – und wir unterstellen taktische Absichten eines politischen Teils des Apparats zum Zwecke der Desorientierung und Zersetzung der Sympathie bürgerlichen Milieus mit dem anarchistischen Milieu – dann Festnahmen von vermeintlichen Linken, setzt plötzlich eine Verunsicherung ein: Könnten es nicht doch Linke gewesen sein? Dann erfüllt die psychologische Kriegsführung, den der Bullenapparat immer auch betreibt, bereits ihren Zweck. Wenn diese Kriegsführung auf eine unkritische, staatskonforme Linke trifft, die den Bullenverlautbarungen doch immer wieder Glauben schenkt, statt sich grundsätzlich ein hinterfragendes Verhältnis zu den Äußerungen der Bullen anzutrainieren, dann greift die beabsichtigte Verunsicherung.

Träfe eine Polizeipräsentation festgenommener linker Menschen auf eine gefestigte antiautoritäre Bewegung, die ein politisch militantes und revolutionär geklärtes, und nicht ein diffuses Verhältnis zu Gewalt und staatsgläubige Positionen verinnerlicht hat, dann würde sie ohne Wirkung innerhalb linker Strukturen bleiben. Haben die Bullen den öffentlichen Diskurs über den Angriff auf das ZDF-Team in linke Richtung gelenkt, dann ist es auch unerheblich, ob der Richter diese festgenommenen Linken wegen unbegründetem Verdacht wieder freigelassen hat. Wäre nur ein minimal begründeter Rest von Verdacht für den Richter gegeben gewesen, hätte er, bei der Schwere der Tat (und weil es Linke und nicht Rechte sind!), die Leute nicht gehen lassen. Für die Bullen ist die Freilassung kein Problem. Ist der Diskurs in eine gewünschte Richtung gebracht worden, wird er auch in der Öffentlichkeit in der Regel nicht mehr korrigiert. Der politische Teil des Bullenapparates, der die „Linken hasst“ und mit den Rechten paktiert, weil sie ihnen wesensverwandt sind (autoritär, rassistisch, ordnungsfixiert, gewalttätig, herrschaftsgläubig etc.), arbeitet so; taktisch gegenüber der Öffentlichkeit und der Presse.

Die Aktion war eine Aktion der Faschisten bzw. von Autoritären. Weder hat sich dieses Kamerateam als ein rechtes hervorgetan, noch waren die Securitys ein entscheidendes Moment des Angriffs. Sie waren erkennbar zum Schutz des Kamerateams abgestellt. Den Angreifern

ging es um das Team. Eine linke Gruppe stünde in der Verantwortung sich zu einer solchen Aktion politisch zu verhalten. Vor allem nach der Propaganda der Gegenseite bestand die Notwendigkeit, sich dazu politisch zu erklären. Aber da es keine linke Gruppe gab, kann man auf eine Bekennung lange warten, oder auf eine ausführlichere Erklärung. Ohne Erklärung fehlte die Möglichkeit diese Tat einzuordnen und sich dazu politisch positionieren zu können. Doch warum sollen sich Rechte bekennen? Die Lügenpresse hat aufs Maul bekommen. Und das war Ziel deren Aktion. Das ist die Sprache rechten Terrors. Angst und Verunsicherung herbei führen. Dann muss der Polizeiapparat nur die Andeutung einer Beteiligung der Linken erwähnen und sich des Teils der Presse sicher sein, der alles gewohnt nachbetet, dann ist der Spaltpilz und die Verunsicherung schon gesetzt und kann Wirkung entfalten. Den Rechten hat dieses Schweigen in die Hände gespielt, weil der öffentliche Fokus auf die Linken gesetzt wurde. Weil die Verunsicherung innerhalb der Linken griff. Weil es die Linke schwächte. Das war die Absicht! Das war das Kalkül.

So wie der Bullen-Apparat sich verhielt, so wie Ziel des Angriffes nicht mit dem Kontext militanten Widerstandes gegen die Coronaverschwörungsideologen (zu der Zeit) übereinstimmen, so wie die Tat organisiert war, haben wir es mit einer Aktion von organisierten Faschisten zu tun! KenFM war nie mit so einem großen Team unterwegs gewesen und waren als solche oft erkennbar, der Angriff war nicht aus einem Reflex heraus entstanden, denn Eisenstangen muss man dabei haben. Das ZDF-Team war also gewolltes Ziel des Angriffes.

Und wir haben es mit Ansätzen eines „tiefen Staates“ zu tun, denn hier hat es eine Deckung der Faschisten gegeben – durch die falsche Fährtenlegung des Polizeiapparates.

Diese falsche Fährtenlegung konnte überhaupt nur vor dem Hintergrund der Unklarheit und Verunsicherung innerhalb von Linken, sowie von einer behaupteten, vermeintlichen, aber tatsächlich nicht stattgefundenen Querfront mit Nazis, greifen. Nur die eigene politische Schwäche in der Analyse und die fehlende Fähigkeit, eine emanzipatorische von einer autoritären Aktion unterscheiden zu können, hat dies ermöglicht. Das Einfallstor ist ebenso die mangelnde Auseinandersetzung mit staatlich motivierter Zersetzung von Bewegung. Vor lauter Angst etwas zu sagen, das dann gleich dem Konto von durchgeknallten Verschwörungspinnern zugeschrieben wird, wagen viele Aktivist*innen fast kein Denken mehr; Ein Denken, das die Kenntnis über einen Apparat ausspricht, der sich sehr wohl gut abspricht, der Falschnachrichten lancieren kann und als Machttaktiken auch Nazis Spielräume lässt, bzw. die braunen Horden auch steuern kann, wenn diese dem politischen Kalkül zuarbeiten.

Durch den Mangel an klaren, im Selbstverständnis militanter Diskussionen eindeutigen Positionen, die dazu geeignet sind, diese Aktion als eine der Faschisten unter Zuarbeit der Bullen zu identifizieren, eröffnet sich der Raum für Stammtisch- und Scheißhausgespräche, die sich plötzlich darum drehen, wem aus der Linken man nun so etwas zutrauen kann.

Sind oder werden anarchistische Strömungen ein gesellschaftlicher Faktor, werden sie für die Herrschaft gefährlich – daran arbeiten wir.

Es darf also nicht verwundern, wenn in diesen Zeiten großer Umbrüche auf eine zur Freiheit entschlossenen Bewegung noch ganz andere Angriffe der Konterrevolution zukommen. Ob wir diese revolutionär beantworten oder nicht, das interessiert die Gegenseite nur in der Weise, wie vollständig sie ihre Instrumente auspacken müssen, um uns einzuschüchtern und Grenzen zu setzen. Die Konterrevolution ist eine fortwährende, die die Antagonismen immer klein zu halten gedenkt. Die aktuellen Angriffe auf anarchistische Zusammenhänge müssen wir in diesem Kontext gesellschaftlich breit und militant diskutieren und praktisch beantworten. Die erkennbare Zuspitzungen, gesellschaftliche Erosionen des bisherigen Zusammenhaltes und des Konsens des Zusammenlebens in den parlamentarischen Demokratien rufen aktuell stärkere Kräfte auf den Plan, als die „gewohnten“. Wir sollten uns überlegen, wo wir stehen: Inneres Exil, Anpassung und Duckmäusertum, Kollaboration, Resignation, Verzweiflung oder revolutionäre Perspektive. Wenn revolutionäre Perspektiven für die zwischen den vielen Stühlen sitzenden Menschen erkennbar sind, dann haben sie einen Ort politischer Bezugnahme. Die Erkennbarkeit von Aktionen aus dem antiautoritären politischen Spektrum ist wichtig. Es wird zukünftig die schnelle und klare Unterscheidung gebraucht, ob es sich beispielsweise bei einem Angriff auf ein ZDF-Kamerateam um einen linken, sprich antiautoritären oder rechten Angriff gehandelt hat. Das sollte dann noch zu den einfacheren Übungen gehören. Und breit kommuniziert werden.

Der Kampf um die Köpfe und Herzen der Menschen ist Teil eines revolutionärem Widerstandes. Die Vermittlung ist Bestandteil sozialrevolutionärer Aktion.

R & Z

Abschließend, wie beim letzten Mal, wird ein Beitrag angeheftet, diesmal aus Baden-Württemberg. Er zeigt wie eine Position im Zusammenhang mit einem körperlichen Angriff gegen Nazis diskutiert und eingebettet sein kann. Wichtige Fragen werden angesprochen und vermittelt. Über einige darin vertretenen Positionen wäre zu diskutieren, ob nicht – trotz Repression – den Nazis starke Grenzen zu setzen sind, vor allem dann wenn sie eine entmilitarisierende, entwaffnende Wirkung auf Nazis haben? Eine andere Frage an uns Alle steht insgesamt unbeantwortet im Raum: Was Antifaschismus heute heißen müsste? Wir haben diesen Text genommen, weil hier militante Akteure, richtigerweise wie wir finden, aus einem antifaschistischen Spektrum politische Verantwortung für eine (ebenso richtige) Attacke auf Nazis in Stuttgart übernommen haben. Die breite Solidarität mit den derzeit verfolgten Personen (Viel Kraft und Freiheit für Jo!) sollte übrigens absolut selbstverständlich sein:

„Im Vorfeld der sogenannten „Querdenken 711“ Kundgebung am 16. Mai 2020 auf dem Cannstatter Wasen bei Stuttgart haben militante Antifaschist*innen drei Rechte angegriffen, die zum Vorab-Treffpunkt der faschistischen Betriebsgruppierung „Zentrum Automobil“ stoßen wollten. Alle drei gingen nach kurzer Auseinandersetzung zu Boden. Der Rest der über 10-köpfigen rechten Truppe, unter ihnen Oliver Hilburger, der Kopf von „Zentrum Automobil“, und Simon Kaupert, faschistischer Medienaktivist, beobachteten den Angriff ungesehen aus der Deckung heraus. Sie kamen den Angegriffenen weder wäh-

rend der Auseinandersetzung, noch unmittelbar danach zur Hilfe. Einer der Faschisten erlitt bei dem Angriff eine schwere Kopfverletzung, die ihn in einen medizinisch kritischen Zustand brachte. Mit der „Schwere der Verletzungen“ begründen die Bullen nun Ermittlungen wegen „versuchten Totschlags“. Die Aktion ist nur ein Beispiel von verschiedenen handfesten antifaschistischen Interventionen, die sich an diesem Tag gezielt gegen faschistische Präsenz auf der rechts-offenen Veranstaltung richteten. Wegen dem Verletzungsgrad, der Aufmerksamkeit und den Ermittlungen, die die Sache nun nach sich zieht, möchten wir an dieser Stelle einige Worte zu dieser Aktion im Besonderen und zu körperlicher politischer Gewalt gegen Faschisten im Allgemeinen verlieren. Es geht uns damit nicht um eine einfache Bewertung, sondern um eine sachliche Diskussion unter Einbeziehung der verschiedenen Ebenen, die dabei eine Rolle spielen:

Zur Klärung des Sachverhalts:

Die Kopfverletzung zog der Faschist sich zu, nachdem er sich in der Auseinandersetzung mit zwei Schlagringen bewaffnete. Durch den Angriff wurde er daran gehindert, sie einzusetzen. Es hat zweifellos diejenigen mit Härte getroffen, die auch selbst bereit sind, hart auszu-teilen. Die Auseinandersetzung war nicht sportlich und fair – das sollte aber auch nicht der Charakter einer ernsthaften antifaschistischen Intervention sein. Ebenso wenig stand aber eine „Tötungsabsicht“ im Raum, wie es die Bullen nun behaupten.

Zur Schwere der Verletzungen:

Unserer Einschätzung nach kann es momentan nicht das Ziel anti-faschistischer Angriffe sein, Nazis in Straßenauseinandersetzungen systematisch schwere bis tödliche Verletzungen zuzufügen. Aber wir sind nicht naiv: Jede körperliche Auseinandersetzung birgt die Gefahr einer ungewollten Eskalation. Schon ein Faustschlag kann unter Um-ständen tödliche Folgen haben und trotz guter Vorbereitungen kann das Eskalationslevel vom Gegner in eine Höhe geschraubt werden, der man sich in der konkreten Situation nicht mehr entziehen kann. Dieses Risiko gehen wir ein, weil es keine Alternative wäre, der Straßen-präsenz der Faschisten, die zwangsläufig zu enthemmter Gewalt und Mord führt, keine Grenzen zu setzen. Es bleibt die Feststellung, dass ein verantwortungsbewusster und kollektiver Umgang mit dieser Ebene antifaschistischer Arbeit notwendig ist und dass wir die Bereitschaft brauchen, einen konstruktiven und selbstkritischen Umgang mit den Risiken zu entwickeln – sie auszublenden wäre fahrlässig, sie zu ver-absolutieren wäre lähmend.

Zur Frage der körperlichen Auseinandersetzung mit Fa-schisten:

– Der antifaschistische Kampf ist Teil der sozialen Bewegungen für eine freie und solidarische Gesellschaft und verteidigt dieses Anliegen auf verschiedenen Ebenen. Faschistische Kräfte arbeiten auf die politi-sche und physische Vernichtung dieser Bewegungen hin. Wer das ernst nimmt, muss auch anerkennen, dass die gewalttätige Gegenwehr ein wichtiger Teil des Antifaschismus ist, der nicht unterschätzt werden sollte. Wir sind uns im Klaren darüber, dass der Einsatz von Gewalt gegen Menschen das letzte Mittel der politischen Auseinanderset-

zung ist und bleibt. Es kommt dann zum Einsatz, wenn andere Mittel nicht mehr greifen. Wir sind keine Sadist*innen und nicht gleichgültig gegenüber dem Leid Anderer. Deswegen versuchen wir nur soweit zu gehen, wie wir es in der jeweiligen Situation für angebracht halten.

– Es geht uns mit körperlichen Angriffen darum, das öffentliche Auf-treten der Faschisten soweit wie möglich zu unterbinden. Wir treiben den gesundheitlichen, organisatorischen und materiellen Preis dafür in die Höhe. Sie sollen mit Schmerzen, Stress und Sachschaden rech-nen und dadurch möglichst isoliert, gehemmt, desorganisiert und abgeschreckt werden. Außerdem zeigen sie oft genug selbst, wie viel ihre angebliche „Kameradschaft“ zählt, wenn es mal ernst wird. Dieser Wirkungsgrad politischer Gewalt erfordert keine gezielten schweren/tödlichen Verletzungen hat sich in der Vergangenheit immer wieder als wirkungsvoll erwiesen.

– Politische Gewalt ist in dieser Form aktuell auch für Teile der Bevöl-kerung, die wir erreichen und einbeziehen wollen, als unvermeidlicher Teil des politischen Kampfes gegen die Faschisten verständlich – auch wenn das nicht in jeder Situation der Maßstab sein kann. Wir bezwei-feln, dass eine härtere Linie, unabhängig von der Umsetzbarkeit, auf viel Verständnis stoßen würde.

– Warum wir es darüber hinaus aktuell für die antifaschistische Be-wegung für gefährlich und nicht durchführbar halten, den Konfron-tationskurs mit den Faschisten gezielt auf die Ebene von schweren/tödlichen Verletzungen zu heben: Wir gehen davon aus, dass wir als Bewegung momentan nicht stark genug wären, dieses Level in grö-ßeren Teilen und auf lange Sicht zu halten. Das gilt auch für den Re-pressionsdruck, den es zweifellos mit sich bringen würde. Uns ist klar, dass wir uns auf dieser Einschätzung nicht ausruhen können. Wenn der faschistische Mob wächst und sein Organisationslevel steigt, können andere Kampfformen notwendig werden. Das hat die Geschichte ge-zeigt und ein Blick z.B. in die Ukraine aktualisiert diese Feststellung. Verdeckte und bewaffnete Terrorzellen und die hunderten faschisti-schen Morde in den letzten Jahrzehnten, zuletzt in Kassel, Halle und Hanau zeigen auch in Deutschland: Die Gefahr für Migrant*innen, Lin-ke und andere politische Feinde der Faschisten ist aktuell und tödlich. Momentan hat die antifaschistische Bewegung keine Antwort darauf. Das darf nicht so bleiben.

Neben einer sachlichen und klaren Auseinandersetzung zu militanter antifaschistischer Politik ist jetzt aber vor allem eines wichtig: Schützen wir uns gegenseitig vor den Angriffen der Repression!

Kein unnötiges Geschwätz über die Aktionen in der Öffentlichkeit, in sozialen Medien und anderen Ecken des Internets, keine Spekulationen, keine Hinweise, die den Bullen bei ihren Ermittlungen irgendwie weiter-helfen könnten.“

kontrapolis.info

Wir freuen uns, heute den Start einer neuen Nachrichten-/Debatteplattform für Berlin und Umgebung bekanntgeben zu können: *kontrapolis.info*

Als Teil der emanzipatorischen, anti-autoritären und revolutionären Kämpfe in dieser Stadt sehen wir eine Notwendigkeit, die Verbreitung unserer Ideen, Diskussionen und Aktionen auch dann sicherstellen zu können, wenn zentrale Seiten wie linksunten.indymedia oder jüngst de.indymedia (staatlichen) Angriffen ausgesetzt sind. Die Dezentralisierung unserer Medienarbeit ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. KONTRAPOLIS ist in unseren Kämpfen verortet, soll deren aktuellen Stand wiedergeben und sie als organisierendes Element aktiv unterstützen.

Ziel

KONTRAPOLIS ermöglicht Einzelpersonen und Gruppen ihre eigenen Berichte und Analysen anonym* zu veröffentlichen und über Strömungsgrenzen hinweg diskutierbar zu machen. Diese Plattform soll weder bestehende Medienprojekte ersetzen, noch die Gründung neuer behindern, im Gegenteil wäre es begrüßenswert, wenn noch mehr solcher regionaler Projekte entstehen. Wir verstehen eine Debattenkultur innerhalb unserer Bewegung als zentrales Moment zur Weiterentwicklung unserer Kämpfe, die sich immer in Bezug zur Geschichte und schon gemachter Erfahrungen verorten lassen. Wir vermissen immer wieder das Zusammenführen verschriftlichter Beiträge oder die Bezugnahme auf zentrale Texte der unserer Bewegungen. Durch die Sammlung und zentrale Verfügbarkeit der Analysen und inhaltlichen Schwerpunkte, die im regionalen Kontext auftauchen, wollen wir mit KONTRAPOLIS die Möglichkeit der Verknüpfung und kollektiven Archivierung unserer Diskussionen schaffen.

Dezentral – selbstorganisiert – strömungsübergreifend

Nicht erst seit der Abschaltung von linksunten.indymedia.org im Jahr 2017 ist es notwendig, dass sich eine revolutionäre Bewegung gegen privaten und staatlichen Zugriff absichert und zunehmenden Zensurbemühungen vorbeugt. Wir halten daher eine Dezentralisierung selbstorganisierter Medienarbeit für unabdingbar. Anstatt auf nur eine überregionale linksradikale Veröffentlichungsplattform angewiesen

zu sein, plädieren wir für mehr unabhängige, regional getragene und miteinander solidarische und vernetzte Medienprojekte.

Durch den Wegfall einer gemeinsamen Kommunikationsplattform wichen viele Gruppen auf ihre eigenen Blogs, Webseiten oder kommerzielle Seiten wie Facebook aus. Die Darstellung auf diesen Plattformen führte zur Verknappung der analytischen Inhalte. Klicks und Likes ersetzen heutzutage auch unsere gemeinsam zu führenden Debatten. In unserem lokalen Kontext finden wir es unerlässlich Analysen gemeinsam zu debattieren, zu kritisieren und darauf aufzubauen. Wir haben kein Interesse daran, uns unter Hashtags und 280 Zeichen zu mobilisieren oder zu kritisieren.

Durch die geringe inhaltliche Auseinandersetzung, ob der schwierigen Auffindbarkeit oder der fehlenden Bezugnahme geschuldet, werden wir keinen Organisationsprozess innerhalb unserer Strukturen anstreben können.

Lokal

KONTRAPOLIS gibt den in Berlin oftmals nur nebeneinander arbeitenden Gruppen und Strömungen die Möglichkeit, ihre Berichte, Aktionen oder Ankündigungen auf einer gemeinsamen Seite zu veröffentlichen. Neben einer gesteigerten Sichtbarkeit und Zusammenführung von Kämpfen soll so auch die gegenseitige Bezugnahme und Kontinuität von Debatten sichergestellt werden.

Wir laden alle ein, diese Plattform zu nutzen und durch eigene Artikel mitzugestalten. Ihr erreicht uns unter folgenden Adressen:

<https://kontrapolis.info>

info@kontrapolis.info (PGP vorhanden)

aus dem Tor-Netzwerk:

<http://kontrpoliognlxrcdwwxfszih4pifyidfgq4ktfdu6uh4nn35vtuid.onion/>

* KONTRAPOLIS speichert von sich aus keine IP-Adressen oder andere Verbindungsdaten. Wie immer solltet ihr darauf allerdings nicht blind vertrauen und euch bewusst sein, dass eine Überwachung des Internets gerade für staatliche Akteure auf verschiedenen Ebenen möglich ist. Wenn ihr beim Veröffentlichen Wert auf Anonymität legt, nutzt am besten unsere .onion Adresse und Tails. (tails.boum.org)



Wer schreibt denn da?

Ein kleiner Überblick über Methoden der modernen Forensischen Linguistik zur Autorschaftsbestimmung

Der folgende Artikel versucht aus einer nicht fachlichen Perspektive einen Überblick zu geben und eine entsprechende Einordnung vorzunehmen. Es gibt einige wissenschaftliche Publikationen zu diesem Thema, die für eine bessere Einschätzung ausgewertet werden könnten. Es geht mir hier aber vor allem darum, das Thema einmal aufzuwerfen und nicht darum, eine fundierte und abschließende Betrachtung zu liefern. Wenn du also irgendetwas besser weißt, dann immer her mit den Informationen!

Spuren vermeiden, die einer später einmal – vielleicht noch nach Jahren und Jahrzehnten – zum Verhängnis werden könnten, das dürfte wohl für die Meisten von Interesse sein, die ab und an zur Tat schreiten und dabei in Konflikt mit dem Gesetz geraten. Fingerabdrücke vermeiden, DNA-Hinterlassenschaften vermeiden, Schuhabdrücke und Textilfaser-Spuren vermeiden oder zumindest getragene Kleidung im Anschluss entsorgen, Videoaufnahmen vermeiden, Werkzeugspuren vermeiden, Aufzeichnungen jeder Art vermeiden, Observationen erkennen usw., all das dürfte dabei zumindest mehr oder weniger jeder, die des öfteren Verbrechen begeht und sich dabei vor Identifizierung schützen will, ein Anliegen sein. Aber wie steht es mit jenen Spuren, die oft erst im Nachhinein eines Verbrechens aus dem Drang heraus, die eigene Tat wenigstens anonym oder auch unter Verwendung eines wiederkehrenden Pseudonyms zu erklären, entstehen? Beim Verfassen und Publizieren eines Communiqués oder eines Bekenner*innenschreibens?

Mein Eindruck ist, dass diesen Spuren trotz einer rasanten technologischen Entwicklung der Analysekapazitäten in vielen Fällen keine besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Das kann Absicht sein, Nachlässigkeit oder auch ein Kompromiss aus miteinander konkurrierenden Bedürfnissen. Ohne hier einen allgemeinen Vorschlag zum Umgang mit diesen Spuren unterbreiten zu wollen – das muss schließlich jede für sich wissen –, möchte ich vor allem skizzieren, mit welchen Methoden die Ermittlungsbehörden in Deutschland und anderswo derzeit (wahrscheinlich) arbeiten, was grundsätzlich möglich scheint und was in Zukunft möglich werden könnte.

Vielleicht sollte ich vorab noch bemerken, dass freilich alles oder zumindest das allermeiste, was ich hier vorstelle wissenschaftlich ebenso wie juristisch umstritten ist. Ich bin auch weniger an der juristischen Verwertbarkeit von Sprachanalysen interessiert – und an der wissenschaftlichen sowieso nicht –, als daran, ob es plausibel erscheint, dass diese Ermittler*innen einer auf die Spur bringen, denn selbst wenn eine Spur gerichtlich nicht verwertbar ist, so kann es dennoch dazu führen, dass diese zur Ermittlung einer anderen, verwertbaren Spur führt.

Autorenerkennung beim BKA

Das Bundeskriminalamt unterhält eigenen Angaben zufolge eine Abteilung, die sich der Ermittlung der Autor*innenschaft bei Texten widmet. Im Fokus stehen dabei Texte mit einem Bezug zu Straftaten wie Bekenner*innenschreiben, aber auch „Positions-papiere“ unter anderem aus dem „linksextremistischen Spektrum“. Alle gesammelten Texte werden aufbereitet durch sprachwissenschaftliche Untersuchungen in einer sogenannten Tatschreibensammlung erfasst und sind mit dem Kriminaltechnischen Informationssystem Texte (KISTE) vergleich- und durchsuchbar. Den Angaben des BKA zufolge werden die Texte unter anderem klassifiziert nach den folgenden biografischen Merkmalen ihrer (vermeintlichen) Autor*innen: Herkunft, Alter, Bildung und Tätigkeit. Alle eingehenden Texte werden zudem mit bereits erfassten Texten verglichen, um zu bestimmen, ob mehrere Texte möglicherweise von der gleichen Autor*in verfasst wurden.

Im Rahmen fallspezifischer Ermittlungen können die gespeicherten Texte zudem mit Texten, deren Autor*innenschaft bekannt ist verglichen werden, um zu bestimmen, ob diese von der gleichen Autor*in verfasst wurden, oder ob dies ausgeschlossen werden kann. Soweit die offiziellen Angaben des BKA zu dieser Abteilung. Was bedeutet das in der Praxis?

Ich denke, dass man davon ausgehen kann, dass zumindest alle Bekenner*innenschreiben in dieser Datenbank erfasst werden und daraufhin analysiert werden, ob von der/den gleichen Autor*in(en) noch weitere Bekenner*innenschreiben vorhanden sind. Aber die Feststellung, dass auch „Positions-papiere“ erfasst werden, lässt noch weitere Schlüsse zu: Zumindest erscheint es möglich, dass neben Texten mit strafrechtlicher Relevanz auch andere Texte eingespeichert werden, die einer bestimmten Szene zugeordnet werden. Beispielsweise Texte aus entsprechenden Zeitungen, Erklärungen von politischen Gruppen/Organisationen, Aufrufe, Blogbeiträge, usw. Im schlimmsten Fall würde ich also davon ausgehen, dass alle publizierten Texte auf bekannten „linksextremistischen“ Webseiten (da ist es schließlich recht einfach, an diese ranzukommen), sowie den Ermittlungsbehörden interessant erscheinende Texte aus Printpublikationen in diese Datenbank eingespeist werden.

Das würde bedeuten, dass dem BKA zu jedem Bekenner*innenschreiben ein Cluster aus Texten mit vermeintlich gleicher Autor*innenschaft vorliegt. Diese können dabei aus anderen Bekenner*innenschreiben bestehen sowie eben auch aus jenen Texten, die sonst noch so in die Datenbank eingespeist wurden. Neben Tatserien können so also auch weitere Hinweise auf Täter*innen gewonnen werden, etwa Pseudonyme, Gruppenbezeichnungen – oder schlimmstenfalls Namen – unter

denen eine Verfasser*in eines Bekenntnisses andere womöglich andere Texte verfasst hat, aber je nach Text auch alle möglichen anderen Informationen, die dieser liefert, darunter häufig Hinweise auf Wohn- und Wirkungsort einer Person, thematische Schwerpunkte, biografische Charakteristika, Bildungsweg, usw. Allesamt Informationen, die mindestens dazu genutzt werden können, um den Kreis der Verdächtigen einzuschließen.

Was bei all dem noch unklar bleibt ist, welche weiteren Vergleichsproben das BKA möglicherweise vorhält. Von den meisten Personen gibt es sicher eine ganze Reihe Texte, auf die Ermittlungsbehörden Zugriff haben (können) und die im Falle eines Verdachts oder möglicherweise zum Teil auch vorsorglich – wenn eine Person etwa mit einem Eintrag wie „Gewalttäter linksextrem“, etc. bekannt ist – in die Datenbank eingespeist werden könnten. Das kann alles sein, wo dein Name drunter steht, vom Schreiben an eine Behörde bis hin zu einem Leserbrief in der Zeitung unter deinem Namen. Ich will hier absichtlich nur die offensichtlichsten Quellen nennen, um nicht versehentlich den Ermittlungsbehörden die entscheidende Inspiration zu verschaffen, aber ich bin sicher du kannst für dich selbst beantworten, welche Texte von dir zugänglich sein könnten. Gelingt es den Profilern des BKA erst einmal den Verdächtigenkreis auf ein spezifisches Charakteristikum einzugrenzen, das den Abgleich mit massenhaft vorhandenen Textproben ermöglicht (Wenn beispielsweise davon ausgegangen wird, dass ein*e Wissenschaftler*in einer bestimmten Disziplin für ein Schreiben verantwortlich ist, könnten alle Publikationen in diesem Fachbereich als Vergleichsproben erhalten. Das wäre zum Beispiel eine mögliche (Teil-)Erklärung dafür, wie das mit Andrej Holm im Verfahren gegen die militante Gruppe gelaufen sein könnte, zumindest wenn man unterstellt, dass das BKA nicht nur nach „Gentrifizierung“ gegooglet hat), so halte ich es durchaus für möglich, dass solche Analysen auch durchgeführt werden.

Methoden der Autorenerkennung und des Autoren-Profilings

All das betrachtet aber nur, was das BKA von sich behauptet zu können und führt diese Überlegungen weiter. Aber wie funktioniert denn nun eigentlich die Autorenerkennung, bzw. das Autorenprofilung?

Wer kennt sie nicht, die Angst davor, dass eine*n vielleicht der*die Deutschlehrer*in enttarnen wird, nachdem auf der Toilette eine Spottdichtung über eine*n Lehrer*in aufgetaucht ist und sich die ganze Schule darüber lustig macht, wie man nur „Leerer“ statt „Lehrer“ schreiben könne. Aber glücklicherweise ist dann doch das gesamte Deutschkollegium darauf hereingefallen, das Narrativ vom Fehler zu übernehmen und die Augen vor einem nur allzu treffenden Wortspiel zu verschließen. Die Forensische Linguistik scheint doch ein wenig Übung oder zumindest eine kriminalistische Motivation zu erfordern, wer weiß. Jedenfalls war die Fehleranalyse, von der wohl die meisten schon einmal gehört haben dürften, zusammen mit der Stilanalyse einem Werbeartikel der Sprachbullin Christa Baldauf zufolge um 2002 herum eines der wichtigsten Analyseinstrumente des BKA. Rechtschreibfehler, Grammatikfehler, Interpunktion, aber auch Tippfehler, Neue oder Alte Rechtschreibung, Hinweise auf Tastatureigenheiten, usw., all das dient den Sprachbullen dazu, Hinweise auf den*die



Autor*in zu sammeln. Wenn ich beispielsweise „muß“ statt „muss“ schreibe, könnte das ein Hinweis darauf sein, dass ich zu Schulzeiten einige der jüngeren Rechtschreibreformen nicht mehr mitbekommen habe. Wenn ich dagegen Begriffe, die man der Rechtschreibung zufolge mit „ß“ schreibt, ständig mit „ss“ schreibe, könnte das bedeuten, dass auf meiner Tastatur kein „ß“ vorhanden ist. Wenn ich zum Beispiel von „dem Butter“ spreche, könnte das ein Hinweis darauf sein, dass ich in Bayern aufgewachsen bin, usw. Ich könnte all diese Dinge aber auch nur vortäuschen, um die Sprachbullen in die Irre zu führen. Auch das, also die Plausibilität meines Fehlerprofils, ist Teil einer solchen Analyse. Ähnlich untersucht auch die Stilanalyse Eigenheiten meines Schreibstils. Was für Begriffe verwende ich, weist mein Satzbau spezifische Muster auf, gibt es wiederholt auftretende Begriffskonstellationen, die vielleicht sogar in verschiedenen Texten auftauchen, usw. Ich denke jede*r, die*der sich seine*ihre Texte genauer ansieht, wird einige eigene stilistische Charakteristika erkennen

Solche qualitativen Analysen dienen vor allem dem Profiling der Verfasser*innen. Zwar können auf diese Art und Weise sicher auch unterschiedliche Texte einander zugeordnet werden, aber der eigentliche Wert solcher Analysen liegt darin, Dinge wie, Alter, „Bildungsgrad“, „Szenezugehörigkeit“, regionale Herkunft, ja manchmal vielleicht sogar Hinweise auf Berufstätigkeiten/Ausbildung, usw. bestimmen zu können. Auch Versuche, Dinge wie Geschlecht zu bestimmen, sind bekannt, scheinen aber in der Regel nicht ganz so einfach zu sein.

Demgegenüber gibt es auch eher quantitative und statistische Analysen, die von Worthäufigkeiten über Wortkonstellationen bis hin zur syntaktischen Satzstruktur alle quantitativ messbaren Sprachcharakteristika untersuchen. Diese unter dem Begriff Stilometrie geführten Verfahren sind teilweise sehr umstritten, weil nicht genau gesagt werden kann, was mit ihnen eigentlich gemessen wird/werden soll, liefern gerade in Kombination mit Ansätzen des Machine Learnings aber zum Teil erstaunliche Ergebnisse. Ich denke, dass diese Ansätze daher vor allem dazu genutzt werden dürften, verschiedene Texte nach ihren Ähnlichkeiten zu clustern.

Der klare Vorteil solcher quantitativen Analysen ist, dass diese massenhaft durchgeführt werden können. Sämtliche digital verfügbaren oder digitalisierbaren Texte lassen sich so analysieren. Vom Posting in sozialen Medien bis hin zum Buch können mit diesen Verfahren Texte erfasst werden. Zwar ist der Erfolg dieser Verfahren derzeit noch relativ bescheiden und vielfach hat sich herausgestellt, dass angeblich äh-

liche Texte sich häufig mehr in ihrer Gattung geähnelt haben, als in ihrer Autor*innenschaft, aber wenn man davon ausgeht, dass individuelle Schreibstile durchaus quantitative Muster hinterlassen könnten, so heißt das im Umkehrschluss, dass wenn diese Muster erst einmal bekannt sind, eine massenhafte Zuordnung von Texten zu Autor*innen möglich sein wird.

Und was nun?

Es gab und gibt natürlich verschiedene Lösungsansätze mit diesem Wissen umzugehen und vermutlich kann man von keinem sagen, er sei besser oder schlechter als ein anderer. Wer ohnehin keine Communiqués verfasst, die*der geht diesem Problem großteils aus dem Weg, ist aber insoweit trotzdem von dem Problem betroffen, dass Beteiligungen an Publikationen und Urheberschaften von anderen Texten auf gleiche Art und Weise ermittelt werden können.

Wer Texte vor Veröffentlichung verfremdet, etwa indem mehrere Personen nacheinander Passagen daraus neu- und umformulieren, etc. läuft Gefahr, bei wiederholt ähnlichen Konstellationen ebenfalls verwertbare sprachliche und stilistische Charakteristika herauszubil-

den oder auch daran zu scheitern, Charakteristika erfolgreich zu verschleiern. Wer meint, er*sie könne auf das Ganze scheißen, weil ohnehin keine Textproben von einer*m vorliegen oder auch, weil er*sie überzeugt ist, dass die juristische Beweiskraft der Autorenerkennung zu wacklig ist, die*der riskiert, dass in Zukunft doch irgendwie Textproben von einer*einem verfügbar sein könnten (etwa weil sie*er erfolgreich einer Autor*innenschaft überführt wird) oder sich die juristische Würdigung des Verfahrens ändert. Wer darauf vertraut, dass die Technologie (noch) nicht gut genug ist, kann durch zukünftige Entwicklungen überrascht werden. Wer technische Lösungen nutzt, um seine*ihre Autor*innenschaft zu verfremden läuft Gefahr, dabei neue Charakteristika und Spuren zu hinterlassen und zudem schlecht geschriebene Communiqués zu produzieren, die ohnehin keine*r lesen will. Wer sowieso nie irgendwelche Texte schreibt, die*der schreibt eben keine Texte.

Also tue, was immer dir am meisten zusagt, nur tue es ab nun – sofern du das nicht ohnehin schon tatest – eben mit dem Wissen um diese Spuren und dem mulmigen Gefühl im Bauch, das schon so manch eine*n im richtigen Moment davor bewahrt haben soll, einen leichtfertigen Fehler zu begehen.

Angriff auf Hochschule der Schweine

eine Aktion im Kontext internationaler Aufrufe

Dokumentation

„Die Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) ist an zwei Hauptstandorten präsent, am Campus Schöneberg, wo sich an der Meraner Straße die Hochschulleitung und die zentrale Hochschulverwaltung sowie zahlreiche Serviceeinrichtungen befinden und am Campus Lichtenberg wo die Fachbereiche Duales Studium Wirtschaft · Technik, Allgemeine Verwaltung, Rechtspflege, Polizei- und Sicherheitsmanagement angesiedelt sind. Zudem finden sich dort Räumlichkeiten der Berlin Professional School und das Institut für Verwaltungsmodernisierung und Polizeireform in Mittel- und Osteuropa (IMO).

Gegen eine der zentralen Ausbildungsstätten der Mord-, Prügel- und Foltermaschinerie der Regierungen gerichtet, haben wir am 28. Oktober „Nazibullen“ an das Verwaltungsgebäude in Schöneberg gesprüht und zahlreiche Fensterscheiben und Türen mit Steinen eingeworfen.

Unser Angriff versteht sich im Kontext des Aufrufs zu einem schwarzen Oktober aus Thessaloniki, als Teil der Vergeltungsphase für die Räumung der Liebig34 und als Solidarisierung mit den 3 von der Parkbank, die kommende Woche verurteilt werden sollen.

Entgegen der öffentlichen Meinung halten wir es nicht für einen Skandal, dass vor einigen Wochen erneut eine faschistische Chat-Gruppe von Polizeibeamt*innen an dieser Hochschule aufgefliegen ist. Vielmehr sind der völlige moralische Verfall, ausufernde Brutalität und faschistische Gesinnung, Voraussetzung dafür, den Beruf des Bullen

auszuüben. Die HWR soll durch das Studium folgende Kompetenzen an die Eliten des Repressionsapparates vermitteln:

- Führen größerer Polizeidienststellen und Einheiten
- Leitung des Einsatzes der Polizei in Führungsstellen
- Wahrnehmung besonderer Aufgaben in Zentralbehörden des Bundes und der Länder und in obersten Bundes- und Landesbehörden
- Mitwirkung bei der Aus- und Fortbildung der Polizeivollzugsbeamten

Der Abschluss Master of Arts „Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement“ berechtigt zum Aufstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst. Besonders die Module 8 : Polizeiliche Informationsgewinnung, 9 : Phänomenbezogenes Polizeiliches Einsatzmanagement I und 10 : Europäische polizeiliche Kooperationen sowie nationale und internationale polizeiliche Zusammenarbeit des Lehrplans und nicht zuletzt das Spezial-Modul zum „Laufbahnzweig Schutzpolizei“, finden praktische Anwendung in der Bekämpfung der anarchistischen und autonomen Bewegung.

Mehr als genug Gründe, die HWR im Rahmen der aktuellen Mobilisierung widerständiger Szenen, genauso aber auch als Reaktion auf die „Enthüllungen“ über sogenannte „Einzelfälle“ im staatlichen Gewaltapparat zum Ziel zu machen.“

anonym

Berlin: Wir haben die Räumungen nicht verhindert

Im Vorwort des Autonomen Blättchens #42 wird, bezugnehmend auf die Syndikat Räumung, nach Ideen und dem Diskussionsstand aus Berlin gefragt. Ideen gibt es viele, Konzepte eher wenige. Also fängt diese Antwort, die nur eine Sammlung von Positionen weniger Beteiligten ist, zunächst mit einer Analyse an.

Ein Problem der letzten Räumungen (Friedel54, Syndikat, Liebig34) und der angekündigten weiteren Angriffe auf Projekte, ist die Mentalität der im Grundbuch eingetragenen Besitzer dieser Grundstücke. Die Verschleierung von Eigentumsverhältnissen sind eine Konsequenz aus dem teilweise erfolgreichen Kampf gegen Suitbert Beulker, ehemaliger „Besitzer“ der Rigaer94 und Liebig14, sowie weiteren illegalen Geschäftspraktiken in der Immobilienbranche. Inzwischen sind das Leute, die kaum greifbar sind, die sich hinter Briefkastenfirmen verstecken oder schon seit Jahren unter Polizeischutz stehen (Padovicz) und denen ihr Ansehen in dieser Stadt vollkommen egal ist. Imagekampagnen gegen Firmen wie die „Pinehill S.à.r.l.“ mit Sitz in Luxemburg als Räumungskläger gegen die Friedel54, sind daher so aussichtslos wie andere Versuche geschäftsschädigend auf diese Personen einzuwirken. Zudem ist wenig über die Motive der Menschen bekannt, die hinter jahrelangen Rechtsstreits stehen, nur um ein weiteres Haus umgestalten zu können. Ob das nur materielle Gründe sind? Braucht jemand wie Padovicz zu seinen 200 Häusern unbedingt noch die Liebig34, obwohl der Berliner Immobilienmarkt ausreichend Wege einfacherer Kapitalvermehrung hergibt? Bereits jetzt boomen in Wedding die Luxusobjekte für die zuziehenden Mittel- und Oberschichten, in wenigen Jahren wird auch das abgelegene Schöneweide und vergleichbare Gegenden gentrifiziert, warum muss vorher so ein Flecken wie der Köpi Wagenplatz dran glauben?

Es hat den Anschein, dass viele Investoren (die namentlich bekannten sind tatsächlich ausschließlich weiße Männer) eine politische Agenda betreiben. Die großen wie Christoph Gröner mit seiner CG Gruppe, aber auch die kleinen wie die Yuppies vom Bambiland in der Rigaer Straße. Dort haben sich Pioniere zu

einer Baugruppe zusammengetan, um ausgerechnet in dieser Gegend ihren Palast auf einer der letzten Brachen zu errichten. Und so tingeln sie seit Monaten durch alle Fernsehkanäle und Zeitungen, die Anwälte von Padovicz und Rigaer94 Pseudobesitzer, die Bewohner*innen von Bambiland und Gröner. Sie wollen weder nur diskret Geld scheffeln noch in Ruhe residieren, sondern sie wollen dabei rechtsfreie Räume und autonome Strukturen bekämpfen und dafür nehmen sie mehr in Kauf, als der Widerstand bislang ausrichten konnte.

Ein weiteres Problem sind die politischen Entscheidungsträger*innen. Nicht jede/r ist so kurzsichtig wie der vormalige Innensenator Frank Henkel (CDU), der Recht und Ordnung versprach aber neben brennenden Autos und Krawallen auch juristische Niederlagen erntete. Die aktuell Verantwortlichen ducken sich geschickter weg, warten Räumungsklagen ab und haben das Glück einer unglaublich dummen Opposition und einer Presse, die zwar redlich versucht den Konflikt anzuheizen aber damit keine Meinungsumfragen beeinflussen kann.

An diesem Punkt ist für einen Teil der autonomen Gruppen vor einiger Zeit die Strategie entstanden, mit materiellen Schäden ein Szenario aufzubauen, dass es irgendwann opportun erscheinen lassen könnte, die wenigen verbliebene nicht-kommerziellen Orte in der Stadt eher vertragen zu können. Die politisch Verantwortlichen sollten aus Angst um ihre Futtertröge auf der Regierungsbank, nach anderen Wegen als der Räumung suchen. Die Verantwortlichen im Sicherheitsapparat sollten sich vor Entscheidungen drücken, die ihre Unfähigkeit, die Stadt der Reichen zu schützen, offenbaren. Investoren sollten sich an den Futtertrog des Senats einladen lassen, um sich gemeinsam die Taschen zu füllen, als Kompensation für den Räumungsverzicht.

Dieses Konzept ist nicht aufgegangen, obwohl unglaublich viele diverse Aktionen passiert sind und die Angriffe einen Schaden von vielen Millionen verursacht haben. Die Hauptstadtspresse beweist hier einen Funken Ver-

Chronik:

27.08.: Steine und Farbflaschen fliegen gegen das Generalkonsulat und die Botschaft von Belarus in Berlin. Grüße und Kraft an die anarchistischen Freund*innen und alle anderen Rebell*innen auf der Straße. 27.08.: 80m² großes „ACAB“ wird in Leipzig auf die Außenfassade des „Westwerks“ gesprüht. Außerdem Soligrüße an die Luwi71, R94 und L34. 29.08.: In Leipzig wird eine WISAG-Karre abgepackelt. WISAG profitiert mit seinen vielen Tochterfirmen – teilweise direkt, teilweise indirekt – von Unterdrückung, Ausbeutung und Repression. 01.09.: In Berlin wird ein Auto der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft entglast. 03.09.: Nachdem am Mittwoch das besetzte Haus Luwi71 in Leipzig geräumt wurde, war zu einer Tag X+1 Demo am darauf folgenden Donnerstag aufgerufen worden. Dieser schlossen sich mehrere hundert Menschen an und verliehen ihrer Wut über die Räumung des angehenden sozialen Zentrums Ausdruck. Es wurden Bullen angegriffen, Barrikaden errichtet und angezündet. 04.09.: In Leipzig gibt es Glasbruch: Im Anschluss an die aufgelöste Tag X plus 1 Demo bezüglich der Räumung der Luwi 71 wird ein Immobilienbuero angegriffen. 05.09.: Das Wohnhaus des AfD-Spitzenkandidaten Wolfgang Truckenbrodt in Bad Godesberg wird großzügig neu eingefärbt. 07.09.: AfD-Büro in Erfurt kriegt einen neuen Anstrich. 07.09.: Die Karre von Götz Kubitschek wird in der Dresdner Neustadt geplättet und entglast. 08.09.: In Dresden werden die Scheiben beim Büro der Hausverwaltung Berlin Haus eingeschlagen. In Solidarität mit der Liebig34. 08.09.: In Bremen fliegen Farbbeutel auf das CDU-Gebäude in Bremen Mitte. 10.09.: In Berlin wird die Wohnungsbaufirma „Stadt-und-Land“ in Tempelhof besucht und das Büro und ein davor geparktes mit Farbe verschönert. In der Nachbarschaft werden Flyer verteilt: L34 LEBT! 10.09.: In Dresden wird aus guten Gründen eine Vonovia Karre angezündet. 10.09.: In Magdeburg wird der Veranstaltungsort Halber85, u.a. genutzt von der Jungen Alternative und vom Compact Magazin mit Farbe aus zwei Feuerlöschern markiert. 10.09.: In Berlin wird das Willy-Brandt-Haus in Solidarität mit der Liebig angegriffen. Außerdem getroffen hat es ein Autohaus in Friedrichshain und SPD-Büros in Köpenick und im Hansaviertel. 11.09.: In Berlin der Neubau Greifswalder Straße 226 mit Farbe verschönert

und mit einige Scheiben zerstört. Das Büro-Haus wurde letztes Jahr von der Unternehmensgruppe Padovicz im Wohngebiet fertiggestellt. Solidarität mit der L34! 12.09.: In Kiel werden am Kieler Hauptbahnhof die Scheiben von zwei Autos der Bundespolizei beschädigt. 12.09.: In Hamburg findet eine kurze Spontandemonstration zum Thema „Fight for Liebig34“ statt. Es werden Parolen gerufen, Pyrotechnik gezündet und es kam unter anderem zu Sachschäden u.a. bei der Agentur „Pahnke Markenmacherei“. 13.09.: In Lübeck werden am Flughafen Lübeck-Blankensee an zwei Stellen Scheiben eingeschlagen und Gläser mit einer unbekannt, übel riechenden Flüssigkeit ins Innere geworfen. 15.09.: In Bremen gibt es Farbe gegen die Zentralen der rechten, konservativen und neoliberalen Parteien (CDU, FDP, SPD, Bü. 90, die Grünen), um auf ihr Versagen in der Flüchtlingspolitik im Allgemeinen und ihre Untätigkeit im Hinblick auf die Situation in Moria im Speziellen aufmerksam zu machen. Die AfD wird mangels eines öffentlichen Parteibüros in Bremen (noch) nicht angegriffen werden, was die Aktivist*innen sehr bedauern. 16.09.: In Solidarität mit den Betroffenen der Hausdurchsuchungen in Berlin und Athen am wird nach der Spontandemo zu dem Thema durch Connewitz eine Secu-Karre in Leipzig – Lindenau angezündet. 16.09.: Ein Luxusneubau in Stallschreiberstr. in Berlin Kreuzberg wird mit Steinen und Farbe angegriffen. 19.09.: In Solidarität mit den Besetzer*innen in Leipzig und all denjenigen, die die Schweine angegangen sind, wird in der Bremer Neustadt ein Auto von Hansestadt Bremen Immobilien angezündet. 21.09.: In Berlin wird das Parteibüro der Grünen in der Allee der Kosmonauten 151e mit Steinen und Farbe angegriffen. Farbenfrohe und solidarische Grüße gehen an die Gefährt*innen im anarcho-queerfeministischen Hausprojekt Liebig34. 22.09.: In Gießen werden zahlreiche Autos markiert und damit zum abfackeln freigegeben – genau wie die Bäume auf der Trasse der geplanten Autobahn A49 im Dannenröder Forst. 23.09.: Sachschaden für die Räumung der Liebig34: Kaputte und mit Farbe beschmierte Scheiben bei einem Immobilienbüro in der Bötzwstraße in Berlin-Prenzlauer Berg. 24.09.: Nazikarre fällt in Wöllstein den Flammen zum Opfer. 25.09.: In Frankfurt wird Grünen Büro ein kleiner Vorgeschmack davon verpasst, was passiert wenn sie den Dannenröder Wald einer sinnlosen weiteren Autobahn opfern. Mit Chrom und Farbeiern wird im Schutz der Dunkelheit ihr Büro markiert. 25.09.: Im Leipziger Osten wird auf einer Baustelle von Hentschke-Bau ein Bagger abgefackelt. Hentschke-Bau war am Bau der JVA in Zwickau

stand, wenn sie sich von der Polizeipressestelle diktieren lässt, welche militanten Aktionen aufgeblasen werden – Zwillengeschoße in vermeintlichen Kinderzimmern, die in Wirklichkeit Fahrradräume mit Fingerfarbe an den Scheiben sind und ins Krankenhaus geprügelte Passanten, die laut späterem Gerichtsurteil besoffene Stresstypen waren – und welche Angriffe von keiner Agentur gemeldet werden, weil die Angst vor Nachahmung groß ist.

Wenn davon auszugehen ist, dass sich keine nennenswerte Stimmung in der Stadtgesellschaft bemerkbar macht, die den Verantwortlichen einen Stopp von Räumungen – nicht nur von Projekten sondern auch von normalen Mietwohnungen – abverlangt, könnte nur noch ein solidarischer Kiez Polizeieinsätze erschweren. In diese Phase sind Nachbar*innen, Teile des liberalen Bürgertums und autonome Gruppen im Februar 2013 mit dem Versuch, die Räumung der Lausitzer Straße 8 in Kreuzberg zu verhindern, höchst möglich und danach unerreicht eingestiegen, letztlich auch erfolglos.

Des weiteren beruht die Durchsetzungsfähigkeit von Räumungen auf der materiellen Überlegenheit der Polizei. Daran wird sich in absehbarer Zeit nichts ändern und in Berlin wird die Frage der Verhinderung von solchen, nicht als militaristische Angelegenheit diskutiert.

Wenn wir die Anfänge des Häuserkampfes in der BRD in ihrer zyklischen Wiederholung betrachten, jeweils Anfang der 70er, 80er und 90er Jahre, dürfen wir Erfolge nicht nur als Verhinderung von Räumungen betrachten. Häuser wurden aus verschiedenen Gründen besetzt, weil man/frau tatsächlich Wohnraum brauchte, weil Gruppen Orte als Treffpunkte und strukturelle Basis suchten, und wohl auch lediglich als Sprungbrett zur Intensivierung von weiteren Konflikten in Stadt und Gesellschaft. Dementsprechend konnte von den Einen nur verhandelt werden, weil Andere durch ihr Nichtverhandeln die Drohkulisse erst aufbauten, unter der sich der Berliner Senat zu Verhandlungen genötigt sah. Das erhandelte Verträge keine Sicherheit bieten, haben schon viele Projekte erfahren müssen, letztendlich hatten alle der seit Ende des Jahrtausends hier geräumten Häuser zwischendurch Verträge. Retten konnten sich nur diejenigen, die sich selbst kauften.

Was das für deren politische Ausstrahlung bedeutet hat, mag jede/r selbst beurteilen. Die Häuserkämpfe der Vergangenheit entwickelten ihre Wirkung dadurch, dass sich mehrere Besetzungen in bestimmten Kiezen konzentrierten. Sie waren keine Fremdkörper in der Nachbarschaft und konnten sich gegenseitig bei Bullenangriffen unterstützen.

Wir verteidigen zur Zeit Projekte und Squats in Nachbarschaften, in denen wir heute kaum noch neue besetzen würden, weil sich die Zusammensetzung des Milieus dort völlig verändert hat. Diejenigen, die Räumungen durchziehen, Senat, Bullen, Investoren, räumen aus präventiven Gründen. Es soll in den Innenstadtbezirken keine Spur von einem anderen Leben sichtbar sein. Mit dieser wirtschaftlichen und strukturellen Macht kann es die autonome Szene nicht aufnehmen. Trotzdem und deswegen ist die Verteidigung der letzten Häuser ein notwendiger Schritt, um daraus weitere Kämpfe führen zu können. Kollektive, die in diesen Auseinandersetzungen entstehen, können darin fähig werden sich andere Räume anzueignen. Womit sich das Ziel des Verteidigens eines Hauses verschiebt, weg von den Mauern des Hauses und hin zu einem Kollektiv, das sich durch diesen Konflikt findet und an anderen Orten weiter kämpfen und leben kann. Damit verbundene Ausschreitungen und Streit innerhalb des feindlichen Machtblocks sind wünschenswerte Erscheinungen, wenn sie Risse zwischen den Klassen produzieren können und eine Spaltung innerhalb der Gesellschaft und zwischen dieser und dem Staat, ausweiten.

Natürlich sind Räumungen doch zu verhindern, wenn ...

... es mehr sein soll als ein Lippenbekenntnis. Dazu gehört nicht nur ein ständiges Verfestigen des Schreckensszenarios, um zu erfahren wie viele Räumungen diese Stadt aushält und ob dem Senat irgendwann ein Tolerieren von wenigen selbstorganisierten Räumen erträglicher ist. Vor allem müsste die Stimmung in den betroffenen Kiezen sich eindeutiger gegen das Gewaltmonopol der blauen Abfallsäcke wenden. Nur für irgendwelche Nischen von Chaot*innen wie uns, gehen zu wenig Menschen auf die Straße. Die Nachbarschaft sollte eine gewisse Notwendigkeit in unserer Existenz erkennen, damit es eben

nicht auf die militarisierte Machtfrage mit den Bullen hinausläuft.

Dafür müssten unterschiedliche Widerstandsebenen verbunden werden und sich ergänzen. Elemente der Kiezkommune [1] können manchmal dem Schlagwort der solidarischen Nachbarschaft mehr Konturen geben als Steinwürfe auf Streifenwagen. Allerdings lassen sich beispielsweise Schutzräume für Obdachlose, die in der Rigaer Straße häufig die Nähe zu Hausprojekten suchen oder regelrechte Favelas, wie sie mal an der Cuvrybrache in Kreuzberg oder der Rummelsburger Bucht entstanden, nur verteidigen wenn auch Steine gegen Streifen und Wannen fliegen.

Womit wir dann beim leidigen Thema Bündnisse sind. Die Liebig34 wurde Monate vor ihrer Räumung in einem offenen Brief [2] von Menschen unterstützt, denen wegen ihrer kulturellen oder politischen Tätigkeit eine gewisse Bedeutung beigemessen wird. Danach haben sich diese Prominenten nicht wieder gemeldet und genutzt hat es nichts. Solidarisiert haben sich auch weitere Gruppen ohne damit messbares Zögern der Verantwortlichen zu bewirken. Die Konsequenz daraus kann nur ein Ent-funktionalisieren von Solidaritätsbekundungen sein. Wer wirklich in den Konflikt zwischen Staat/Investoren und besetzten Räumen eingreifen will, muss mehr dafür tun als eine symbolische Geste und muss auch mehr Resonanz darauf erfahren als eine twitter Meldung. Dazu empfiehlt es sich, dass bedrohte Strukturen eine Arbeitsgruppe unterhalten, die den fortlaufenden

Kontakt und Austausch mit potentiellen Unterstützer*innen und Bündnistreffen sicherstellen. Soweit ersichtlich, war es bei vielen geräumten Projekten ein Problem, dann nicht die notwendige Kontinuität zu besitzen um aus der bedrohten Lage einen gemeinsamen Kampf zu machen. Spätestens mit dem absehbaren Ende des juristischen Wegs, muss ein ständiger Informationsfluss und Diskussionsprozess zwischen dem bedrohten Projekt und „prominenten“ oder linken Supporter*innen, den anderen Häusern der Stadt und den autonomen Gruppen bestehen.

Mit der Interkiezionale [3] ist in Berlin wenigstens eine neue Struktur entstanden, aus der heraus sich theoretische und praktische Initiativen entwickeln lassen. Bevor das Rad neu erfunden wird, bietet sich eine Beschäftigung mit der eigenen Geschichte an. Viele aktuelle Fragen zum Besetzen und Verteidigen wurden bereits in der Vergangenheit gestellt und unterschiedlich erfolgreich beantwortet. Die durchsetzungsfähigen Phasen wurden immer von einer Gegenkultur begleitet, die schon lange einer identitätssuchenden und auf Abgrenzung basierenden Subkultur gewichen ist. Dieser Rahmen setzt gegenwärtig die Grenzen unserer Mobilisierungsversuche. Unverzichtbar sind auch offene Versammlungen, wenn sie nicht Vollversammlung oder noch schlimmer, AVV genannt werden. Ob die Versammlungen des letzten Jahres wirklich offen waren, ist eine andere Frage. Von den Kanälen der Mobilisierung und teilweise den Orten, wohl nicht für Alle. Besonders in Corona Zeiten, wohl der überwiegende Teil

der Szene auf Tauchstation geht, müssen Diskussionen und Ereignisse mit Gesichtern in Verbindung gebracht werden und nicht nur aus dem home office geführt werden.

Zum Schluß stellen wir noch die Frage des Sinns von nicht wirklich auf Erhalt angelegten Neubesetzungen, wie sie in Berlin oft unternommen werden. Besetzen aus Bedarf an Wohnraum, bietet als stille Besetzung eine echte Alternative an. Auch rein symbolisch, um auf etwas aufmerksam zu machen, erschließt sich ein Sinn. Viele Besetzungen der letzten Jahre eint aber die Bagatellisierung des Themas. Damit ist der typische Ablauf für viele Aktivist*innen gemeint; über irgendeinen Kanal kommt die Info über eine Besetzung, Leute fahren dahin, gucken ein Haus an, werden von Bullen angeglotzt. Dann wird geräumt, Leute fahren nach Hause. Wäre die Energie nicht besser in das Unterwandern vor sich hin dösender Hausprojekte gesteckt, um diese zu repolitisieren? Und braucht jede Gruppe ein eigenes Zentrum statt die bestehenden Orte mit mehr Leben zu füllen? In Zeiten wie diesen, bietet sich das Konzentrieren auf die letzten Räume an, statt sich weiter zu zerstreuen.

[1] <https://kiezkommune.noblogs.org/>

[2] <https://www.tagesspiegel.de/berlin/besetzte-haeuser-kneipen-jugendclubs-86-prominente-solidarisieren-sich-mit-linken-projekten-in-berlin/25452086.html>

[3] <https://interkiezionale.noblogs.org/>

Lockdown fürs kapitalistische Patriarchat!

Dokumentation:

„Sie machen so weiter wie bisher? Wir sabotieren die immer katastrophaler werdende Normalität. Sie wollen die Stadt am liebsten hochfahren, wir fahren sie kurzfristig runter.

Gestörte Arbeitsabläufe, Verspätungen, kaputte Infrastruktur, economic damage: Jede Räumung, jede Zwangsräumung wird teuer werden für die Stadt. Eine Stadt, die alles vermarkten lässt. Die mit hohler HipsterCulture

die Kieze kaputt macht. Eine Stadt, die weltweit – für diejenigen, die Geld haben. Wir haben schon lange die Nase gestrichen voll von dem verlogenen liberalen Mist.

Wir fahren die Stadt runter.

Wir stoppen den Nahverkehr.

Wir stiften Chaos in der Stadt.

Wir behindern Arbeitsabläufe.

Was für eine Art von Arbeit überhaupt?

Eine Arbeitskraft, die früh morgens Arbeiter:innen von hier nach dort bringen soll. Heute also keine Dienstleistung und Carearbeit. Schlecht bezahlte Jobs im Discounter, auf dem Bau, in der Gastro, in der Pflege, auf den Äckern. „Alltagshelden“, die auf echte gesellschaftliche Anerkennung warten können bis zum Ende aller Tage.

Wir haben heute morgen an der Frankfurter Allee einen Brand an der Bahntrasse gelegt.

Eine Gefahr für Menschen haben wir ausgeschlossen. Zur Sicherheit haben wir den Brand in einen Abstand von mindestens 20 Metern zu dem Trafohaus gelegt, an dem ein wohnungsloser Refugee lebt. Zwei Zuleitungen zum Trafohaus von vier Kabelschächten waren unser Ziel. Zerstört hat das Feuer Signalkabel, Kommunikationskabel und Starkstromleitungen.

Im kapitalistischen Patriarchat ist es Gang und Gebe Rechnungen zu stellen. Eine militante Gruppe hat 34 Millionen Euro für die Räumung der Liebig 34 veranschlagt. Wir greifen diese Aufforderung auf. Da dies die einzige Sprache ist, die verstanden wird, servieren wir die dazugehörige Quittung.

Das ist die Quittung für die Räumung des Syndikat. Das ist die Quittung für die Zwangsäumung und Erniedrigung von Menschen ohne Geld und ihre Vertreibung aus der City.

Das ist die Quittung für die Ermordung von Maria und Schändung ihrer Gedenkstelle durch Cops. Das ist die Quittung für den Bullenterror und im Nordkiez, im Görlitzer Park, am Alex während der BlackLivesMatter-Demo für George Floyd und für die vielen Bullenübergrieffe der letzten Jahre.

Berlin bleibt Risikokapital!

Unser Struggle, unser Fight ist erst zu Ende, wenn die Menschen ihre Freuden und ihre Leiden, ihre Arbeit und ihre Reichtümer teilen, wenn alles allen gehört. Wenn es keine Reichen mehr gibt, die sich beschützen lassen müssen, und keine Klassenunterschiede. Wenn es keine Femizide mehr gibt und keine Waffen. Keinen Bullen-NSU 2.0 und keine Nazis. Wenn egal ist, welche Hautfarbe, Geschlecht oder Aussehen jemand hat. Überall

in der Welt. Und wenn der Planet nicht weiter zerstört wird.

Hört auf zu konsumieren – kämpft! Es geht um mehr als die Liebig 34. Bildet Banden, Aktionsgruppen, Vulkan- und Magmagruppen, FAZs und vieles mehr!

Kraft und Liebe allen verfolgten, gefangenen und gefolterten Anarchist:innen und Feminist:innen.

No Justice no Peace. Defend Liebig!
Grenzenlose Solidarität – United we fight!
Gruß und Kuss“

FRAZ – Feministisch-Revolutionär-Anarchistische-Zelle

[FAZ] Jede Räumung hat ihren Preis

Solidarität mit der Liebig34

Dokumentation

„In der Nacht auf Mittwoch, den 28.10.2020, haben wir einen Firmenwagen der Deutschen Bahn und einen des Immobilienkonzerns Vonovia in der Wirthstraße in Freiburg abgebrannt. Damit fügen wir weitere 60.000€ Sachschaden der Räumungsbilanz der Liebig34 hinzu.

Wir haben entschieden uns von der Polizei nicht den Zeitpunkt vorgeben zu lassen und daher nun einige Zeit nach dem Tag X im ruhigen Freiburg zugeschlagen. Während in Berlin die Polizei (nicht sonderlich erfolgreich) versucht mit Raumschutzkonzepten die Reaktionen auf die Räumung der Liebig34 kleinzuhalten, ist in Freiburg nichts los und wir haben uns für diesen Ort entschieden und konnten in Ruhe zur Tat schreiten. Die Kombination der beiden Firmen hat uns gut gefallen, passt sie doch thematisch. Vonovia ist als

Großkonzern auf dem Immobilienmarkt ein zentraler Akteur der Verdrängung (i) und die Deutsche Bahn ließ letztes Jahr den queer-feministischen Wagenplatz DieselA brutal räumen und seit diesem Jahr Soldat*innen auf unsere Kosten umsonst Bahn fahren, während Tickets für den Rest der Bevölkerung weiterhin nahezu unbezahlbar sind.(ii)

Für mehr queer-feministische und anti-patriarchale Räume!

Grüße an all die feministischen Kleingruppen, die in den letzten Wochen die Nächte unsicher gemacht haben! Grüße auch an die FRAZ! (iii)

Gruß und Kuss
eine FAZ“

P.S. Wir haben uns sehr über die Feminist Action Chronik gefreut, danke an die Ersteller*innen. Wer es noch nicht gesehen:

<https://de.indymedia.org/node/102270>
<https://feministactionchronik.noblogs.org/>

(i) Mehr dazu siehe z.B.

<https://barrikade.info/article/2997>

(ii) <https://de.indymedia.org/comment/206765>, weitere Infos zur Deutschen Bahn: <https://chronik.blackblogs.org/?p=9506>

(iii) Beispiel für eine Kleingruppenaktion: <https://kontrapolis.info/679/> und die Aktion der FRAZ <https://de.indymedia.org/node/107536>

Von der Handlung zur Identität

Ein vertiefender Beitrag zur Debatte um Anonymität mit den »Feministischen Autonomen Zellen«

[Dieser Text wurde uns vom Zündlumpen zugeschickt, mit der Anmerkung, dass er im Blättchen vielleicht besser aufgehoben sei, weil der Zündlumpen ein lokales Blättchen ist.]

Als Verfasser*in des Textes „Wozu dann der Name?“ in Zündlumpen Nr. 048 möchte ich mich im Folgenden mit der Reaktion der Feministischen Autonomen Zellen, „Wegen alledem“ auseinandersetzen sowie einige meiner ursprünglichen Argumente noch einmal vertiefen. Ich werde dabei Textstellen aus „Wegen alledem“ nur entsprechend durch meine Positionen kontextualisiert zitieren, weshalb ich die vorherige Lektüre dieses Textes, sowie ggf. meines ursprünglichen Diskussionsbeitrags empfehle.

Und weil aufgrund der bisherigen Beiträge zu dieser Debatte zu befürchten steht, dass mein Beitrag als Diskussionsbeitrag dazu gedeutet werden könnte, wie sich die FAZ – derer ich kein Teil bin – „organisieren“ sollten, möchte ich ausnahmsweise einmal vorab klarstellen, was sowieso klar sein sollte: Wenn ich auch meine Gedanken und Überlegungen zu Anonymität und (informeller) Organisation versuche darzulegen, so können andere, die möglicherweise auch andere Ziele als ich verfolgen, zu anderen Schlussfolgerungen gelangen. Den Wert einer solchen Debatte sehe ich vor allem darin, dass sich in der Konfrontation mit anderen Positionen vor allem die eigenen Ansichten schärfen, überdenken und manchmal auch ganz über den Haufen werfen lassen.

Feministische Militanz?

Der Vorwurf musste ja kommen: „wieso wird eigentlich im ganzen Artikel ein Wort über unsere feministische Positionierung oder die (leider so rare) Verbindung von Feminismus und Militanz verloren?“ und weiter: „Dass Feminismus als das Grundthema unserer Texte und Organisation im gesamten Zünd-

lumpen-Text ignoriert wird, zeigt leider deutlich, was wir mit Unsichtbarmachung unserer Sache im linken militanten Diskurs meinen.“ Aber welchen „linken militanten Diskurs“ meint ihr? Ich betrachte mich weder als links, noch als militant in einem Sinne, in dem es mir wert wäre, einen eigenen Diskurs darum zu führen. Ich betrachte mich vielmehr als Anarchist*in, als aufständische*r Anarchist*in, wenn mensch so will. Meine Militanz, wenn mensch das wiederum so nennen will, ist antipolitisch, unorganisiert – bzw. informell organisiert –, individuell und auf die Zerstörung jeglicher Herrschaft gerichtet. Sie verfolgt kein Programm außer vielleicht dem der totalen Destruktiven Verneinung. Warum verliere ich in meinem ursprünglichen Artikel also „kein Wort über [eure] feministische Positionierung oder die [...] Verbindung von Feminismus und Militanz“? Weil es darum schlicht nicht geht: Mein Artikel beschäftigt sich mit der Frage, inwiefern ich es für sinnvoll halte, den eigenen Angriffen einen (wiederkehrenden) Namen zu geben, bzw. ausschweifende Communiqués dazu zu verfassen. Was spielt es dabei für eine Rolle, dass ihr euch als feministisch bezeichnet?

Was für mich eine völlig andere Frage ist, scheint für euch aber auch jenseits eines bloßen Delegitimierungs-Arguments gegenüber meinem Text (wie sonst soll ich den Vorwurf der Unsichtbarmachung verstehen, wenn sich doch zugleich in meinem Text mit den FAZ und ihren Aktionen auseinandergesetzt wird) eine Rolle zu spielen. „Queere, arme, kranke, rassifizierte und FLINT* Menschen und alle, die von gesellschaftlichen Normen abweichen, sind ständig gezwungen, mehr oder minder öffentliche ‚Bekanntnisse‘, ‚outings‘ zu produzieren“, schreibt ihr, und später beklagt ihr noch die „leider seltenen ‚outings‘ anonymer Aktionsgruppen als FLINT* Gruppen“. Hier scheint die gute alte Identitätspolitik Einzug in euer Militanzkonzept zu halten und eure Militanz zur identitätsstiftenden An-

beteiligt und damit Profiteur vom Knastsystem. 25.09.: Ein Transporter der CG-Gruppe in Reudnitz wird angezündet. Gegen die Akteur*innen der Gentrifizierung und Immobilienkonzerne. 26.09.: In Lüneburg wird ein Streifenwagen vor einer Polizeiwache abgefackelt. 27.09.: In Hannover wird das Gebäude der CDU Region Hannover mit Farbe angegriffen. Die Scheiben der Ausländerbehörde in der Maschstraße werden eingeschlagen. Gegen die menschenverachtende Flüchtlingspolitik in Europa und hier in Deutschland. 28.09.: Kaputte Scheiben und mit Farbe beschmierte Fassade gibt es bei einem Immobilienbüro „Immobilienladen“ in der Meusdorfer Straße in Leipzig – Connewitz. 28.09.: In Hamburg wird ein Gruppenfahrzeug der Polizei vor der Wache in der Altonarer Mörkenstraße angezündet. Solidarität mit den 3 von der Parkbank! Solidarität mit der Liebigstraße 34! 29.09.: In Berlin wird die NPD Kneipe „Zapfhahn88“ in der Konrad-Wolf-Straße angegriffen. Die Rolläden sind kein Hindernis und lassen das Werkzeug auf die Glasscheiben treffen. Farbgläser runden das ganze ab. 29.09.: In Berlin brennt ein SUV im Schlachthofviertel: Die flammende Zerstörung des klimaschädlichen und protzigen Fahrzeugs durchbricht den Frieden, den die Bewohner*innen der schicken Reihenhaussiedlung meinen, sich erkaufte zu haben. 29.09.: Das Parteibüro der faschistischen Partei „Der 3. Weg“ in Siegen wird angegriffen und mit Farbe markiert. 29.09.: In Wuppertal wird ein Firmenwagen von BOSCH beschädigt und umlackiert. Bosch ist nicht nur Waschmaschinenhersteller, sondern fungiert auch als Aussteller:in auf Polizeikongressen und ist im Sicherheitsbereich und in der Kameraüberwachung tätig. 29.09.: In Bischofswerda wird das Polizeirevier neu eingefärbt. 01.10.: In Berlin brennen zwei Bagger auf der Baustelle von „The Elements“ – ein Zeichen gegen Verdrängung und ein Vorgeschmack darauf, was bei einer Räumung der Liebig34 folgt. 01.10.: In Friedrichshain wird die Linkspartei aus ihrem Büro ausgesperrt: Mit Sekundenkleber und Draht wird ein Türschloss verklebt und Bauschaum in den Rollladen gespritzt. Die Linkspartei regiert mit und ist also mitverantwortlich, wenn der Spekulant P. mittels Polizeigrossaufgebot staatliche Hilfe bekommt für eine illegale Räumung der Liebig34. 01.10.: In Naumburg (Saale) wird im Vorfeld des Naziaufmarschs der Partei „Der III. Weg“ der Naumberger Nazikneipe „Lokal 18“ ein Besuch abgestattet. Neben Glasbruch wurde offensichtlich auch für einen neuen Bitumen-Innenanstrich gesorgt. 01.10.: In Berlin Charlottenburg wird die Kanzlei des Nazianwalts Carsten Schrank besucht. Die Nachbarschaft wird durch ein Graffiti „Carsten

Schrank Nazischwein!“ informiert. Außerdem wird ein Feuerlöscher mit Bitumen an der Fassade, der Haustür sowie den Fenstern entleert. 02.10.: In Berlin-Weißensee wird die Kanzlei von Wolfram Nahrath mit Farbe markiert und die Nachbarschaft anhand eines Stencils “Wolfram Nahrath – Anwalt von NSU-Täter, NPD und Co.“ über das faschistische Treiben in dem sonst unscheinbaren zweistöckigen Haus informiert. 03.10.: Farbe und Steine gegen die Bullenwache in Wentdorf bei Bergedorf in Solidarität mit den 3 von der Parkbank. 03.10.: Wut über anstehende Räumung der Liebig34 entlädt sich in Berlin gegen eine Sparkassenfiliale. Die Fenster werden mit Steinen beworfen und auf den geborstenen Scheiben wird „L34 bleibt – (A)“ hinterlassen. 03.10.: In Tübingen wird das sog. „Ehrenmal“ für Soldaten* des 1. Weltkriegs mit pinker Farbe verschönert. In Solidarität mit der Liebig34 und um ein Zeichen gegen Deutschland und seine Nazis zu setzen. 03.10.: In Wuppertal werden in Ablehnung gegen den deutschen Staat und seine falsche Einheit Nazi-Denkmäler mit blauer Farbe eingefärbt. 04.10.: In Leipzig Connewitz wird das Polizeirevier großzügig mit Farbe versehen. 05.10. In Berlin brennen Müllcontainer vor dem Haus, in dem die Gerichtsvollzieher sitzen, die für Friedrichshain zuständig sind. An der Hauswand wurde eine unmissverständliche Warnung hinterlassen die Hände von der Liebig34 zu lassen. 05.10.: In Wuppertal wird im Luisenviertel das Privatauto eines Bullen beschädigt. 05.10.: Am nord-östlichen Waldrand des Danni werden die Bullen mit Feuerwerk und Steinen attackiert. 05.10.: Am Amtsgericht Berlin Tempelhof-Kreuzberg wird in Solidarität mit der Liebig34 Feuer gelegt. Als Symbol des Widerstandes gegen den Ausverkauf der Städte und das Patriarchat. 05.10.: In Berlin gehen Autos kaputt. Zwei werden mit Bauschaum gefüllt, ein BMW SUV geht in Flammen auf. Zerstörerische Grüsse an die Liebig34. 05.10.: In Berlin wird an der Frankfurter Allee ein Brand an der Bahntrasse gelegt. Zerstört hat das Feuer Signalkabel, Kommunikationskabel und Starkstromleitungen. „Lockdown fürs kapitalistische Patriarchat! Sie wollen die Stadt am liebsten hochgefahren, wir fahren sie kurzfristig runter.“ 06.10.: In Berlin brennen zwei Amazon Lieferwagen: Als Unterstützung des internationalen Aufrufs von Terra Incognita – kürzlich in Thessaloniki geräumt – für einen Aktionsmonat Oktober und als selbstbestimmte Handlung Liebig34 zu verteidigen. 06.10.: Beim Bezirksbüro der Neuköllner SPD gehen die Scheiben zu Bruch. Liebig34 bleibt! 07.10.: In der Nacht haben einige dutzend Antifas das Haus der Familie Statzberger in Unterschleiß-

gelegenheit zu machen. Es erinnert mich an die Schriften der Roten Zora, in denen häufig von „Gegenmacht“ (Ein Konzept, das auch von den Revolutionären Zellen und anderen militanten Gruppen gebraucht wurde und wird) und „Frauenmacht“ (was ebenso wie das Konzept der „Gegenmacht“ zumindest in „Mili's Tanz auf dem Eis“ später kritisch gesehen wird) die Rede war und immer wieder das Frausein essentialisiert und als für die Gruppe identitätsstiftend ins Spiel gebracht wird [1].

Dabei geht es mir nicht darum, zu kritisieren, wenn sich Personen nicht länger in Zusammenhängen „organisieren“ wollen, in denen sie marginalisiert werden und in denen sie den Eindruck haben, ihre eigenen Projekte nicht realisieren zu können – Im Gegenteil, ich bin ohnehin der Ansicht, dass eine Organisation zerstört werden sollte, sobald sie den Projektualitäten ihrer „Mitglieder“ im Wege steht. Es geht mir auch nicht darum, zu kritisieren, wenn sich Menschen gemeinsam mit Menschen innerhalb ihrer sozialisierten Identitäten „organisieren“, verschwören, verbünden wollen. Wenn diese Identitäten dann aber die eigenen Angriffe und Handlungen zu überdauern scheinen, wenn es weniger auf eine Handlung ankommt, als auf die Identität der*desjenigen, die*der diese tätigt und vielleicht zusätzlich noch suggeriert wird, mensch würde für alle Menschen, die diese Identität (zu) teilen (scheinen), sprechen, so scheint mir diese Konstellation mitnichten geeignet, irgendein Herrschaftsverhältnis radikal anzugreifen. Das gilt übrigens nicht nur für Identitäten wie „wir, queere Militante“, „wir, eine FLINT* Aktionsgruppe“ oder „wir, eine Frauenkampfgruppe“, sondern insbesondere auch für „wir, militante Linke“ oder „wir, Militante“, wie Lina Gaso in „Jenseits von Militanz: Revolutionäre Gewalt“ (In der Tat Nr. 2) argumentiert.

Was mich aber bei „outings“ als „FLINT-Gruppen“ und der Ermutigung, sich als solche zu „outen“, wie ich das im Text der FAZ wahrnehme, ganz besonders verstört ist die eigentliche Kontraproduktivität des Ganzen und das implizite Fortschreiben einer der weitverbreitetsten und dämlichsten Legenden über diejenigen, die sich entscheiden anzugreifen, nämlich dass dies (vor allem) nicht nur „Männer“ seien, sondern gar solche, die nicht „von gesellschaftlichen Normen abweichen“ würden. Ist es nicht die größtmögliche Ab-

weichung von „gesellschaftlichen Normen“, die bestehende Gesellschaft, das Eigentum, das Patriarchat, den Staat oder wie mensch es auch nennen will, anzugreifen? Und sicher mag es diese und jene Zusammenhänge geben, aber es würde mich doch sehr verwunden und meinen eigenen Erfahrungen zentral widersprechen, wenn sich die gängigen gesellschaftlichen Klischees über diejenigen, die sich entscheiden anzugreifen, im Großen und Ganzen als wahr erweisen würden.

Das heißt nicht, dass ich es nicht respektiere, wenn Individuen wie beispielsweise die Anarchistin und Nihilistin Kaneko Fumiko [2] so heftig um Anerkennung ihrer Gefährlichkeit kämpfen (wollen), dass sie bereit sind dafür hingerichtet zu werden. Aber für die Anerkennung der Gefährlichkeit nicht eines Individuums, sondern einer Identität scheint mir ein solches Unterfangen – mit Verlaub – recht bescheuert. Geht es denn darum, das in einer Gesellschaft präsenste Bild einer Identität zu verändern (und was würden beispielsweise liberale Feminist*innen dazu sagen, wenn dieses Unterfangen erfolgreich wäre und FLINT* Personen fortan als „Terrorist*innen“ gelten würden) oder geht es nicht vielmehr darum, jede Vorstellung von Identität und die Gesellschaft selbst – zumindest so wie sie heute existiert – zu zerstören?

Die*der anonyme Angreifer*in widersetzt sich in dieser Hinsicht trotz der dämlichen gesellschaftlichen Projektionen – warum ihnen auch irgendeinen Wert beimessen? – jeglicher Identität. „Die anonyme Aktion hat keinen Besitzer, keinen Meister, gehört niemandem. Das heißt sie gehört allen denen, die sie teilen. Als Schatten unter Schatten sind wir alle gleich. Niemand ist vorne um zu führen, niemand ist hinten um zu folgen.“ [3] Niemand blendete den Zyklopen Polyphem und doch scheitert die List des Odysseus [4] an seiner Eitelkeit: Als er glaubt entkommen zu sein, gibt er sich Polyphem doch noch zu erkennen: „Ich, Odysseus war es, der euch blendete“. Und so kommt es, dass Polyphem seinem Vater Poseidon nun Odysseus Namen enthüllen kann, der diesen und seine Gefährt*innen auf eine zehnjährige Irrfahrt schickt, die außer Odysseus keine*r überlebt [5].

„Warum könnt ihr uns nicht ertragen?“, fragt ihr und ich gebe diese Frage zurück: Warum

könnt ihr es nicht ertragen, euch in den Nebel der Anonymität zu kleiden? Das soll eine Pathologisierung „starke[r] Frauenfiguren“ sein? „In der Finsternis jedoch gibt es keine Namen, keine Identität, es gibt nur eine heterogene Bewegung, kochend wie Magma, fragmentarisch, wild. Niemand befiehlt, niemand gehorcht. Akte wie Worte haben Wert wegen ihrem Sinn, wegen ihrem Inhalt, wegen ihren Konsequenzen. Nicht wegen dem Ruf ihrer Autoren.“ [6]

Der große ganze Zusammenhang in einem Communiqué

„Für uns ist zentral, Aktionen zu wählen, die wir richtig, machbar und effektiv finden – denn Militanz bedeutet auch Verantwortung für sorgfältige Arbeit, gerade, weil es danach keinen Dialog geben kann. Dafür betreiben wir ausführliche Recherchen und wollen unser Wissen teilen – auch, wenn lange Hintergrundtexte sicher höherschwelliger sind und nicht von allen (zu Ende) gelesen werden. [...] Die Vorstellung, (bestimmte) Aktionen und politische Gegner*innenschaften seien sowieso selbsterklärend, halten wir [...] für eine Position Erfahrener und Älterer in der „Szene“, die hierarchiebildend wirkt: Wenn als selbstverständlich dargestellt wird, warum etwas auf eine bestimmte Weise getan, warum die*derjenige nicht gemocht wird, kann das nur noch schwer er- oder hinterfragt werden.“

Warum wähle ich den Angriff? Weil ich es leid bin, das „Richtige“ zu tun, weil ich es leid bin, „Verantwortung“ zu übernehmen, weil ich es leid bin, Rechenschaft für mein Handeln vor irgendjemandem (außer vielleicht mir selbst – aber einem Selbst frei von jeglicher Moral) abzulegen, weil ich es leid bin, „politisch“ zu handeln. Ich weiß, mensch kann diese Begriffe für sich selbst anders definieren und es ist mir weder daran gelegen, eure Definition dieser Begriffe pauschal mit der allgemein anerkannten Definition dieser gleichzusetzen, noch daran, an dieser Stelle eine weitere Nebendebatte dazu aufzumachen, und doch bin ich überzeugt, dass diese Begrifflichkeiten und die damit transportierten Konzepte den Ursprung unserer unterschiedlichen Vorstellungen bilden. Ist ein Angriff selbsterklärend? Muss er das in jedem Sinne, gerade im politischen, sein? Ja und Nein. Ja, ich halte jeden Angriff, der mit der Logik dieser Gesellschaft

bricht für selbsterklärend und Nein, ich finde nicht, dass mensch politische Gegner*innenschaften nachvollziehbar finden muss, um einen Angriff zu verstehen. Abgesehen davon glaube ich, dass diese das in der Regel für die meisten Leute, die bereit sind, genau hinzusehen, sind. Wo immer Aufstände oder Riots ausbrechen, passiert in der Regel ungefähr das Gleiche: Bullen werden angegriffen und Barrikaden werden errichtet, Läden werden geplündert, Banken verwüstet, Regierungsgebäude angegriffen, Kameras gesmasht, wenn irgendwie möglich Telekommunikation unterbrochen, Medienhäuser gestürmt, Knäste zerstört und Gefangene befreit, usw., ferner werden manchmal Kirchen niedergebrannt, Armenviertel zerstört (damit es keinen Ort gibt, an den mensch zurückkehren kann), die Industrie lahmgelegt, das Energieversorgungsnetz zerstört, u.v.m. Kurz: Den Menschen ist recht klar, wer und was sie unterdrückt, das muss einer*einem kein Marx sagen, kein Engels, Lenin, Mao, Castro, Che Guevara, Nelson Mandela und auch kein*e Anarchist*in.

Und auch als (vorrangige) Feminist*innen werdet ihr in dieser Aufzählung zentrale patriarchale Institutionen finden, die ihr den Menschen nicht besser benennen könntet. Dabei gehen die allermeisten Aufstände und Riots mitnichten von irgendwechen politischen Akteur*innen aus. Die meisten Aufstände sind vielmehr apolitisch, in sich unvereinbar und ersterben in dem Moment, in dem sie neue Anführer*innen (Politiker*innen) hervorbringen, die im Namen der Menschen zu sprechen beanspruchen.

Was hat dies nun mit militanten „Aktionen“ bzw. apolitischen Angriffen zu tun? Ziele dieser Angriffe sind (in der Regel) ganz ähnliche Institutionen, wie diejenigen, die auch während Aufständen angegriffen werden. Wenn es nun aber gar keine politischen Akteur*innen sind, die Aufstände auslösen, woher kommt dann die Arroganz so vieler Militanter, ihre Angriffe für besonders außergewöhnlich und erklärungsbedürftig zu halten? Und umgekehrt gefragt: Wenn ihre Angriffe tatsächlich erklärungsbedürftig wären, weil auch während eines Aufstands niemand – und zwar diesmal im Sinne von keine*r – auf die Idee kommt, diese zu verüben, inwiefern macht es dann überhaupt Sinn diese zu erklären? Entweder handelt es sich bei diesen dann

um Angriffe, die aus einer recht individuellen Motivation heraus stattfinden, oder aber die dem Angriff vorangehende Analyse, die versucht, diesen in einen sozialen Kontext einzubetten, ist gescheitert, weil sich mit dem Angriff herausstellt, dass es diesen sozialen Kontext nie gegeben hat.

Aber es stimmt ja auch gar nicht, dass nicht in hunderten und tausenden anarchistischen (und anderen militanten – wobei dort ja besonders häufig nur in Communiqués zu den Angriffen) Schriften, wie Zeitungen, Magazinen, Flyern, Plakaten, Büchern, Radiosendungen, ja manchmal sogar Filmen grundsätzlich erklärt werden würde, warum sich Individuen für den Angriff entscheiden, was die zugrundeliegende Analyse ist und sogar welche Strategien hinter diesen Angriffen stehen. Ferner gibt es eine Fülle von Anleitungen, wie bestimmte Angriffe durchgeführt werden können, Auflistungen von Akteur*innen, die irgendwer für angreifenswert hält (aber es oft nicht selbst tun will), und nicht zuletzt weltweite Berichterstattungen über stattgefundene Angriffe auf anarchistischen Blogs, in anarchistischen Zeitungen und sogar in „sozialen Medien“. Wie jämmerlich und erbärmlich ist da ein zwei/drei, höchstens einmal zehnteiliges Communiqué, das einen einzelnen Angriff in hübsche oder weniger hübsche Worte kleidet, ihn in einen Gesamtkontext stellen und nebenbei noch „ausführliche Recherchen“ und „Wissen teilen“ will, im Vergleich zu den hunderttausenden Seiten der Analyse, Recherche und Wissen dieser Publikationen, die sich nicht nur auf einen einzelnen Angriff beziehen, sondern auf alle, sowohl die publik gewordenen, als auch die stillen, sowohl die materiellen Angriffe, als auch die immateriellen Angriffe, die zum Beispiel Herrschaftsbeziehungen in den eigenen Denkmustern angreifen.

Wie ineffizient ist es, ein seitenlanges Communiqué zu jedem Angriff zu schreiben, im Vergleich zu einem allgemeinen Text mit einer Analyse, einer Anleitung oder einer Recherche, der über das äußerst kurzlebige Spektakel des Angriffs selbst seine Relevanz behält? Oder wer keine Lust hat, selbst etwas zu schreiben, die*der kann sich hier auch genauso gut einen der tausenden existierenden Texte aneignen, mehrere zu einem neuen Text collagieren oder seine*ihre Ideen auf andere Art und Weise verbreiten. Und wo bleibt da

der Angriff? Der spiegelt sich in all diesen Texten ebenso wider, unabhängig davon, wie gewandt eine*r ist, diesen mit klugen Worten zu bewerben.

Die Propaganda der Tat und die „patriarchale Vorstellung, alles was zählt, ist die Aktion“

Die „Aktion“ ist für mich so ziemlich das Letzte was zählt, dafür jedoch die „Tat“ oder meinetwegen auch „Handlung“ umso mehr. Während eine „Aktion“ zumindest in dem Sinne, in dem dieser Begriff derzeit innerhalb einer „radikalen Linken“ gebraucht wird, für mich die absolut politisierteste, symbolischste und unalltäglichsste Handlung überhaupt darstellt, kurz, eine von mir selbst und meinen Ideen entfremdete Vorstellung des Handelns, das mir dazu dient, in all der übrigen Zeit, in der ich gerade keine „Aktion“ durchführe oder wenigstens plane, die Verwirklichung meiner Ideen unter Mottos wie „es gibt kein richtiges Leben im Falschen“, oder „der Kapitalismus/ das Patriarchat zwingt uns eben, bei der Verwirklichung unserer Ideen Kompromisse einzugehen“, oder „nach der Revolution ...“ guten Gewissens beiseitezuschieben. Die „Tat“ oder „Handlung“ dagegen ist nicht politisch. Sie ist untrennbar mit meinen Emotionen, meinen Fehlern, meinem Scheitern und meinem Spaß verbunden. Sie entspringt dem individuellen Verlangen nicht (länger) auf eine Revolution zu warten, nur um dann vermutlich alle auf sie gesetzten Hoffnungen getrübt zu sehen, sondern hier und jetzt zur Tat zu schreiten und meine Ideen zu verwirklichen und alles, was mich in dieser Verwirklichung einschränkt auf kompromisslose Art und Weise anzugreifen.

Ob ich stehlen gehe um etwas zu essen zu haben oder um meine Miete zu zahlen, ob ich meiner Wut Luft mache, indem ich einen Bagger, einen Mobilfunkmast, einen Stromverteilerkasten, einen Amazon-Locker oder einfach nur das nächstgelegene (Bonzen-)Auto abfackle, ob ich meine*n Chef*in verprügle, weil ich das ewige herumkommandiert werden nicht mehr ertrage, ob ich eine*n Freund*in im Knast besuche, ob ich mich bei einer anderen Person dafür entschuldige, sie verletzt zu haben, ob ich eine*n Bull*in, die*der gerade eine andere Person kontrolliert zusammenschlägt oder ob ich für ein (gem)einsames Abendessen koche. All das sind Taten,

all diese Taten spiegeln meine Ideen wider, wengleich das nicht bedeutet, dass dies kein widersprüchliches Leben wäre, in all diesen Taten kann ich scheitern, bei all diesen Taten werde ich mehr oder weniger Spaß empfinden und zu keiner dieser Taten werde ich irgendwelche Erklärungen abgeben.

Eine „Aktion“ dagegen, scheint erst durch die Abgabe einer Erklärung, warum mensch diese für richtig hält und warum mensch sich dafür entschieden hat, diese in die Tat umzusetzen zu einer solchen zu werden. Und weil es eben lächerlich ist, Erklärungen der Art „Heute habe ich Nudeln mit Tomatensoße gekocht, weil das in mir schlummernde revolutionäre Subjekt etwas zu essen brauchte und ich mich aber nicht getraut habe, einfach im Restaurant nebenan die Zeche zu prellen. Ich finde diese Aktion richtig, weil ich sonst früher oder später verhungern würde und wenn ich verhungere dient dies der Revolution nicht so sehr, wie wenn ich nun eben diese Aktion mache, um auch in Zukunft Aktionen mit mehr ‚revolutionärem Gehalt‘ machen zu können.“ abzugeben, muss sich der Begriff der „Aktion“ eben auf ganz bestimmte militante oder wenigstens scheinbar militante, bzw. massenhafte oder wenigstens scheinbar massenhafte bzw. spektakuläre oder wenigstens spektakulär inszenierte Formen des Handelns beschränken.

Und so ist es kaum verwunderlich, dass der Begriff der „Aktion“ bloß Raum für immer waghalsigere, spektakulärere und vor allem erfolgreichere „Aktionen“ lassen kann, da jeder Versuch, diesen Begriff auszuweiten, um beispielsweise persönliche, individuelle und ja an sich häufig für das handelnde Individuum weitaus folgenreichere Taten, als so manch eine Spektakuläre, lächerlich erscheinen lassen muss. Zum Beispiel sei hier ein auf Barrikade.info veröffentlichtes Bekenntnis erwähnt, bei dem vier „Menschen mit Vulva“ claimen, öffentlich auf die „Dreirosenbrücke in Basel gepinkelt“ zu haben und (wie) zum Beweis, dass sie dieses Spektakel auch wirklich nicht erfunden haben, gar noch ein Bild mit vier deutlich erkennbaren Urinspuren veröffentlichten.

„Wir wollen so für uns und unsere FLINT*-Geschwister einen Raum reclaimen, der durch eine Präsenz von cis-männlichen Menschen besetzt ist,“ [7] schreiben sie und geben

damit ihre als Tat selbst keineswegs zu beanstandende oder überhaupt zu bewertende Handlung in Form einer „Aktion“ der Lächerlichkeit (weil sie sich besonders wichtig nimmt; weil sie nach Legitimation lechzt; weil sie die Individualität einer Handlung zugunsten irgendeines – nur scheinbar – allgemeinen Bewertungsmaßstabs aufgibt) preis (wobei das Ganze natürlich auch einfach als Witz verstanden werden könnte).

Und das ist jetzt nur ein Beispiel. Ich hätte hier ebensogut ein Communiqué zu einem Bankraub anführen können, hatte aber gerade keines zur Hand.

Ob die Vorstellung einer „Aktion“ (bzw. dem ihr irgendwo inhärenten „alles was zählt ist die Aktion“) nun patriarchal ist oder nicht, das will ich nicht bewerten, auch wenn mensch sich bei dem Selbstbewusstsein, mit dem sich manchmal selbst zu den lächerlichsten und für viele nur allzu alltägliche bzw. individuelle und apolitische Handlungen mit großen Worten und der Bemühung einer Menge „Theorie“ bekannt wird, vielleicht schon fragen muss, inwiefern das auf eine in der Regel als „männliche Sozialisation“ referenzierte, patriarchale Verhaltensweise verweist. Aber ich denke auch hier ist ein Communiqué, das sich um wenige weitere Aspekte in der Vor- und Nachbereitung einer Aktion, sowie die Emotionen der Handelnden bemüht, nicht die einzig denkbare Form, sich solchen Themen zu widmen.

Eine Organisation auf „dauerhafter Basis“ oder eine kurzlebige, informelle Organisation, die „mit dem nächsten Lebensabschnitt“ ihrer Mitglieder [zerfällt]?

Ist es erforderlich, „Reflexionen, Entwicklungen, Umdenken und Fehler“ über einzelne Aktionen hinaus sichtbar zu machen und wie kann das funktionieren? Die FAZ haben für sich die Antwort gefunden, eine auf lange Zeit angelegte Organisationsstruktur zu schaffen, deren Ziel es ist, militante „Aktionen“ langfristig zu ermöglichen. Das „bedeutet [...] viel Arbeit unter hohen Sicherheitsstandards und Risiken“ und ist in der Vergangenheit dennoch häufig schief gegangen, etwa weil Observationen irgendwann doch einmal zum falschen Zeitpunkt am falschen Ort stattgefunden haben, weil sich Fehler und Nachlässigkeiten eingeschlichen haben, usw. Aber

das muss jede*r, der*die sich auf diese Art organisieren will für sich wissen. Was ich nicht so recht verstehe ist die Langlebigkeit und Statik einer solchen Organisation. Ich empfinde es als bedrückend mich für alle Ewigkeit (oder auch nur einige Jahre) einer Organisation zu verschreiben, auch wenn natürlich immer klar ist, dass ich diese „Mitgliedschaft“ theoretisch jederzeit aufkündigen kann und natürlich auch werde, wenn mir das Ganze nicht mehr taugt. Aber wenn dies so ist, warum dann überhaupt eine solche Organisation gründen und aufbauen, die darauf ausgelegt sein soll, Jahre und Jahrzehnte zu bestehen, ohne dass mit ihr ein konkretes Projekt verbunden ist? Und wenn dies nicht so wäre? Herrje, dann dürfte ich mich nicht mehr Anarchist*in nennen!

Aber was meine ich mit einem konkreten Projekt? Auf jeden Fall nicht „Militanz“ zum Selbstzweck. Um militante Angriffe zu verüben benötige ich ja keine Organisation per se. Alle mir bekannten Angriffe der FAZ – das muss ja aber nicht der Weißheit letzter Schluss sein – lassen sich zu zweit, zu dritt oder gar alleine bewerkstelligen. Das dafür notwendige „Wissen“, etwa wie mensch Spuren vermeidet oder wie mensch ein Fahrzeug in Brand setzt, findet sich in leicht beschaffbaren Publikationen, wie beispielsweise der PRISMA [8] und ähnlichen Anleitungsheftchen, sowie gelegentlich in periodischen Publikationen aufständischer Anarchist*innen und militanter Autonomer. Sicher, es gibt eine Menge unveröffentlichter Tricks für verschiedenste Dinge, aber wer Lust hat, findet auch beim experimentieren schnell heraus, wie mensch die Dinge noch ein wenig optimieren kann.

Wer sich tiefer in die Materie einarbeiten möchte, findet auch zahlreiche Publikationen dazu, wie die Cops arbeiten [9], was meines Erachtens nach enorm dabei hilft, Spuren zu vermeiden, aber oft auch ein wenig paranoid machen kann. Jedenfalls erscheint mir eine Organisation, die ihre Mitglieder dazu befähigen soll, militante Angriffe durchzuführen, nicht besonders sinnvoll bzw. notwendig. Mit einem konkreten Projekt meine ich vielmehr, den Kampf gegen zum Beispiel den Bau eines Gefängnisses. Eine informelle Organisation dazu (einen Namen würde ich dieser trotzdem nicht geben) macht dann solange Sinn, bis entweder der Bau dieses Knasts gestoppt

wurde oder mensch keine Perspektive mehr in diesem Projekt sieht.

Hinsichtlich einer solchen Projektualität kann es meiner Meinung nach Sinn machen, Erfahrungen, (eigene) Entwicklungen, usw. zu teilen [10]. Aber welchen Sinn soll es machen, die Erfahrungen eines Kampfes gegen den Bau eines Gefängnisses gemeinsam mit denen eines Kampfes gegen eine Gaspipeline oder einer Stromtrasse, etc. zu dokumentieren? Nach außen scheint mir das keinen Sinn zu ergeben und nach innen – so denn die Beteiligten an den Kämpfen tatsächlich die Gleichen sind –, erfordert dies ja auch keine feste Organisation.

Ähnlich verhält es sich meiner Meinung nach mit dem Austausch zu bestimmten militanten Techniken und Taktiken. Wer hier Erfahrungen weitergeben will kann dies ja tun und wer das öffentlich tun will, ist vielleicht ohnehin besser beraten eine Art zweite PRISMA herauszugeben. Ich jedenfalls finde den Zerfall von Organisationen, wenn ihr Zweck überholt oder erfüllt ist, oder die einzelnen „Mitglieder“ einfach nicht mehr die gleichen Ideen teilen, einen fruchtbaren Prozess, in dem lähmende Strukturen und festgefahrene Muster, die oft mit der Zeit entstehen immer wieder aufgebrochen werden. Eine andere Form der Organisation kann zumindest ich mir sicher nicht vorstellen.

Anmerkungen

[1] Um nur ein Beispiel zu geben: „Erst in der Trennungsphase begriffen wir, daß nicht nur ‚unsere‘ patriarchal denkenden und handelnden Männer in ihrer Unfähigkeit und Borniertheit eine fruchtbare Zusammenarbeit verhinderten, sondern daß autonome FrauenLesbenorganisation für uns hier und heute – auch im militanten Kampf – eine grundsätzliche politische Notwendigkeit ist. Gemeinsame Organisation mit Männern bindet nicht nur unsere Energien in der ständigen Auseinandersetzung um die Behauptung von FrauenLesbenpositionen, sondern sie bindet uns auch in von Männern gesetzte Diskussionsprozesse ein, bringt uns immer wieder auf das Gleis der Orientierung an männlichen Normen, die wir selbst oft tief verinnerlicht haben. Sie blockiert uns damit in unserem Denken und unserer Entwicklung und steht der Herausbildung einer revolutionär-feministischen Perspektive ständig im Wege.“ Aus Mili's Tanz auf dem Eis.

[2] Weil die Gerichte ihre Beteiligung an einer Verschwörung zur Ermordung des japanischen Kaisers nicht ernst nahmen (und zum Teil wohl auch ihre männlichen Gefährt*innen nicht), drohte Kaneko Fu-

heim bei München besucht. Der „Stützpunktleiter“ Karl-Heinz Statzberger wohnte zeitweise dort und auch sonst wird das Grundstück für Naziveranstaltungen genutzt. Aus einer lauten Sponti wird der Rückzugsraum der Faschos mit Farbe markiert und die Nachbarschaft informiert. 07.10.: In Berlin Lichtenberg wird ein Gebäude der Direktion Einsatz in der Sewanstraße in Berlin-Lichtenberg attackiert. Die Türen und Tore wurden von außen verschlossen, Fenster mit Steinen und Farbgläsern eingeworfen, ein Auto unbrauchbar gemacht und die privaten Motorräder der Bullen umgekippt. In Verbundenheit mit der Liebig34. 07.10.: In Tübingen wird das Büro von „Haus und Grund“, ein Lobbyverein für Wohnungseigentümer*innen, die Profite mit Wohnraum machen, besucht. Die Schlösser werden verklebt, „Liebig bleibt“ auf die Wand gesprüht und der Rest der Dose über Fenstern und Tür entleert. 07.10.: In Leipzig Plagwitz brennt ein Porsche komplett aus, bei einem Bagger in Connewitz bleibt es bei einem Brandfleck auf dem Sitz. 08.10.: Bei Pödelwitz gehen Kabel der Trafostation des Kohletagebaus Vereinigtes Schleenhain in Flammen auf. In Folge dessen gehen die Lichter in der Grube aus und alles steht still. 08.10. Auf dem ehemaligen SabotGarden Gelände in Berlin wird ein Feuer auf Fernheizungsrohren entfacht. In Solidarität mit der Liebig34. 08.10.: In Berlin werden Autos mehrere Karren von Vonovia, Degewo und Bonava angezündet oder anderweitig beschädigt. 09.10. In der Nacht zu Freitag brennt ein Mercedes in Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf. Der Besitzer arbeitet für eine Immobilienfirma. 09.10.: In Lichtenberg brennt ein Audi S7. In Friedrichshain wird ein Range Rover der Bundespolizei geplättet. 09.10.: Während der Räumung der Liebig34 gibt es eine Sponti im Südkiez. Mülltonnen brennen, Autos werden eingehauen. 09.10.: In unmittelbarer Nähe der Liebig werden zwei Autos von Immobilienfirmen geplättet und mit „L34“ bemalt. 09.10.: Einige Hauptverkehrsstraßen werden mit brennenden Barrikaden blockiert. 09.10.: Am Abend geht bei einer Scherben demo durch Berlin Mitte einiges zu Bruch, Autos gehen in Flammen auf. 09.10.: Später werden in einer Gated Community in Friedrichshain Autos zerkloppt. 09.10.: In Charlottenburg wird das Haus eines Padoviz Funktionärs mit einem Farblöcher angegriffen. 09.10.: In Neukölln gibt es Farbe und Steine gegen ein Büro der Deutsche Wohnen. 10.10.: In Wuppertal wird ein Auto der Firma Dussmann geplättet und der Inneraum zum stinken gebracht. In Solidarität mit der Liebig34. 10.10.: Im Dannenröder Wald wird eine besetzte Bullenkarre mit Farbe und Steinen angegriffen. 10.10.: In Lübeck wird eine Bullen-

wache mit Farbe beschmissen. Aus Wut über die Räumung der Liebig34. 10.10.: In Berlin wird der Start-up-Standort Spindlershof am Spittelmarkt voller Wut über die Räumung der Liebig34 mit Farbe und Steinen angegriffen. 11.10.: In Wuppertal werden Autos von der Deutschen Bahn und ThyssenKrupp beschädigt, beschmiert und tiefergelegt. Liebig34 lebt! 11.10.: In Berlin steigt die Summe des Sachschadens: Diverse Autos brennen ab oder werden anderweitig beschädigt. 11.10.: In Chemnitz wird der Thor Steinar Laden auf der Mühlenstraße 102 mit Farbe angegriffen. 12.10.: In Leipzig wird der Transporter einer Immobilienfirma geplättet und mit weißer Farbe besprüht. 13.10.: In Berlin gibt's Rache für die L34-Räumung: Scheiben kaputt bei der Deutschen Bank in Reinickendorf. 14.10.: In Hamburg Hamm wird die Fassade einer Naziwohnung mit Farbe markiert: Die Quittung für das Hissen von Reichsfahne und Südstaatenflagge. 14.10.: In Leipzig wird ein Vonovia-Büro mit Farbe verschönert. Soligrüße für die Liebig34. 15.10.: Aus Wut über die L34-Räumung werden beim Luxusbau „The Fizz“ in Hamburg die Scheiben eingeschlagen. Zwei Luxusautos werden ebenfalls entglast. 15.10.: In Berlin Moabit brennt ein mobiler Autokran – Sachschaden drei Millionen Euro. 15.10.: In Dresden wird in Solidarität mit der Liebig34 der Sitz von Castello Immobilien mit Farbe angegriffen. 17.10.: In Berlin brennt in der Rummelsburger Bucht ein Mercedes, als Vergeltung für die Räumung der Liebig34. 20.10.: In Berlin Lichtenberg wird das Hotel Victoria beschädigt und besprüht. Die Betreiberin Tatjana Gerlitz stellt der AfD Räumlichkeit für einen Landesparteitag zu Verfügung. 23.10.: In Berlin wird ein Thor Steinar Laden mit Farbe, Bitumen und Steinen angegriffen. 23.10.: Bei der Investorengruppe Streletski in Berlin wird die Fassade des Firmensitzes verschönert, die Scheiben werden eingeschlagen. 26.10.: In München wird ein Immobilienbüro mit Farbkugeln angegriffen. 27.10.: In Bremen wird vor einer besetzten Bullenwache ein Streifenwagen angezündet. Solidarische Grüße gehen an die Liebig34, die 3 von der Parkbank und die Rosarote Zora. 28.10.: In Berlin fliegen Steine gegen die Hochschule für Wirtschaft und Recht. Dort werden führende Polizeibeamte ausgebildet. 28.10.: In Freiburg werden in Solidarität mit der Liebig34 ein Auto der Deutschen Bahn und eine Vonovia Firmenwagen abgebrannt. 28.10.: In Fürth gibt es Farbe und Bitumen gegen die CSU Parteizentrale. 29.10.: In Dresden brennen drei Vonovia Karren. Der Brand ist der Liebig34 und der Schanzi gewidmet. 29.10.: In Leipzig brennt ein SUV. In Solidarität mit Liebig34, Schanzi, Habersaathstraße, Danni und dem Pikpa-Camp.

miko vor Gericht (1925/1926) damit, dass sie den Kaiser ermorden würde, wenn das Gericht sie freilassen würde. Siehe auch „Because I Wanted To. Kaneko Fumiko on nihilism and why she wanted to kill the Emperor of Japan“ und Kaneko Fumiko „The prison memoirs of a Japanese woman„.

[3] Aus „Namenlos. Beiträge zu einer anarchistischen Diskussion über Anonymität und Angriff„ erschienen bei Edition Irreversibel, S. 21. Kursivierungen von mir ergänzt.

[4] Als der „Kriegsheld“ Odysseus auf seinem Heimweg auf einer Insel landet und dort mit seinen Gefährten von einem Zyklopen gefangen gehalten wird, stellt er sich mit „Niemand“ vor. Nachdem Odysseus später den Zyklopen Polyphem geblendet hat, um ihm zu entkommen und dieser bei seinen Zyklopfreund*innen um Hilfe bittet, erweist sich dieses Wortspiel als hilfreich, da die Zyklophen Polyphem nicht zu Hilfe eilen, als er ihnen auf die Frage, wer ihn geblendet habe, antwortet: Niemand.

[5] Diese mythologische Analogie ist ebenfalls der Broschüre Namenlos entlehnt.

[6] Namenlos, S. 22 f.

[7] Vgl. <https://barrikade.info/article/3468>

[8] Zu finden beispielsweise auf der Webseite <https://militanz.noblogs.org> (Ich empfehle, auf diese Seite nur mit TOR zuzugreifen!)

[9] Konkret würde ich für den Einstieg „Maßnahmen gegen Observation“ und die Bullenpublikation „Kriminaltechnik Expertise“ empfehlen (ACHTUNG: Links verweisen beide auf militanz.noblogs.org. Ich empfehle die Verwendung von TOR).

[10] Ein Beispiel für soetwas ist die Broschüre bzw. das Buch Stein für Stein, die den Kampf gegen den Bau eines Gefängnisses in Belgien dokumentiert und reflektiert.

„Bei uns hieß er Jan Pietsch!“

10 Jahre Verfassungsschutz-Spitzel gegen die linke Szene in Wuppertal und Solingen. Einladung zu einer Kampagne bis zur Auflösung des Verfassungsschutzes

Liebe Freund*innen und Genoss*innen, wir haben euch im Juni 2020 mitteilen müssen, dass Jan (Johannes) Pietsch als V-Mann des Verfassungsschutzes von Juni 1989 an bis Ende Januar 1999 auf unsere Strukturen in Wuppertal und seit dem Solinger Brandanschlag vom 29. Mai 1993 auch auf die linken Strukturen in Solingen angesetzt war. Er hat für den VS-NRW und den Wuppertaler Staatsschutz spioniert. Er hat sich 10 Jahre lang in zahlreiche politische Strukturen, persönliche Beziehungen und sogar in Familien eingeschlichen und die persönlichsten Lebensgeschichten der politisch engagierten Menschen in unserer Region in zahllosen Einzelfällen an den VS verraten. Mit wechselnden Aufträgen hat er uns als Spitzel im Auftrag des Staates willkürlich ausgekundschaftet und beschlichen, behorcht und belauert, beschattet und beschissen.

Unsere komplette Erklärung findet ihr unter: <http://antifacafewuppertal.blogspot.eu/archives/1427>

Wir sind sehr nachtragend...

Diesen Angriff auf uns und unsere Strukturen wollen wir auch nach über 20 Jahren nicht unbeantwortet lassen.

Zum einen, weil die Verantwortlichen des Geheimdienstesinsatzes gegen uns, bisher ungestört ihre staatliche Pensionsleistungen verzehren. Zum anderen haben die Geheimdienstoperationen gegen die linke Szene nie aufgehört. Gleiches gilt für die Operationen des VS zum Schutze von Nazistrukturen. Wir werden die verhängnisvolle Rolle von VS-Spitzel Bernd Schmitt im Zusammenhang mit dem Solinger Brandanschlag nie vergessen. Genauso wenig wie die zahllosen V-Männer, die das Umfeld des NSU erfolgreich infiltriert hatten, aber keinen der Morde verhindert haben.

Wir laden daher zu einer gemeinsamen Kampagne gegen den Verfassungsschutz ein. Ein Kristallisationspunkt soll dabei der 29. Mai

2021, der 27. Jahrestag des Solinger Brandanschlags sein. Wir möchten Euch in den nächsten Monaten auf eine Zeitreise in die 90iger Jahre mitnehmen. Wir werden uns die vom VS infiltrierte und geförderte Nazistruktur wie die NF und Hak Pao, aber auch die zahlreichen Opfer rechter Gewalt der Neunziger nochmal genauer anschauen.

Wir wollen bis zum 29. Mai 2021 die beiden Themen: Verfassungsschutz gegen die linke Szene und Verfassungsschutz als Unterstützer von Nazistrukturen bearbeiten und in einer gemeinsamen „Kampagne bis zur Auflösung des Verfassungsschutzes“ bündeln.

Zum einen wollen wir auf Veranstaltungen, in Filmen und Podcasts berichten, was uns in den 90igern mit dem VS-Spitzel Jan Pietsch passiert ist und diskutieren, wie wir mit solchen Infiltrationen in der Zukunft umgehen können. Wir möchten Erfahrungen aus anderen Städten hören und in eine lebendige Diskussion kommen.

Zum anderen ist die Unterwanderung und Unterstützung der Nazistrukturen durch VS und Staatsschutz heute nicht ungefährlicher geworden. Die Berichte über „Einzelfälle“ reißen nicht ab. Schon lange müssen wir von Nazi-Strukturen auch in den Sicherheitsorganen ausgehen.

Wir laden daher dazu ein, in den nächsten Monaten den politischen Druck auf die Geheimdienste und ihre (polizeilichen) Unterstützer und gleichzeitig den Kontakt zu den Betroffenen faschistischer Gewalt zu suchen und die Solidarität zu verstärken. Gestartet sind wir am 13. November 2020 mit einem Gedenkkundgebung für Karl-Hans Rohn, der vor 28 Jahren in Wuppertal von Nazis, die in der Nationalistischen Front (NF) organisiert waren, brutal zusammengeschlagen und mit Schnaps angezündet wurde. Karl Hans Rohn starb nur wenig später beim Transport nach Venlo, wo die Mörder seine Leiche aus dem Auto warfen.

Am 27. Dezember 2020 möchten wir vor dem Neusser Amtsgericht an den Duisburger Sahin Calisir erinnern. Am 27. Dezember 1992 hatten der Solinger Nazi-Hooligan Klaus Evertz und Lars Schoof von Hak Pao mit ihrem Auto auf der A 57 „Jagd auf Ausländer“ gemacht. Sie versuchten ein Auto mit türkischen Menschen zu rammen. Der Fahrer Sahin Calisir sprang in Panik aus dem Auto und wurde von einem nachfolgenden Auto überfahren und getötet. Der Fahrer Evertz, bereits als rechter

Hooligan einschlägig vorbestraft, erhielt nur 15 Monate Haft.

Wir planen zudem eine Reihe von Veranstaltungen und politischen Initiativen bei den direkt Verantwortlichen. Z.B. bereiten für den 27. Jahrestag des Solinger Brandanschlags eine Tagung, eine Gedenkveranstaltung in Solingen und einen anschließenden Autokorso vor, der uns Betroffene des Verrats von der Haustür von Jan Pietsch zu den Häusern der Staatsschützer Udo Stürmer und Hans-Peter Meinecke, vor das Haus des V-Mann-Führers „Hans“ und zu den Häusern des VS-Leiters Fritz-Achim Baumann und des Innenministers Herbert Schnoor führen wird.

**Die Wahrheit wird uns nicht davon laufen!
Nichts und Niemand ist vergessen!**

*Autonome Antifaschist*innen aus den
Neunzigern - Herbst 2020 im Bergischen Land*

Für weitere Informationen und zur Kontaktaufnahme steht folgende E-Mail-Adresse zur Verfügung:

carolinagross@riseup.net

Subversiv & unkontrollierbar

Für einen offensiven Start in das Jahr 2021!

Dokumentation:

Wir rufen auf zu Angriffen auf den Staat, seine Repressionsorgane und Institutionen der Justiz. Wir sagen Knastprofiteur*innen, Ausländerbehörden und privaten Sicherheitsdiensten den Kampf an. Wir wollen die ständigen Angriffe auf uns und unsere Ideen von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nicht unbeantwortet lassen. Wir wollen die herrschende Ordnung zerstören!

Überall auf der Welt knallts! Schauen wir nach Chile, sehen wir brennende Barrikaden und fliegende Steine, aber natürlich auch selbstorganisierte Küchen, Versammlungen und Selbstverwaltung.

Lesen wir Berichte über Hong-Kong, erfahren wir von Auseinandersetzungen auf der Straße gegen das Militär und gegen die Auslieferung vermeintlicher Dissident*innen, aber auch von kollektiver Aushandlung darüber, wie man sich am besten gegen den allgegenwärtigen technologischen Zugriff schützt. Hören wir aus den USA wie Polizeiwachen angegriffen und Straßen verbarrikadiert werden, dann hören wir auch „Black Lives Matter!“ und sehen wie Selbstschutz organisiert wird.

Wir sehen wie Menschen, die seit eh und je aufgrund ihrer Hautfarbe wie second class citizens behandelt werden, sich zusammen tun,

sich in ihren Nachbarschaften organisieren und Cops und white supremacists aus ihren Vierteln jagen. Der viel diskutierte Rechtsruck ist aus unserer Sicht allgegenwärtig spürbar. Die Angst vor dem sozialen und ökonomischen Abstieg, die durch die weltweite Corona-Krise verstärkt wird, macht Menschen noch anfälliger für die einfachen vermeintlich alternativen Antworten: Autorität, Rassismus, Kapitalismus, Egoismus, Sexismus, usw. Für uns ist klar: In so einer Welt können und wollen wir nicht leben.

Wir werden nicht warten bis die Lage irgendwann mal wieder besser wird. Wir organisie-

30.10.: In Schorndorf werden die Remstalstuben eingefärbt, der Wirt Rüdiger Unverdruss, der örtlichen AfD seine Räumlichkeiten immer wieder zur Verfügung stellt. 31.10.: In Berlin wird der „Cuvry-Campus“ in Kreuzberg mit Farbflaschen und Steinen beworfen. Eine plötzlich auftauchende Bullenkarre kriegt auch was ab. In Prenzlauer Berg wird ein Immobilien Büro mit Steinen beworfen. 31.10.: In Göttingen kriegen zwei Nazis auf die Nuss. 01. 11.: In Frankfurt am Main wird eine Amazon Abholstation angegriffen: L34 lebt! 02.11.: In Frankfurt wird ein Firmenauto des Rüstungskonzerns ThyssenKrupp entglast, zerstoßen und mit dem Slogan „Waffenexporte stoppen!“ besprüht. RiseUp4Rojava – Kriegsmaschinerie angreifen! 02.11.: In Dresden wird als Zeichen gegen Gentrifizierung eine „Castello“ Baustelle entglast. 03.11.: In Leipzig bekommt das Amtsgericht einen hübschen neuen schwarz-braunen Anstrich. 04.11.: In Leipzig brennt ein Transporter „Instone Real Estate“ angezündet: Sie bauen Wohnungen für die gut-situierte Mittel- bis Oberschicht und sind somit ein zentraler Baustein der Verdrängung in Leipzig. 04.11.: In Hamburg wird eine STRABAG Karre abgefackelt. Solidarität mit dem Danni und den 3 von der Parkbank. 04.11.: In Stuttgart wird die Firma Mateco angesprüht. Die Firma stellt Hebebühnen für die Räumung des Dann zu Verfügung. 04.11.: In Berlin wird anlässlich der Aktionswoche „Rise up against Fascism“ das ThyssenKrupp Büro in der Pohlstraße mit roter Farbe eingedeckt. 04.11.: In Hamburg wird der Firmenwagen des ehemaligen Brandgutachter im Parkbankprozess Sebastian „Armes Deutschland“ Herrgesell abgefackelt. 05.11.: In Hamburg wird ein Auto der Immobilienschweine „Gladigau“ in Altona abgefackelt. 05.11.: In Berlin brennen am Flughafen Tegel fünf Dienstwagen der Bundespolizei ab. Freiheit und Glück für die gefangenen Gefährt*innen! 07.11.: In Halle an der Saale wird das Café „Sonnendeck und Oberdeck“ entglast. Das Café dient als Treffpunkt für die Verschwörungstheoretikern von „Bewegung Halle“. 08.11.: In Berlin-Mitte werden Farbbeutel und Steine auf Häuser geworfen und Autoscheiben eingeschlagen. 08.11.: In Leipzig Connewitz wird das Polizeirevier angegriffen. Barrikaden Brennen und Bullen werden mit Steinen angegriffen. 09.11.: In Leipzig Plagwitz wird die Bullenwache mit einem „ACAB“ aus dem Bitumenlöscher verschönert. 10.11.: In Kassel wird das Haus der Burschenschaft Germania Kassel mit Bitumen und Buttersäure aufgewertet. 11.11.: In München bekommt das Büro der „Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände“ einen neuen Anstrich. 12.11.: In Jena gibt es eine Sponti: Freiheit für Lina! Die Bul-

ren uns in Gruppen, Kollektiven und Hausprojekten. Wir erkämpfen uns Freiräume, in denen wir Erfahrungen jenseits von Verwertungslogik sammeln können. Freiräume, die Schutz bieten gegenüber Repression und alltäglichen Diskriminierungen. Freiräume, in denen an einem solidarischen Umgang miteinander gearbeitet wird, die frei sind von Konsumzwang.

Wir sind die, die Nazis und Faschist*innen entschlossen entgegentreten. Wir sind die, die den Mund aufmachen, wenn Securities mal wieder Wohnungslose schikanieren. Wir sind die, die Menschen zu Behörden begleiten. Wir sind die, die Bullenautos anzünden. Wir sind die, die selbstverständlich Barschichten im Autonomen Zentrum der Stadt machen.

Wir sind die, die Veranstaltungen machen, um über Missstände in dieser Welt zu diskutieren. Wir sind die, die im Hambacher Forst oder Dannenröder Wald Baumhäuser bauen. Wir sind die, die mitten in der Nacht aufstehen und versuchen Abschiebungen zu verhindern. Wir sind die, die die Infrastruktur des Bundeswehr brennend interessiert. Wir sind die, die kochen und Kaffee&Kuchen bereit stellen, wenn andere sich auf Demos mit Bullen rumschlagen. Wir sind die, die Castortransporte verhindern wollen. Wir sind die, die im Soli-Kreis sitzen, wenn jemand im Knast landet. Wir sind die, die auf Demos Scheiben zertrümmern. Wir sind die, die...

Unsere Ideen von Freiheit und Solidarität werden angegriffen. Das ist nichts neues. Trotzdem sind wir wütend darauf, dass jeder Versuch ein selbstbestimmtes Leben zu führen, kriminalisiert oder zerschlagen wird. Im Großen sehen wir zum einen eine globale Krise, die mit Verteilungskämpfen um Ressourcen und Territorien einhergeht. Die über Absatzmärkte und Versklavung von Arbeitskräften strukturiert ist. Im Kleinen sehen wir einen Staat, der versucht, eine Ordnung aufrechtzuerhalten, die auf der Logik von Privateigentum basiert. Dieser Staat wird von vielen Seiten angegriffen.

Wir sehen keinerlei Möglichkeit in der Reformierung dieser Verhältnisse. Wir lehnen jeden Staat ab. Wir greifen seine Repräsentant*innen und Institutionen an. Wir brauchen keinen Staat, der Reiche schützt und Besitzlose

ausbeutet und auf die Straße setzt. Wir brauchen keine Staatsbüttel, die sich entweder selbst das Dritte Reich zurückwünschen oder Neonazis protegieren. Wir brauchen keinen Staat, der Unternehmen fördert, die hier und anderswo für die irreversible Zerstörung der Umwelt sorgen und damit Millionen Menschen die Lebensgrundlage entziehen.

Dieser Staat verfolgt uns und unsere Ideen. Dieser Staat und seine Bürokratie sind tödlich. Seine Sicherheits- und Ermittlungsbehörden haben sich verselbstständigt und werden weiter und weiter aufgerüstet. Das Verfolgungsinteresse ist enorm und vielfältig. Unsere Angriffe der letzten Jahre sind wichtig



und notwendig. Die Repression, der wir nun ins Auge blicken, kann als Antwort auf die erfolgreichen Proteste zum G20 in Hamburg 2017 interpretiert werden. Sicherlich juckt es deshalb dem einen Innenminister oder der anderen Staatsschützerin besonders in den Fingern.

Wir glauben, dass das repressive Handeln oder Nicht-Handeln der Herrschenden dadurch höchstens beflügelt wurde. Im Namen der Sicherheit wurden bereits vorher viele repressive Gesetze erlassen und Terrorlisten gedruckt. Blicken wir auf das Jahr 2020, dann fällt es nicht schwer unzählige Repressionsfälle aneinander zu reihen. Wir vergessen die zahllosen „Einzelfälle“ rechtsradikaler Aktivitäten in Sicherheits- und Ermittlungs-

behörden oder sonstigem Staatsdienst nicht. Wir vergessen nicht, dass Bullen Falschmeldungen propagieren, im Auftrag des Staates Menschen erschießen, geschützt von staatlicher Justiz lügen. Wir vergessen nicht die alltägliche Angriffe von Neonazis. 2020: In Leipzig wird das Verbot der Internetplattform linksunten.indymedia.org bekräftigt. 10 Menschen werden durch einen Neonazi in Hanau ermordet. In Hamburg, Leipzig und Frankfurt am Main wird wegen der Bildung krimineller oder terroristischer Vereinigungen gegen Antifaschist*innen ermittelt (benutzt werden die Schnüffelparagrafen 129 und 129a). In München werden Mitglieder der Kommunistischen Partei der Türkei/Marxisten Leninisten (TKP/ML) zu langen



Haftstrafen verurteilt. Ermittlungen nach dem Paragraphen 129b (Bildung einer kriminellen und terroristischen Vereinigung im Ausland), sind vorausgegangen. Der NSU 2.0, Neonazis in Polizeiuniform, verschicken zum wiederholten Male aus Frankfurt am Main und Wiesbaden E-Mails mit Todesdrohungen an Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen. In Tübingen und Stuttgart sitzen Antifaschist*innen in Haft, weil sie sich Neonazis in den Weg gestellt haben. In Berlin werden langjährige Hausprojekte und selbstverwaltete Orte geräumt. In Essen und Mühlheim pflegen Bullen einen rechtsradikalen Chat, in dem sie rassistische Bilder, Videos und Texte austauschen. NRW zählt damit fast 200 Polizist*innen, die eine rechtsradikale Gesinnung vorweisen und sie verbreiten. In Leipzig wird

antifaschistische Arbeit kriminalisiert. Es gibt es zahlreiche Hausdurchsuchungen. In Leipzig wird eine Antifaschistin medienwirksam als Kopf einer vermeintlich kriminellen brutalen Bande festgenommen. Der §129 winkt schon wieder. In Nürnberg werden zwei Personen zu Haftstrafen verurteilt, weil sie Polizist*innen beleidigt haben sollen. In Hamburg werden die 3 von der Parkbank zu Haftstrafen verurteilt. In Dresden werden zwei Personen in Haft genommen, weil sie einen kritischen Beitrag zu einer Baufirma, die Knäste baut, gepostet haben. Sie werden deshalb bezichtigt Anschläge auf die Baufirma verübt zu haben. In Bremen schicken sich Feuerwehrmänner in einem Chat rechtsradikale, rassistische und sexistische Bilder zu. Sie behindern Löscharbeiten dort, wo sie vermuten, dass vermeintliche Migrant*innen vom Brand betroffen sind. Im Dannenröder Wald in Nordhessen werden Leute von Bullen verprügelt, schikaniert und festgenommen, weil sie versuchen sich der Rodung des Waldes für den Ausbau einer Autobahn entgegenzustellen. Repression soll einschüchtern, soll lähmen und klein machen. Oft stimmt es, dass es eine*n getroffen hat, aber gemeint sind wir alle.

Wir halten es für falsch, das Geschichte schreiben den Herrschenden zu überlassen. Lasst uns aus der Ohnmacht befreien und mit unseren selbst gewählten Mitteln angreifen. Lasst uns unsere Räume erweitern, uns gegenseitig vertrauen und solidarische Strukturen stärken.

Für ein offensives Jahr 2021 – subversiv und unkontrollierbar!

Autonome Gruppen

len werden mit Pyro beschossen und mit Steinen beworfen. 14.11.: In Berlin wird am Bahnhof Lichtenberg ein Sixer der Bundespolizei angezündet. 17.11.: Im Berliner Weitlingkiez wird die Karre von Nazi David Linke geplättet und von Glas befreit. 17.11.: In Bremen wird ein Denkmal für Kaiser Friedrich III. besprüht. 19.11.: In der Rigaer Straße fliegen Steine auf einen Streifenwagen. 19.11.: In Berlin werden Häuser des Immobilienspekulanten Padovizc mit Farbe attackiert. 20.11.: In Hamburg wird die Securitas Filiale mit Hämmern und Steinen angegriffen. 21.11.: In Hamburg-Marienthal werden zwei Kriegerdenkmäler farblich aufgefärbt. 22.11.: Der Sitz von STRABAG in Bad Hersfeld wird besucht, ein Asphaltfertiger geht in Flammen auf. Danni bleibt! 23.11.: In Duisburg Rheinhausen wird das AfD Büro mit Farbe angegriffen. 25.11.: In Frankfurt brennen 2 Hebebühnen der Firma Mateco. Bühnen der Firma werden im Danni von der Polizei genutzt. 25.11.: In Stuttgart wird das Grünen Büro umdekoriert, um auf die Polizeigewalt im Danni aufmerksam zu machen. 25.11.: Einige Scheiben des Bushido Sportcenters in Leipzig-Grünau werden eingeworfen, da Cheftrainer, Marko Zschörner, auf der Leipziger Querdenkendemo am 7.11. mit einem Messer Antifaschist*innen bedroht hat. 26.11.: Vonovia Karre in Frankfurt wird geplättet und entglast: „Wohnraum für alle!“ 26.11.: In Bieben-Grebenau wird ein Brandsatz an einem Firmengelände deponiert. Die Firma selbst stellt Harvester und Forstmaschinen zur Rodung des Dannenröder Waldes zur Verfügung. 27.11.: Das Amtsgericht Duisburg-Mitte wird mit Farbe angegriffen. 28.11.: In Taucha wird ein Nazi-Kampfsportladen mit Buttersäure angegriffen. 28.11.: In Freiburg wird ein Polizeiposten angegriffen. All Cops Are Targets – United We Stand.

D A N N I



A U T O B A H N E N D E